

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis des Abonnements:
Wochenblatt 2,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Nummern-
zeile oder deren Raum 40 Pf., für
vollständige und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.

Berliner Volksblatt.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 11. November 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Parteigenossen! Auf zur Landtagswahl!
Jeder Wahlberechtigte übe das Wahlrecht!
Legt Breche in die Mauer des preussischen Unrechts!

Geschichtsunterricht und Volksschule.

Ein Kapitel zum neuesten Preussenskurs.

II.

Der ganze Religionsunterricht und darauf fußend die Geschichts-
legende unserer Volksschulbücher spitzt sich, wie wir gesehen, in der
allerumhülltesten Weise auf dynastische Interessen zu. In Wahr-
heit aber soll der Patriotismus, den man unserer Jugend mit so
viel Eifer einzuschärfen sucht, nur den Ausbeutergelassen der
herrschenden Klassen dienen, deren notgedrungene Vertreter die
jeweils Regierenden sind. Das zeigt sich in voller Klar-
heit, wenn wir die Legenden näher ins Auge
fassen, die in unseren Volksschul-Büchern gerade über
die neueste Zeit im Schwange sind. Der Dynastenkult vereint sich
hier nicht nur mit dem Kult marinsäulischer und kapitalistischer Interessen,
es macht sich selbst bewußte politische Tendenz, eine unzweideutige
und scharfe Gegenständiglichkeit gegen eben jene Arbeiterklasse geltend,
deren Söhne die preussische Volksschule dort erziehen soll.

Natürlich sieht auch hier wieder die Charakteristik der Herrscher-
persönlichkeiten als der Repräsentanten unserer Besten aller Gesell-
schaftsordnungen an erster Stelle, finden das Glück und die Banne,
das Recht und die Gerechtigkeit, von denen wir in Deutschland trafen,
in ihnen mit innerer Notwendigkeit ihre wahrverwandte Ver-
körperung. Daß dabei in fertiger Anlehnung an gewisse Hof-
strömungen Wilhelm I. und Wilhelm II. besonders in den Vorder-
grund treten, nimmt weiter nicht wunder. Die durchweg in einer
Reihe von Einzelzügen gegebenen Darstellungen vom Wesen und den
Eigenschaften dieser beiden Männer sind so sprechend, daß wir es
uns daran genügen lassen können, einiges aus den vorliegenden
Charakterisiken im Auszuge aneinanderzureihen, ohne eine besondere
Kritik daran zu verschleppen.

Schon das Lesebuch von Warmholz und Auerich vom Jahre 1880
(Magdeburg) wählte Wilhelm I. wie folgt zu schildern: „Was die
Zeit ihm inwischen an Jugend nahm, das hat sein Anblick und sein
Wesen an jener hehren und doch heiteren, Ehrfurcht und Liebe er-
weckenden Majestät gewonnen, welche mit dem Gefühle der Würde
eine Reuefertigkeit zu verbinden weiß, deren Quelle dem edelsten und
treuesten aller Herzen entspringt. Dies offene, ruhige Auge und
wohlwollende Lächeln, das schimmernde Silberhaar von Lode und
Bart, dazu seine frische, rosige Gesichtsfarbe machen ihn zu einem
Stimmliche deutscher Jugendkraft im Greisenalter.“

Die neueren Schilderungen übertrieben diese Ueberfüllungs-
keiten um ein beträchtliches. Dabei verlieren sie sich meist in das
Vulgär-Anekdotenhafte, so daß, selbst sofern die zum Besten ge-
gebenen Einzelzüge wahr wären, doch ein Urteil über die Persön-
lichkeit nicht nur nicht möglich ist, sondern in der Gesamtheit
ein direkt falsches Bild entstehen muß, ganz davon abgesehen, daß
die Lektüre solcher Dinge die Zeit der Schule mit dem allernützlichsten
geistfördernden Kräftemangel tödlich schlägt. Man lese:

Unerschrockenheit des Königs Wilhelm I. Am 3. Juli 1866
führte König Wilhelm bei Königgrätz seine Soldaten selbst in den
blutigen Kampf. Er achtete gar nicht darauf, daß Kanonenschüssen
nicht neben ihm vorüberflogen und in die Erde einschlugen. . . Es
war mittags 1 Uhr geworden. Der König hatte noch nichts ge-
essen. Er fragte seine Umgebung, ob ihm niemand etwas Brot
geben könne. Aber seine Diener hatten nur etwas Wein. Da be-
merkte der König, daß ein Soldat, der in der Nähe stand, aus
einem Kasten ein Stück großes Brot herausnahm. Er sagte zu
seinem Reitknecht: „Geh einmal hin und frage den Mann, ob er
uns ein Stückchen Brot ablassen kann.“ Der Soldat war glücklich,
seinem König etwas geben dürfen. Dieser ließ sich das trockene
Brot gut schmecken. Dazu nahm er einen Schluck Wein, welchen
ihm ein Diener reichte.“ (Schulze, Deutsches Lesebuch I, Güters-
loh, Seite 190.)

Oder:
Kaiser Wilhelm I. am Krankenbett eines deutschen Soldaten.
Eines Tages durchschritt der alte deutsche Kaiser Wilhelm die
Lazarettställe zu Versailles, wie er häufig zu thun pflegte. Ueberall
tröstete er, und oft war es schon der bloße Anblick seines lieben
freundlichen Gesichtes, das die armen Verwundeten auf Augen-
blicke ihrer Schmerzen vergessen ließ. So trat er diesmal auch an
die Lagerstätte eines jungen verwundeten Infanteristen. Der war
infolge eines Schlafpulvers eingeschlummert und hatte ein Album
von Gedichten auf dem Bett offen liegen lassen. Der König trat
leise, um den armen Verwundeten nicht zu stören, hinzu, nahm
den neben dem Album liegenden Bleistift und schrieb die wenigen
Worte hinein: „Mein Sohn, gedenke deines treuen Königs!
Wilhelm.“ Der Soldat erwachte und Thränen perlten ihm beim
Anblick dieser Zeilen aus den Augen.“ (Carlsen u. Schulz,
Lesebuch für die Mittelstufe, Seite 247, Leipzig, Braunschweig und
Schleswig-Holstein.)

Diesen beiden Beispielen stehen sich zahllose gleichen Schlages
anreihen. Es entspricht durchaus der in ihnen liegenden Tendenz,

wenn zwar Wilhelm I. „Verdienste“ um die sogenannte Heeres-
organisation über den Schellenhaus gelobt, der Verfassungskonflikt
dagegen kaum mit einem Worte gestreift wird, wenn die „Handlanger“ Karl
im Hintergrunde verschwinden, während man die von Bismarck in die
Welt geleitete Benedetti-Legende um so eifriger propagiert. Wie man
in den Lesebüchern die sogenannten Arbeiterkämpfe-Gesetzgebung dazustellen
beliebt, werden wir weiter unten sehen.

Die tollsten Purzelbäume schlägt das lokale Latentum natürlich
bei der Charakteristik Wilhelms II. Es ist unnötig zu betonen, daß
auch hier die schwülstige Anekdote sich dreht macht. So findet sich
z. B. in den Lesebüchern von Hübner und Schwachow (II 138),
Schulze (I 138) und vielen anderen die geistreiche Erzählung, wie
der jetzige Kaiser als Knabe sich einmal nicht habe wollen
waschen lassen. Bei der nun wie üblich folgenden Spazier-
fahrt hätten dann die Posten nicht die gewohnten militä-
rischen Ehren erwiesen. „Dies fiel dem jungen Prinzen sehr
auf, aber er behielt die Verwunderung für sich, bis er nach Hause
kam. Sogleich ging er zu seinem Vater und beklagte sich bitter
darüber, daß die Wache nicht: Heraus! gerufen und der Trommler
nicht getrommelt habe. Da sagte aber der Vater: „Ja, mein Sohn,
vor einem ungewaschenen Prinzen tritt keine Wache in das Getöse!“
Seitdem hat dieser sich immer gleich waschen lassen.“

Auch die berufsmäßigen Erzählungen aus der Kinderstube, auf
die in Deutschland jeder Kronprinz und jeder Regent ein erbliches
Anrecht besitzt, fehlen nahezu nirgendwo. Unerreicht aber sind die
Charakterisiken Wilhelms II. gerade aus der allerletzten Zeit.
So heißt es z. B. in dem bekannten Hirschens Lesebuch, das freilich
in Ostpreußen das Licht der Welt erblickt hat (IV. 1. 197) u. a.:

„In unserm Kaiser Wilhelm II. erscheinen all' die Herrscher-
tugenden, die wir an seinen Vorfahren kennen gelernt haben, auf
wunderbare Weise vereinigt. Er ist zunächst die Verkörperung
einer echt deutschen, jähren und eisernen Willenskraft. Raslos
und unermüdet arbeitet er für das Wohl des großen Vater-
landes; er begnügt sich nicht damit, den Willen kund
zu geben, sein Volk zu beglücken, sondern er zeichnet
mit durchdringendem Geiste selber bisher zum Teil noch nie be-
tretene Wege und Bahnen vor, auf welchen dies Ziel erreicht
werden soll. Gründlichkeit, Sachlichkeit und beharrliche Thätigkeit
im Dienste mit überall erkennbarer Herzengüte hat der jugendliche
Kaiser bei all seinen Regierungshandlungen erwiesen. Die glück-
liche Verbindung unerschütterlicher Gottvertrauens mit größter körper-
licher Widerstandsfähigkeit ermöglicht es dem Kaiser, in alle Ge-
biete der Verwaltung, mag es das Kriegsweesen oder die Werke
des Friedens, die Gewerthätigkeit, den Handel, den Bergbau,
die Erziehung der Jugend oder die Sorge für das Wohl der
arbeitenden Klassen betreffen, einzudringen und das Nützlichste
zu finden. Der Kaiser ist gerecht und mißt alle seine Untertanen
mit gleichem Maße. Den hohen Ansprüchen, die er an alle
Staatsbürger und namentlich an seine Beamten stellt, verleiht er
dadurch besonderen Nachdruck, daß er als wirkliches Vorbild die
höchsten Anforderungen an sich selbst stellt und sie treu erfüllt.
Vor allen Dingen ist sich der Kaiser der Aufgabe bewußt,
seinem Volke den Frieden zu sichern und zu erhalten,
weil das neue Reich nur unter dem Schutze und den Segnungen
des Friedens emporklimmen kann. Deshalb zieht der Kaiser von
Land zu Land, deshalb reist er unermüdet und opfert
monatelang sein inniges Familienleben. . . u. s. f. u. s. f.“
Dem Kaiser zur Seite steht eine liebende und geliebte Gattin,
„sein herrlichster Edelstein“, welche den Morgenschlaf flieht, um in
frühester Dämmerung die Arbeitsfreuden und Sorgen des
Gemahls zu teilen, welche — eine zweite Königin Luise — mit
wahrhaft königlicher äußerer Gestalt die edelsten Tugenden
deutscher Weiblichkeit und Mütterlichkeit verbindet, die sie an
den lieblich aufsprühenden sechs Prinzen unermüdet betätigt.“

Tritt in diesen Schilderungen bereits die politische Tendenz zu
Tage, so noch mehr in allem, was sich auf die „Arbeiter-
versicherung“ bezieht. Allerdings scheint es — so weit wir das
Material zu überblicken vermögen — vorwiegend das seltene Ver-
dienst Ostpreußen zu sein, die politische Tendenzmacherei und damit
den Klassencharakter der heutigen Schule als eines Nachtmittels der
Herrschenden in nicht mißzuverstehender, widerwärtigster Naivität
selbst dem kindlichen Auge bloß zu legen, und man muß gestehen,
daß die pädagogischen Soldner des Junkertums sich dieser erzieherischen
Aufgabe mit vollendeter Dreifigkeit zu entledigen verstanden haben.
Wir citieren auch hier wieder nach dem oben angezogenen Hirschens
Lesebuch, Teil V (Seite 340). Hier heißt es in der Bearbeitung
vom Jahre 1897:

„Als auf die Gründerzeit (1870—1873) der „Kraich“ folgte,
der Tausende in Armut brachte, als nach der Uebertreibung der
Handels- und Gewerbetätigkeit ein Stillstand der Geschäfte ein-
trat, wodurch zahllose Lebensstellungen zu Grunde gingen, da be-
kam die Welt der Unzufriedenen neuen Zuwachs. Waren diese
auch nach Stand und Erziehung, politischer und religiöser Ge-

stimmung unter sich sehr verschieden, so wandten sie sich doch mit
ihren Wünschen und Hoffnungen mehr und mehr derselben Richtung
zu, dem Socialismus, dessen hauptsächlichste Ziele sind: „Alle
Arbeitsmittel (Grundbesitz, Maschinen usw.) sollen dem Staate,
d. i. der Gesamtheit der Bewohner, gehören, die Produktion soll
vom Staate geregelt werden, jeder Arbeiter gleichen Anteil an
den erzeugten Gütern und Werken empfangen, allen gleiche
Erziehung zu teil werden. Dazu ist nötig, daß der bestehende
Staat in die Gewalt der Volksmehrheit, d. i. des vierten Standes,
kommt, um von ihr gründlich umgestaltet zu werden.“ Das den
vorhandenen Staat schlugte und aufrecht erhielt, Monarchie,
Religion, Vaterlandsliebe, war den meisten ein Grauel; manche
wollten sogar die Grundlage alles Zusammenlebens, die
Ehe, beseitigen und das Eigentum abschaffen. Die Ehrfurcht
vor jedweder Autorität im Staat, Kirche und Gesellschaft
wich, die Ausschreitungen im Neben wurden maßlos, die Noheit
im Handeln nahm Überhand. Die Arbeiter wurden immer
anspruchsvoller, ihre Leistungen immer geringwertiger. Ein
Angriff auf die geheiligte Person des greisen Monarchen (im
Sommer 1878) zeigte, daß den eifrigen Anhängern der neuen
Lehre nichts mehr heilig sei. Die Regierung verkannte die Gefahr
nicht, welche dem Staat und der Gesellschaft von der Partei drohte.
Sie brachte einen Gesetzesentwurf ein „gegen die gemeingefährlichen
Bestrebungen der Socialdemokratie“ (Oktober 1878), der die Zu-
stimmung des Reichstages fand.“

Die Volksschüler müssen also lernen, daß ihre eignen Väter
Mitschuldige von wahnsinnigen Menschen seien, mit deren „Attentaten“
die Socialdemokraten so wenig oder noch weniger zu thun gehabt
haben, wie der Verfasser dieser „historischen“ Lesebücher.

Den Hinweis auf die „soziale Fürsorge“ Wilhelms II. setzt ein
Lesebuch ein mit dem Ausruf: „Wie warm schlägt des Kaisers Herz
für die armen Arbeiter!“ Es wird dann hingewiesen auf einen
Passus in der Thronrede vom 25. Juni 1888 sowie auf die wesent-
lichsten Stellen der bekannten Februar-Erlasse, und man ist schamlos
genug, zu verstehen zu geben, daß den hier aufgestellten Forderungen
mit der Alters- und Invaliditätsgesetzgebung vollaus genügt sei;
denn für einen geringen wöchentlichen Beitrag, den sie zahlen
müssen, erhalten die Arbeiter mit Beginn des 71. Lebensjahres eine jähr-
liche Unterstützung von 105,40 bis 191 M. und wenn sie vorher invalide,
d. h. arbeitsunfähig geworden sind, jährlich 114,70 bis 415,50 M.

Ein klassisches Beispiel pädagogischer Unverschämtheit bietet
auch das öfters angezogene Lesebuch von Hübner und
Schwachow. Es schreibt (III, 117):

„Durch gute Gesetze sucht Kaiser Wilhelm II. zu bewirken, daß
es allen seinen Untertanen wohl ergehe. Ganz besonders
nimmt er sich der Armen an. Er hat eine großartige Versicherung
eingeleitet, zu welcher alle Arbeiter vom 16. Jahre an Beiträge
leisten. Der Arbeitgeber zahlt ebenfalls wie der Arbeiter. Wenn
nun ein Arbeiter nicht mehr arbeiten kann, so erhält er ein Jahr-
geld (Rente). Ebenso bekommt jeder Arbeiter eine Rente, der bis
zum 70. Jahre arbeitet. Auch sorge der Kaiser dafür, daß die
Arbeiter am Tage ruhen können, und daß Frauen und Kinder
nicht zu lange arbeiten müssen.“

Doch mit solch blutigen Verschönerungen der chronischen Not, die
die Arbeiterjugend in der Proletarierfamilie durchweg von frühester
Kindheit an zu kosten bekommt, ist es nicht genug. Die Arbeiterklasse
muß sich in den für ihre Kinder bestimmten und mit ihren sauer
verdienten Groschen bezahlten Lehrmitteln auch noch gräßliche Ver-
schönerungen an den Kopf werfen lassen. So läßt sich das oben
angeführte Hirschens Buch, das vorwiegend für Schlesien bestimmt
und in Breslau erschienen ist, über die überschüssigen Arbeiter in
folgender Weise aus (Seite 193):

„Wie in allen industriellen Gegenden, so kam auch hier die
Gegenfrage von ungeheurer Reichum und bitterer Armut stark
ausgeprägt; doch suchten die großen königlichen und privaten
Verwaltungen durch Erfüllung der gerechten Forderungen und
durch thätige, opferwillige Fürsorge für das Körperliche und geistige
Wohl ihrer Arbeiter diese Gegensätze zu mildern. . . Wo auf so
engem Raume so viele vorwiegend dem Arbeiterstande angehörige
Menschen vereinigt sind, da kann es nicht wunder nehmen, wenn
hier häufiger als anderswo Ausschreitungen und Uebertretungen der
Gesetze vorkommen. Aber im großen und ganzen ist der ober-
schlesische Arbeiter besser als man annimmt. Doch kam dem
Arbeiter, namentlich dem polnischen Arbeiter, der Vorwurf einer
geringen Leichtgläubigkeit nicht erspart werden. Diese ist auch der
Grund, daß viele das nicht haushälterisch zusammenzubehalten ver-
stehen, was sie mühsam und unter Gefahren für Leib und Leben
sich erworben haben.“

Es entspricht ganz der Höhe dieser socialpolitischen und erzieheri-
schen Einficht, wenn das erwähnte Lesebuch den Arbeiter August
Borsig, den Begründer der Tegeler Werke, als nachsichtswertes
Mäxter vorhält, wenn es unsere Kolonien in aller Breite behandelt,
wenn es dem Marxismus Rechnung trägt und mit den Bibel-
gesellschaften, der inneren und der Deidemission abschließt.

Ein nahezu allen Volksschul-Lehrbüchern gemeinsamer Witzwort besteht ferner in der Wertung einzelner Kaiserworte. Hier ein paar Proben aus den Registern Wilhelm's II.: „Mein ganzes Streben und meine ganze Arbeit ist darauf gerichtet, mein Vaterland groß, mächtig und geehrt zu machen. — Ich wollte nur, der europäische Friede läge allein in meiner Hand; ich würde jedenfalls dafür sorgen, daß er nimmer gestört würde. — Meine Thür ist allezeit jedem meiner Unterthanen offen, und willig laufe ich ihm behör.“ Glaubt man in der That, mit dieser Methode bei der heranwachsenden Arbeiterschaft Worte wie von der Rote Menschen, die nicht wert ist den Namen Deutsche zu tragen, von den Tieren, die an der Wurzel der deutschen Eiche nagen und die man austrotten müsse, von der Pflicht des Soldaten, auf Vater und Mutter zu schießen, von der Justizstrafe für die Befehlslässigkeit sogenannter Arbeitswilliger u. s. f. abzuschwächen oder gar in Vergessenheit bringen zu können?

Wir haben im Vorstehenden nur einen einzigen Unterrichtsgegenstand behandelt und zwar in der Form, in der er sich im Lehrbuch der Volksschule dargestellt findet. Das Bild, das sich uns bot und das mehr oder minder als für den gesamten Unterricht in unseren Volksschulen typisch gelten kann, ist nicht nur das einer absoluten Verwahrlosung und eines rapiden Verfalls. Gewalttätig versucht man unter dem Dementel des Patriotismus den Geist unserer Jugend in die Intoreffen und die Knöchelhaft der herrschenden Klassen mehr als zuvor zu drücken, den politischen und sozialen Fortschritt durch die Lüge und die Dummheit hinterrücks zu meucheln. Der Eintritt der Socialdemokratie in die Landtagswahl wird nicht nur die Frage des Wahlrechts in Preußen in Fluß bringen, sondern auch die der Schule, und zwar nicht in letzter Linie.

Landtagswahl.

Geborene Kollende.

Die preussische Regierung hat vor einiger Zeit den Entwurf eines Fideikommissgesetzes publiziert, der geradezu als Musterbeispiel für die Verwahrlosung, Nacht, Annäherung und den Einfluß der preussischen Junkertaste auf die Regierung dienen kann. Dieser Gesetzentwurf, der zur Gründung neuer Fideikommissen auf Kosten der preussischen Bauern und kleineren Gutsbesitzer geradezu aufruft, obwohl schon am Ende des Jahres 1900 fast 61% Prozent der Gesamtfläche Preußens aus Fideikommissen bestand, und obwohl seit Jahrhunderten, kann man sagen, außerhalb der preussischen Junkertaste und ihrer Regierung kein Zweifel mehr über ihre Gemeingefährlichkeit besteht, dieser Gesetzentwurf wird jetzt auch einer vernichtenden Kritik von dem bekannten Hallenser Agrarökonom Professor Dr. Conrad in dem neuesten Hefte seiner „Jahrbücher f. Nat. u. Stat.“ unterzogen.

Diese Kritik selbst, so sehr sie sich auch durch besondere Sachkenntnis auszeichnet, kann zu den alten Argumenten gegen die ökonomische und politische Gemeingefährlichkeit der Fideikommissen doch kein neues beibringen und sie würde deshalb auch keine außergewöhnliche Beachtung verdienen, wenn sie nicht noch gerade kurz vor den preussischen Landtagswahlen zugleich eine so außergewöhnlich gerechte und scharfe Kritik der preussischen Regierung und derjenigen Klasse brächte, der sich diese Regierung auf Gnade und Ungnade ergeben muß. Und diese Kritik verdient die weiteste Verbreitung, und um so mehr, als sie von einem Manne kommt, der für Agrarjölle eintritt und der erst vor kurzem auch aus seiner Socialistenkategorie kein Hehl gemacht hat, obwohl sein Vorleben andres erwarten ließ. Hören wir ihn also!

Ein höchst richtiges Urteil, wenn auch gewiß ein leineswegs neues, giebt der Hallenser Professor zunächst über die heutige preussische Klassenregierung ab. Zu dem Grunde in den Motiven des genannten Gesetzentwurfs, daß für die Fideikommissen auch der Umstand spräche, daß sie trotz wiederholter gesetzlicher Verbote doch immer wieder nachher gefählich zugelassen worden seien, zu diesem merkwürdigen „Grunde“ für die Fideikommissen sagt Herr Conrad ganz unabweislich:

„Und will meinen, daß diese Erscheinung allein darauf zurückzuführen ist, daß die Gesetzgebung bisher von der Klasse resp. den Familien beherrscht wurde, welche von der Institution den eigentlichen Nutzen hatten und zu deren künstlicher Erhaltung sie dienen soll.“

Ebenso offen spricht Herr Conrad über die Intelligenz dieser Klasse, die die Regierung in ihren Händen hat, und über ihren besonderen Verfall zur Landwirtschaft. Er sagt:

„Wenn in den in Rede stehenden Kreisen noch heutigen Tages die Auffassung besteht und danach gehandelt wird, daß die angemessene Ausbildung für den Gutsbesitzer im Zusammenhang gefunden wird, und daß nachher ein Jahr genügt, um hoch vom Hof herab als Kolonial die Landwirtschaft sich anzusehen, und wenn es hoch kommt, noch ein weiteres Jahr auf irgend einer landwirtschaftlichen Hochschule oberflächlich einige theoretische Lehraufschauungen aufgenommen werden, so kann nicht nur keine höhere Leistung erwartet werden, sondern es verzieht sich ganz von selbst, daß in diesen so ausgebildeten Herren geborene nosseidende Landwirte großgezogen werden, die allerdings nur durch Staatszuschüsse auf Kosten der übrigen Bevölkerung in den gegenwärtigen Zeiten zu erhalten sind, auf die Dauer aber nur, wenn sie mit geschlichen Ketten an die Grundstücke gefesselt werden. Wenn der preussische Staat glaubt, diese nicht entbehren zu können, so wird man sicher zu einem solchen Fideikommissgesetz keine Zustimmung nehmen müssen, um sie zu erhalten.“

Auf diesen letzten Gedanken kommt der Hallenser Delontom dann noch zurück, wo er davon spricht, daß der Besitzer eines solchen Fideikommisses sein Bestreben nicht werde aufteilen und zerlegen wollen oder können, um es, wie die Dinge nach Conrads Meinung heute liegen, rationaler zu betreiben und auszunutzen. Er urteilt, da ihn das Gesetz ja geradezu zwänge, schlecht zu wirtschaften, dann auch den Gesetzgeber, den Staat dafür verantwortlich und ersatzpflichtig machen. Conrad drückt sich darüber also aus:

„Wenn dann naturgemäß die Rentabilität abnimmt, so wird er (der Fideikommissbesitzer) nun mit einer besonderen Berechtigung, was jetzt ohne solche Berechtigung schon ganz allgemein geschieht, den Staat für verpflichtet halten, für diese Rentabilität zu sorgen. Hat doch der Staat das Gesetz geschaffen, durch welches der momentane Inhaber in den Besitz gelangt ist, ja ihn gezwungen, diesen Besitz zu übernehmen, in der Meinung, sich hierdurch die nötige Zahl von Gutsbesitzern als Amtsvorsteher zu erhalten zu müssen, er hat nun auch dafür zu sorgen, daß die Fideikommissbesitzer handwegsam leben und die künftigen Oerführer, Landräte z. liefern können. Hierfür wird dann allerdings wohl nur noch der Antrag Rantz ausreichen (der durch eine Art Handelsmonopol für Getreide dem Landwirt gleichmäßig hohe Preise garantieren wollte), und nicht mehr ein Schutzzoll, und die Phalanx der geborenen nosseidenden Landwirte, die inzwischen erheblich vergrößert ist, wird dann allerdings andere Chancen haben, denselben zu erreichen, denn man wird den Antrag Rantz mit vollem Recht als die logische Konsequenz dieses Fideikommissgesetzes ansehen müssen.“

Wir haben schon angedeutet, aus welchem Grunde wir diese Urteile gerade jetzt für wichtig und brauchbar halten; gewandt sind wir nur, was die Regierung dazu sagen wird, die sich in den Vollwunderthaten sogar auf die Autorität dieses „gemäßigten“ Hallenser Getreidejölles berief. Auf die Antwort der Junker und Agrarier sind wir nicht neugierig, sie lieben Herrn Conrad schon lange nicht besonders brünstig, und — wie man sieht aus ganz natürlichen Gründen. —

Fortschrittliche Verleumdungstaktik. Der altjungerliche Lante Vogel ist es nicht recht, daß im dritten Berliner Landtags-Wahlkreise Bebel als Kandidat aufgestellt worden ist und nicht irgend ein ihr unbekannter Genosse, den sie in der ihr eigenen eingebildeten Ueberlegenheit der politischen Unerfahrenheit hätte zehren können. Sie fürchtet, daß der Name Bebel nicht nur auf die Arbeitermasse, sondern auch auf die von der „Vossin“ als „Mittläufer“ bezeichneten bürgerlich-demokratischen Elemente, die der eugenialen Fäulung längst überdrüssig sind, seine Wirkung nicht verfehlen wird und sucht deshalb die Dresdener Debatten und speziell die Verleumdung Bebel's über die „Kadaverier“ gegen diesen auszuwickeln. Ohne Zweifel, erklärt sie, ist Herr Bebel die bedeutendste Persönlichkeit jenes Flügel's der Socialdemokratie, der, im Gegensatz zu dem revisionistischen, als der radikale oder revolutionäre bezeichnet werden muß. Herr v. Vollmar ist ihm an Bildung, an Besonnenheit, an Humor überlegen; aber Bebel verfügt über eine hinreichende Leidenschaftlichkeit und ein impulsives Temperament, und deshalb ist er des Erfolges über seinen süddeutschen Nebenbuhler überall dort sicher, wo nicht der Verstand, sondern das Gefühl den Ausschlag giebt. Bebel ist ein Schwärmer, v. Vollmar ein Skeptiker; Bebel glaubt festest an den Zukunftsstaat, an das Endziel, v. Vollmar hat dafür nur ein überlegenes Nachein.

„Die Genossen“ wollen ihm (Bebel) nicht mehr glauben; sie sehen ihre Hoffnung nicht mehr auf die „im besten Sinne revolutionäre“ Taktik, und deshalb wird Herr Bebel, dessen theoretische Kartenhäuser zusammenzubrechen drohen, zornig, fanatisch, unduldsam, wie es nur je ein Schwärmer wurde, der sich in eine falsche Idee verrennt hatte; für ihn kann es keinen Frieden mit den Revisionisten geben, ehe er sie vernichtet hat, er möchte denn sich selbst aufgeben. „Ich will der Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft und dieses Staatswesens sein, so lange ich lebe, sie untergraben und wenn möglich stürzen“, so rief er in Dresden.

Schließlich wird gar noch das Urteil des Schiedsgerichts in Frankfurt-lesus gegen Bebel ausgespielt und hinzugefügt: „Aber Herr Bebel ist gerade jetzt, nach seinem offenerzigen Bekenntnis zum Umsturz, Landtagskandidat in Berlin, und Herr Ledebour, der seinen Spuren folgt, neben ihm, und Herr Singer dergleichen. Ob wirklich die Berliner Wählerschaft ihnen gerade ihnen zu Landtagsmandaten verhelfen wird, während maßvollere und minder fanatische Mitglieder der Socialdemokratie bei der Aufstellung socialdemokratischer Kandidaten in Berlin übergangen wurden? Wir sehen der Entscheidung ruhig entgegen und können der liberalen Wählerschaft nur wiederholt dringend ans Herz legen, ihre Pflicht zu thun.“

Das ehrsame Blatt kennt die Auffassung der Berliner Arbeiterschaft und besonders der des dritten Landtags-Wahlkreises recht schlecht, wenn es meint, mit der Beschildigung, Bebel halte am Endziel und an den alten Parteitraditionen fest, gegen diesen Stimmung machen zu können. Die Wahlen werden das beweisen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. November.

Die preussische Justiz für den Jaren.

Als ein Bild aus Preußens tiefster Erniedrigung wird die Geschichte einmal die Liebedienste Preußens für den Jazismus malen, die in immer unwürdigerer Form geleistet werden. Es ist zugleich eine Verfallsercheinung der preussischen Justiz und der deutschen Bourgeoisie, daß derlei Dinge nicht nur möglich sind, sondern auch — außerhalb des Proletariats — keinen Widerstand unüberwindlicher Empörung finden. Man sollte denken, daß die Verletzung Rußlands aus dem Ansehenrevolutionismus ein gemeinsames Kulturinteresse des civilisierten Europa ist. Das Gegenteil von Enttäuschung ist zu beobachten. So weit ist die barbarische Solidarität der kapitalistischen Reaktion gediehen, daß die internationale Spihelpolitik Rußlands in allen Ländern offizielle Förderung findet, am schärfsten in Preußen-Deutschland.

Wenigstens aber, sollte man meinen, würden sich die Schergen Rußlands begnügen mit der polizeilichen Menschenjagd auf die tapferen Russen, die im Ausland für die Befreiung ihres Volkes zu wirken suchen. Preußen geht weiter. Es verfolgt sogar die eignen Staatsbürger — ohne jeden Grund, auf irrige Anwendung eines Strotparagrafen —, bloß weil sie russische Schriften beziehen und vielleicht auch gelegentlich verbreiten.

Die Geheimbündel der ostpreussischen Behörden mit Rußland artet nachgerade in einer Weise aus, daß die finsternen Zeiten der heiligen Allianz wiedergekehrt scheinen, nur daß die deutsche Intelligenz sich gegenwärtig um derlei Dinge nicht mehr kümmert.

Zu dem Ermittlungsverfahren wegen „Geheimbündel“ meldet die „Königsberger Hartung'sche Zeitung“: Bestern und heute wurden auf Requisition der hiesigen Staatsanwaltschaft bezw. der Kriminalpolizei in Memel der dortige socialdemokratische Vertrauensmann Treptan sowie die Arbeiter Klein und Kugel verhaftet. Die Verhaftungen erfolgten auf Grund des § 128 des Reichs-Strafgesetzbuchs (Teilnahme an geheimen Verbindungen). Die Meldung von der unter derselben Beschuldigung erfolgten Verhaftung des Königsberger socialdemokratischen Kassensführers Braun und des Arbeiter Kowagotzky befindet sich.

Der „Königsberger Volks-Zeitung“ zufolge ist über Braun die Briefsperrverhängung worden, so daß alle an ihn gerichteten Briefe zuerst der Staatsanwaltschaft zugestellt werden müssen.

Wir haben wiederholt dargelegt, daß der § 128 in diesem Fall unter allen Umständen unanwendbar ist. Der Paragraph bestraft „Verbindungen, deren Dasein, Verfassung oder Zweck vor der Staatsregierung geheim gehalten werden soll“. Weder brauchen Zwecke, die in Preußen jeder Straßlos verfolgen kann, vor der preussischen Regierung geheim gehalten werden, noch kann es sich überhaupt um eine „Verbindung“ handeln. Unter „Verbindung“ ist — nach den Kommentaren zum § 128 des deutschen Strafgesetzbuchs — „jede organisierte Vereinigung von einer gewissen Dauer zu verstehen, welche die Unterordnung der Mitglieder unter den Gesamtwillen für die Dauer der Mitgliedschaft voraussetzt“. Es ist ohne weiteres klar, daß es keine solche „Verbindung“ giebt. Weder handelt es sich um „Mitglieder“ einer Vereinigung, noch um eine „Unterordnung“ der Mitglieder unter den Gesamtwillen. Ein Preuze, der sich um Verbreitung russischer Schriften, die im Inland erlaubt sind, bemüht, ist kein dunkler Verschwörer, der mit heiligem Eidschwur sich dem Gesamtwillen einer geheimen Organisation auf Tod und Leben verschreibt, sondern er erfüllt als Einzelner nur freiwillig, einfach seine Kulturpflicht, den Kämpfern um Aufklärung und Freiheit eine vollständig loyale Hilfe zu leisten.

Daß der literarische Verkehr zwischen Rußland und dem Ausland sich durchgehend der Methode der „Dedadressen“ bedient, ist allgemein bekannt. Auch bürgerliche Blätter beziehen ihre Meldungen aus Rußland unter „Dedadressen“, weil im heiligen Rußland das Briefgeheimnis nichts weniger als heilig ist. Wird man diese „Dedadressen“ nun auch als Geheimbündel prozeffieren? Das Verfahren wegen Geheimbündel kann also gegen die preussischen Staatsbürger, die mit ihm bedroht sind, nur in Nichts zerrinnen. Aber die Einleitung des Verfahrens hat die formelle Möglichkeit zu Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmen und Briefsperrern gegeben. Dadurch werden vielleicht einige Russen kompromittiert und Preußen gewinnt so den unsäglich traurigen Ruhm, Freiheitshelden den Feinden aller Civilisation ans Messer zu liefern. —

Die Erhebung in Deutsch-Südwestafrika.

Aus Kapstadt wird „Daily Mail“ vom 9. November gemeldet: Eine Abteilung Bondelzwarts überschritt am 5. November

Telegrammen zufolge den Dranzefluß, fiel in britisches Kolonialgebiet ein und plünderte dort die Farmen, um Vieh zu rauben. Zwischen einer Abteilung Kolonialpolizei und den Bondelzwarts kam es zu einem Zusammenstoß, wobei auf beiden Seiten der Farbigen ein Mann fiel. Die Bondelzwarts zogen sich darauf zurück. Auf beiden Seiten der Kolonialpolizei wurde niemand getötet oder verwundet. Weitere Verstärkungen gehen nach der Grenze ab. Man glaubt, daß die Bondelzwarts durch Hunger zu ihrem Einfall ins britische Gebiet geziehen worden sind, und ist besorgt über das Schicksal der in den Händen der Bondelzwarts befindlichen britischen Unterthanen, gegen welche die Farbigen vielleicht Vergeltung üben werden.

Ferner teilt ein Meuter-Telegramm mit: Kenhart, 9. November. Die ausländischen Potentotten rüden, 1500 Mann stark, gegen die Grenze vor. Die Polizei hat freiwillig ausgeboten und sie dorthin entsandt. Es werden ernste Kämpfe erwartet.

Sollte die Zahl richtig angegeben sein, so müßten sich die benachbarten Potentottenstämme den Bondelzwarts angeschlossen haben. —

Deutsches Reich.

Der Beirat für Arbeiterstatistik

hatte Dienstag seine letzte Sitzung, die vor den Neuwahlen der Reichstagsmitglieder stattfand. In dieser Sitzung war das freierwerbende Mitglied, der Reichstags-Abgeordnete Bauernmeister, welcher 1898 in die Kommission für Arbeiterstatistik gewählt worden war, nicht erschienen. Der Herr hat also in den fünf Jahren seine Abneigung gegen Arbeiterstatistik durch konsequentes Fehlen zum Ausdruck gebracht. Er war Mitglied der Kommission für Arbeiterstatistik und des Beirats, an den Arbeiten dieser Körperschaften hat er sich aber nicht beteiligt. Die Tagesordnung für diese Sitzung wurde heute ausgearbeitet. Aus dem Bericht des Referenten über die Erhebungen betreffend die Arbeitszeit im Fleischergerber- und sonstigen Gewerbe ist hervorgehoben, daß die statistischen Erhebungen ergeben haben, daß in diesem Gewerbe schlimme Verhältnisse in Bezug auf übermäßig lange Arbeitszeit, Mangel an Sonntagsruhe und sonstiger Ungezogenheit bestehen. Die schlimmsten Verhältnisse sind ähnlich wie beim Ledergerber nicht in den Kleinbetrieben, sondern in den Betrieben mit vier bis zehn und elf bis zwanzig Hilfspersonen. Die Großbetriebe mit mehr als zwanzig Hilfspersonen zeigen wieder ein etwas günstigeres Bild. Die Großstädte zeigen ein ungünstigeres Bild als die Kleinstädte, und haben unter den Großstädten Dresden, Stuttgart und Berlin besonders ungünstige Verhältnisse.

Die Erhebungen sind in einem 203 Seiten starken Aktenstück zusammengestellt und bilden eine gute Unterlage für weitere Verhandlungen.

Beschlissen wurde, daß weitere Erhebungen vorgenommen werden sollen. Zunächst sollen die Organisationen befragt werden, ob eine Regelung der Arbeitszeit erwünscht und durchführbar ist. Ferner soll bei den Krankenkassen angefragt werden, welche Erkrankungen bei den Fleischern besonders häufig vorkommen. Das Reichs-Gesundheitsamt wird dann zu entscheiden haben, ob diese Erkrankungen durch die übermäßig lange Arbeitszeit entstehen. Liegt dieses Material vor, dann werden Meister und Gesellen zu mündlicher Verhandlung geladen werden, worauf der Beirat seinen Bericht an den Reichsanwalt erstattet, der dann zu entscheiden hat, ob hier ein Fall vorliegt, bei welchem der Bundesrat vom § 120 der Gewerbe-Ordnung Gebrauch zu machen hat und eine Regelung der Arbeitszeit geboten ist.

Der zweite Gegenstand betraf die Erhebungen bezüglich der Arbeitszeit im Binnenschiffahrts-Gewerbe. Hier sollen, ähnlich wie bei früheren Erhebungen, zunächst Fragebogen zur Verteilung kommen und zwar solche für Fährbetriebe, solche für Dampfschiffe und solche für Segel- und ähnliche Schiffe ohne eigene Triebkraft. Die Fragebogen werden im September nächsten Jahres zur Verteilung kommen. Der späte Termin ist gewählt, damit die Beteiligten sich während der nächsten Fahrzeit Aufzeichnungen über die Dauer der Arbeitszeit machen können. Ursprünglich bestand die Absicht, die Fragebogen schon diesen Winter auszuverteilen. Gegen diesen Plan wurden aber seitens der Leitung des Hafenarbeiter-Verbandes so gewichtige Einwendungen gemacht, daß der Plan aufgegeben wurde. Da speziell bei der Frachtschiffahrt die Arbeitszeit so unregelmäßig ist, daß die Fragen nach der Dauer derselben erst dann beantwortet werden können, wenn die Beteiligten selbst Material gesammelt haben, so wurde hier dem Rate der Hafenarbeiter Folge gegeben und der Termin für die Umfrage auf Herbst nächsten Jahres festgelegt.

Der dritte Gegenstand betraf eine gutachtliche Äußerung in Bezug auf die Arbeitslosen-Versicherung. Hier soll zunächst ermittelt werden, was auf diesem Gebiete besteht, und zwar welche Einrichtungen in Deutschland zur Unterstützung Arbeitsloser getroffen sind, also welche Unterstützung Einzel-Unternehmungen, Gemeinden oder Berufsorganisationen geben. Ferner, welche Verhältnisse auf versicherungstechnischer Grundlage gemacht sind. Ebenfalls soll ermittelt werden, wie die bisherigen Einrichtungen gewirkt haben. In einem Anhang soll die Frage der Arbeitsvermittlung dargestellt werden. Ferner soll ermittelt werden, welche Einrichtungen im Ausland zur Unterstützung Arbeitsloser bestehen, und sollen hierbei sowohl die Einrichtungen der Gewerkschaften wie die öffentlichen Versicherungen, die in Bern, St. Gallen, Basel, Zürich und Gené bestehen, berücksichtigt werden.

Es wurde mitgeteilt, daß die Fragebogen betreffend die Arbeitszeit der im Fahrweggewerbe Beschäftigten ausgearbeitet sind. Es sind die Verhältnisse von 24 000 Arbeitern ermittelt worden. Die Drucksache, in welcher die Resultate mitgeteilt werden, wird im Dezember zur Verteilung kommen.

Bezüglich der Erhebungen betreffend die in Comptoirs beschäftigten Kaufleute wurde noch beschlossen, die Krankenkassen nach dem Gesundheitszustand dieser Personen zu befragen.

Wenn jetzt der Reichstag zusammentritt, wird er die Neuwahl von sieben Mitgliedern vorzunehmen haben. Die nächste Sitzung des Beirats ist für Januar nächsten Jahres in Aussicht genommen. —

Wie „Arbeitswillige“ geküßt werden.

Breslauer Richter haben am 9. November wiederum ein Urteil gefällt, das in den weitesten Kreisen unverständlich ist und das geeignet ist, den Klassenhaß tief zu erregen, dessen Erweckung die Socialdemokratie angehendigt zu werden pflegt. Schon vor einigen Wochen war der Beamte des Holzarbeiter-Verbandes, der in Arbeiterkreisen wegen seiner Opferwilligkeit und Ruhe allgemein geachtete Genosse Peilert vom Schöffengericht wegen Belästigung von Arbeitswilligen — § 153 der Gewerbe-Ordnung — zu drei Wochen Gefängnis verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hatte sowohl der Verurteilte als auch der Staatsanwalt Berufung eingelegt. In der neuen Verhandlung wurde durch eidliche Zeugenaussagen der Arbeitswilligen behauptet, daß Peilert während eines Werkstubs-Streiks den Arbeitswilligen Jitz mit einigen Kollegen auf der Straße getroffen hatte und ihnen zurief: „Ihr seid Streikbrecher geworden, das werden wir Euch schon einmal ansprechen.“ Hierauf schlug der genannte Jitz, wie er selbst zugiebt, dem Genossen Peilert eine Ohrfeige und drang weiter auf ihn ein. Diese Gewaltthatigkeiten wurden von Peilert in keiner Weise erwidert. Dennoch wurde gegen Peilert im öffentlichen Interesse Klage erhoben! Für die Berufsverhandlung hatte sich Genosse Peilert, der die oben erwähnte Äußerung seiner Enttarnung nach in wesentlich anderer Form getan hat, vorgenommen, dem Gericht zu zeigen, um wen es sich bei dem Schlingel Jitz eigentlich handelt und er be-

antragte deshalb die Vorlesung seiner Vorstrafen. Der Staatsanwalt protestierte hier dagegen und auch der Vorsitzende hielt es nicht für nötig und nicht zur Sache gehörig, da Jirz wie jeder andre Zeuge unter seinem Eide aussage. Es wurde aber auch ohne Befragung allgemein als bekannt angenommen, daß Jirz das Gefängnis mehrfach frequentiert und erst jüngst ein Jahr wegen gemeiner Verbrechen abgehüht hat. Weiter stellte Peikert unter Beweis — durch Arbeitgeber und Nichtorganisierte —, daß er selbst bei allen Lohnstreitigkeiten zur Ruhe mahne und vor Gewaltthätigkeiten warne. Aber auch gegen diese Beweisführung protestierte der Staatsanwalt als unerbittlich, erst durch einen Gerichtsbeschluss mußten die Zeugenaussagen erzwungen werden. Da trat ein Fabrikant vor, der auch einen Lohnkampf mit den Tischlern geführt hat, und bestätigte auf Befragen, daß in seiner Werkstatt der Streit durch durch ruhige und verständliche Eingreifen Peikerts schnell und friedlich beigelegt wurde. Er habe den besten Eindruck von dessen Person und seinem Wirken erhalten. Von Aufhebung und Neigung zu Gewaltthätigkeiten sei nichts zu entdecken gewesen. Zwei weitere Zeugen — nicht organisierte Berufsgenossen Peikerts — bekunden, daß Peikert in allen Versammlungen, denen sie beizuwohnten, zur Ruhe gemahnt und vor Beschimpfungen und Gewaltthätigkeiten gewarnt habe. Und der Erfolg dieser glänzenden Zeugnisse? Der Staatsanwalt beantragte Herausziehung der Strafe auf das doppelte Maß. Die Zeugenaussagen haben bewiesen, so sagte der Staatsanwalt, daß Peikert vor der Öffentlichkeit Ruhe heuchele, während er unter vier Augen sich gewaltthätig benehme! Die Arbeitswilligen müssen unter allen Umständen geschützt werden und das Benehmen Peikerts verdiene eine besonders harte Strafe.

Dieser Beweisführung schloß sich das Gericht an, erhöhte aber die Strafe noch einmal auf das doppelte Maß, auf drei Monate Gefängnis! Zu streifen sei den Arbeitern erlaubt, so verkündete der Vorsitzende, aber die Beschimpfungen von Arbeitswilligen müssen schroff unterdrückt werden. Gegen Jirz, der den Peikert geschlagen, war Anklage im öffentlichen Interesse natürlich nicht erhoben.

So muß der unbescholtene Genosse Peikert drei Monate ins Gefängnis wandern, weil er den Arbeitswilligen Jirz „beleidigt“ hat, der kürzlich ein Jahr Gefängnis wegen Körperverletzung seiner Frau abmachte.

Wegen Beleidigung des Eisenbahn-Ministers hat die Breslauer Strafkammer einmal auf 50 Mark Strafe gegen einen Redakteur der „Volkswacht“ erkannt, wegen Beleidigung des Gesamtministeriums auf 300 Mark, wegen Beleidigung der Polizeiverwaltung auf 200 Mark, wegen Beleidigung des Herrenhauses auf einen Monat Gefängnis. Wer den Arbeitswilligen Jirz beleidigt, erhält drei Monate Gefängnis, auch wenn er bisher unbetroffen ist!

Verteilung von Druckschriften zu Wahlzwecken. Während der Reichstags-Wahlbewegung, nachdem der Wahltermin amtlich bekannt gemacht worden war, wurden im Wahlkreise Lublinitz öffentlich Exemplare einer polnischen Zeitung verteilt, die Wahlartikeln, daneben aber auch Inserate und Kolonotizen z. enthielt. Eine polizeiliche Erlaubnis hatten die Verteiler nicht nachgeholt. Sie wurden deshalb wegen Vergehens gegen die §§ 10 und 41 des preussischen Pressegesetzes von 1851 angeklagt und in erster Instanz auch zu Geldstrafen verurteilt. Das Landgericht sprach sie jedoch mit folgender Begründung frei: Entscheidend sei § 43 der G.-O., wonach in der Zeit der öffentlich ausgeschriebenen Wahlen „Stimmzettel und Druckschriften zu Wahlzwecken“ ohne vorherige polizeiliche Erlaubnis öffentlich verteilt werden dürfen. Um diese Zeit und um eine „Druckschrift zu Wahlzwecken“ handle es sich hier aber, wenn sie auch die Form einer Zeitung hatte und neben Wahlartikeln und Wahlausrufen auch viele andre Notizen und viele Inserate enthielt. Die Zeitung sei lediglich gegründet worden, um der Werbung polnischer Wähler zu dienen. Man habe in dem Kreise, wo die polnische Gesellschaft nicht so groß sei als in andern schlesischen Kreisen, zeigen wollen, daß man doch so stark im Kreise sei, ein eigenes Polenblatt zu halten. Der polnische Wahlagitator habe ein Mittelstück verschafft werden sollen und man habe nicht an eine dauernde Existenz der Zeitung gedacht. Die Verteilung auf der öffentlichen Straße ohne polizeiliche Erlaubnis sei deshalb statthaft gewesen.

Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und machte geltend, der Begriff der Druckschrift zu Wahlzwecken im Sinne der Gewerbeordnung sei vom Landgericht verkannt worden. Der Ober-Staatsanwalt am Kammergericht schloß sich der Revision an und meinte, es handle sich hier nicht um eine „Druckschrift zu Wahlzwecken“, sondern um eine Druckschrift, die dem Zweck der Wahl zu dienen, nur nebenbei erfolgte. Darauf finde § 43 der Gewerbeordnung keine Anwendung.

Der Strafsenat des Kammergerichts unter dem Vorsitz des Präsidenten Lindenberg verwarf die Revision mit folgender Begründung: Der Begriff der „Verteilung von Druckschriften zu Wahlzwecken“ lasse sich grammatisch zweifach interpretieren. Einmal dahin, daß die Druckschrift zu Wahlzwecken verteilt werde, und andererseits dahin, daß die zur Verteilung kommende Druckschrift ihrem Inhalt nach zu Wahlzwecken bestimmt sei. Gleichviel, welche Auslegung die richtige sei, vorliegend müsse Verwerfung der Revision erfolgen schon deshalb, weil der Vorberichter feststellte, daß die Zeitung hier lediglich zu Wahlzwecken begründet sei. Diese Feststellung genüge auf jeden Fall, die öffentliche Verteilung in der Wahlzeit durch § 43 der Gewerbeordnung zu schützen.

Endell-Prozesse. Aus Posen wird uns berichtet: Die Währling-Eberl-Endell'sche Angelegenheit bildet den Gegenstand mehrerer Injurien-Prozesse, die in den nächsten Tagen vor dem hiesigen Schöffengericht zum Austrag kommen. Es lagen gegen einander: Major a. D. Endell gegen den Redakteur Schaaf von der „Posener Zeitung“; Endell gegen den früheren Generalsekretär der Landwirtschaftskammer Eberl; Delesonmierat Hänerasch, der Vorsitzende der landwirtschaftlichen Verbände-Genossenschaften, gegen den Verbands-Revisor Währling; Währling gegen den Redakteur Mysio vom „Berliner Tageblatt“; Währling gegen den Redakteur Dicks von der „National-Zeitung“; endlich Währling kontra Schaaf. Die Grundlagen dieser Prozesse bilden sowohl mehrere Artikel der erwähnten Blätter, in denen die ungewöhnlichen Zustände in der hiesigen Landwirtschaftskammer, besonders aber die Vorhofsmanipulationen des Herrn Endell kritisiert wurden, als auch verschiedene Erklärungen der Herren Hänerasch, Endell und Währling. Diese Prozesse dürften manches neue Bild über die Praktiken des Junkers Endell und dessen despotischer Wirkkraft in der Landwirtschaftskammer zeitigen. Bekanntlich war gegen Endell seitens der Staatsanwaltschaft sogar ein Strafverfahren wegen unberechtigter Entnahme von Vorküffen eingeleitet, mangels an Beweisen aber eingestellt worden.

Studentische Vandales. Aus Marburg, 9. November, wird uns geschrieben: In der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag wurden die in historischem Stil an der Kathauschüre ausgeführten Malereien, die im Verein mit den neu ausgeführten Polychromien des Rathhaus-Portals eine Fierde unfres alten Rathhauses bilden, verarzt gerückt und beschädigt, daß sie zum Teil völlig neu hergestellt werden müssen. Die Thäter sind ermittelt. Es sind Angehörige einer — Studenten-Verbindung.

Jedenfalls sollte man erwarten, daß Leute, die auf Bildung Anspruch machen, sich zur Beschädigung von Gegenständen historischen Kunstwertes nicht verleiten lassen. Würden Arbeiter die Thäter sein, dann könnte man was erleben. Würde gegen die Verärer der Beschädigungen der § 310 des Reichs-Strafgesetzbuches zur Anwendung kommen, Beschädigung von Denkmälern, so würden Strafen von mindestens einem halben Jahre zu erkennen sein. Aber man wird ihnen wohl nicht die „Carriere“ verderben wollen.

Zur bairischen Wahlrechtsreform. Man schreibt uns aus Bayern: Die bairischen Liberalen haben offenbar das dringende Bedürfnis, zu zeigen, daß sie an reaktionärer Gesinnung, horriblem Fraktionsegoismus und blinder Socialistenfurcht ihren norddeutschen „Gesinnungs“genossen durchaus nicht nachstehen. Nur so läßt sich ihre Haltung zu der Wahlrechtsreform begreifen. Wir haben schon früher auf die bedenklichen Seiten dieser Reform hingewiesen und dargelegt, wie wenig sie unsren Idealen und des Volkes berechtigten Wünschen entspricht. Die bairische Socialdemokratie hat es deshalb auch an einer scharfen und einschneidenden Kritik nicht fehlen lassen, allerdings auch nicht an einer unbefangenen Würdigung der verheißenen Verbesserungen.

Wenn aber jetzt der bairische Liberalismus Stimmung für eine völlige Verwerfung der Reform macht, so ist das nicht als eine elende Heuchelei, die man recht würdigen kann, wenn man weiß, daß das jetzige bairische Wahlrecht und vor allem die Wahlrechts-Einteilung den Liberalen seiner Zeit auf den Leib zugeschnitten ist. Schon früher haben sie deshalb jede Aenderung des vorfindlichen Verfahrens hintanzubehalten getrachtet; ihr Sonderinteresse stand ihnen höher als alle Gerechtigkeit. „Reich“ wurden sie erst, als bei der letzten Wahl eine ultramontane Mehrheit in den Landtag einzog. Was soll man dazu sagen, daß sich jetzt z. B. die Nürnberger Freisinnigen gegen die Festhaltung an einer direkten Steuerleistung als Vorbedingung des Landtags-Wahlrechtes wenden — dieselben „Freisinnigen“, die da, wo sie die Macht haben, viel höhere direkte Abgaben aufrecht erhalten, um die Arbeiterschaft mundtot zu machen?! Gewiß sind die Rechtslosmachung von mehr als 100 000 Landtagswählern von 21—25 Jahren, die gefegliche Einteilung der Wahlkreise nicht auf Grund der jeweiligen letzten, sondern der Volkszählung von 1900, die Bestimmungen über den Besitz der Staatsangehörigkeit, die Bindung der direkten Steuerleistung u. a. m. ernsthafteste Gründe gegen die Zustimmung zum Regierungsentwurf.

Aber die Liberalen kämpfen im Grunde genommen gar nicht gegen diese Bestimmungen, sondern gegen das direkte Wahlrecht. Vor ihm haben sie eine heilige Scheu; am frohesten wären sie, wenn sie durch irgend ein raffiniert ausgeklügeltes Privilegien-Wahlrecht an der Macht bleiben könnten. Aber das direkte Wahlrecht, das bedeutet ein Vordringen der socialdemokratischen Agitation, eine Verhärzung des Klassenkampfes bei den Landtagswahlen, mit einem Wort: den Beginn einer neuen Zeit für Bayern. Und das wollen die altersschwachen Mummelgeißte des Liberalismus um jeden Preis vermeiden. Sie wollen ihre Ruhe haben — im Austragsstühle.

Deutschland und Kolumbien. Dem „Reuterischen Bureau“ wird vom 9. November aus New York gemeldet:

Der heilige kolumbische Generalkonsul erklärte, er habe die Nachricht erhalten, daß die Einwohner im Innern Kolumbiens die Regierung der Republik ersuchten, eine Deputation nach Deutschland zu senden, um diesem Lande Konzeptionen sowohl an den Küsten des Stillen wie des Atlantischen Ozeans als auch für den von Deutschland gewährten Schutz anzubieten. Es sei nicht bekannt, ob dieser Schritt unternommen werden wird. Man vermutet, daß das Gebiet der in Anregung gebrachten Konzeption an die Grenzen der Provinz Panama stößt.

Nach einer „Laffan“-Meldung soll Deutschland durch die betreffende kolumbische Kommission auch aufgefordert werden, das Protektorat über Kolumbien zu übernehmen.

Das offizielle deutsche Telegraphenbureau bemerkt dazu: Nach Erkundigungen an zuständige Stelle wird dieser Versuch, Deutschland in die Jhmus-Frage hineinzuziehen, scharf zurückgewiesen. Ein kolumbischer Schritt der oben bezeichneten Art ist der deutschen Regierung überhaupt nicht bekannt geworden. In der That könnte es auch gar nichts Ungeheureres geben, als sich von Kolumbien dazu verlocken zu lassen, sich irgendwie in die amerikanischen Händel einzumischen. Amerika würde in einem solchen Fall mit der Monroe-Doktrin vertauschten Ernst machen. Nach dem Venezuela-Kreuzzug scheinen aber kolumbische Schläuberger Deutschland jeder Dummheit für fähig zu halten.

Husland.

Die Union und die Republik Panama.

Der Stand der Panamanal-Prage und besonders der Einfluß der Lokregierung Panamas von Kolumbien, sowie der Anteil, den die amerikanische Regierung direkt oder indirekt an der Entwicklung der Dinge auf dem Jhmus hat, wird, so wird „Daily Telegraph“ gemeldet, in den bevorstehenden Debatten in beiden Häusern des Kongresses, besonders im Senat, eine große Rolle spielen. Die demokratischen Führer sprechen zwar nicht über ihre Absichten, es besteht indes bei der parlamentarischen Minderheit eine allgemeine Neigung, die Regierung anzugreifen, und es scheint außer Frage zu stehen, daß in beiden Häusern Resolutionen eingebracht werden, worin eine Untersuchung über die Ereignisse auf dem Jhmus verlangt wird. Es werden darin Abkrisen aller Beschele an die Schiffskommandeure in den mittelamerikanischen Gewässern verlangt werden, sowie Vorlegung des gesamten Schriftwechsels zwischen dem Staatsdepartement und den an einem Erfolg der Revolution interessierten Persönlichkeiten. Derartige Anträge, die an den Präsidenten der Vereinigten Staaten lauten, ersuchen gewöhnlich um die gewünschte Information, falls dies seiner Meinung nach mit dem öffentlichen Interesse vereinbar ist. Diese Fassung läßt dem Präsidenten die Alternative, sofort Auskunft zu erteilen oder, falls er dies für angemessen hält, sie einstweilen zurückzuhalten. Die Regierung wird daher wahrscheinlich gegen die Annahme derartiger Resolutionen, falls sie in entsprechender Form gehalten sind, keine Einwendung erheben.

Die Vereinigten Staaten werden, wie die „Morning Post“ aus Washington meldet, dem Protest Kolumbiens keine Aufmerksamkeit schenken und auch Kolumbien nicht erlauben, die Kideroberung Panamas zu versuchen. Präsident Roosevelt und das Kabinett sind überzeugt, daß die Trennung Panamas von Kolumbien den Interessen der zivilisierten Welt in bester Weise dient, und daß sie eine Wirksamkeit des Friedens auf der Landenge bilden wird. Die Behauptungen amerikanischer und europäischer Mütter, die Regierung in Washington habe die Revolution geschürt, werden im Kabinett mit cynischer Heiterkeit gelesen. Ein Mitglied des Kabinetts äußerte salbungsvoll: „Die Vorsehung ist für die Revolution verantwortlich“. Als an diese Persönlichkeit dann die Frage gerichtet wurde: „Hat die Vorsehung ihre Hand in Washington?“, antwortete sie lachend: „Der Finger des Schicksals scheint dort hin zu weisen“.

Washington, 9. November. (Bureau Laffan.) Kolumbien hat den Vereinigten Staaten formell die sofortige Ratifizierung des Jhmuskanal-Vertrages für den Fall a. geboten, daß die Vereinigten Staaten den früheren Zustand auf der Landenge von Panama wiederherstellen. Die Vereinigten Staaten haben auf dieses Anbieten noch nicht geantwortet, werden es aber ablehnen, da sie sich nicht an einer Vernichtung der neugegründeten Republik Panama beteiligen können.

Frankreich.

Gegen die Stellenvermittlungs-Bureaus. Die Bädergesellen, sowie die Arbeitgeber der Bistattfabriken hielten gestern eine Versammlung ab, in welcher eine Resolution gegen die Stellenvermittlungs-Bureaus angenommen wurde. Nach Schluß der Versammlung kam es, als die Arbeiter vor den Vermittlungs-Bureaus demonstrieren, zu einem scharfen Zusammenstoß mit der einschreitenden Polizei, wobei mehrere Verhaftungen vorgenommen wurden. Spät abends fand eine neue Versammlung statt, nach deren Beendigung es wiederum zu Zusammenstößen mit der Polizei kam.

Spanien.

Die Municipalrats-Wahlen. Der Telegraph meldet noch immer neue Wahlunruhen. Aus Santander wird über die Außerordnungen

bei den gestrigen Gemeinderatswahlen noch mitgeteilt, daß die Außerordnungen der Polizei widerstanden, mit den Waffen in der Hand die Wahlen für sich bestürmten, Barrikaden errichteten, Petroleum gegen die Thore der Pastoralisten-Kirche goßen und anzündeten. Das Feuer wurde nur mit Mühe gelöscht. Außer dem Arde, das, wie gemeldet, erschossen wurde, ist ein Mann getötet; mehrere andre Personen wurden verletzt. Da die Regierung fürchtet, daß es bei dem Verhängnis des Kindes zu neuen Kundgebungen kommen könnte, verhängte sie über Santander den Belagerungszustand.

Auch in Valencia fanden Außerordnungen statt. Vor den Geschäftsräumen eines radikalen Blattes kam es zwischen Parteigängern der radikalen Abgeordneten Vlassco und Soriano zu einem Zusammenstoß, bei dem eine Person getötet und drei andre schwer verletzt wurden.

Nach den letzten Feststellungen wurden bei den Gemeinderatswahlen 4009 Monarchisten, 975 Republikaner, 80 Karlisten und 61 Socialisten gewählt. Es haben demnach nicht nur die Republikaner, sondern auch die Socialisten einen Erfolg erzielt; denn bisher hatten unsere Genossen nur in 15 Gemeinden insgesamt 45 Vertreter.

Italien.

Turati über die Lösung der Krise.

Rom, 7. November. (Fig. Ver.) In der letzten Nummer der „Critica Sociale“ beschäftigt sich Turati mit den Ursachen, aus denen Giolitti von der Bildung eines radikalen Kabinetts absehen mußte. Den Rücktritt Sacchi, um nicht neben einem Tizio und Romano zu arbeiten, bezeichnet Turati als einen äußerlichen und zufälligen Grund des Mißerfolges. Der wahre Grund lag in der Schwäche und inneren Zerissenheit der Parteien der äußersten Linken. Wenn diese eine geschlossene, kraftvolle Einheit gebildet hätten, deren Verlust für das neue Ministerium schwer ins Gewicht gefallen wäre, so hätte Giolitti nicht darauf bestanden, seine beiden biedereren Freunde zu behalten, er hätte gar nicht die Zustimmung gefleht, mit ihnen zusammen zu arbeiten. Nun sei aber die äußerste Linke in Italien schwach, unruhig; die Partei durch den Streit der Tendenzen zerissen, die Arbeiterbewegung geschwächt. Deshalb hätte ihr die Macht gefehlt, im entscheidenden Moment Giolitti zur Einhaltung des richtigen Kurzes zu zwingen.

Der Artikel ist überfüllt von heftigen Ausfällen gegen den revolutionären Flügel, dem Strazimethoden und Demagogentum vorgeworfen werden. Begreiflicherweise drückt ihn die bürgerliche Presse mit großer Verfriedigung ab. Obwohl es für die Ministeriellen nicht gerade schmeichlerhaft ist zu hören, daß ihr Kabinett derartig ist, daß man einen Scheinbruch braucht, der die Schuld darauf trage, so nehmen sie doch bereitwilligst die Erklärung Turatis auf, der im Namen der Partei das mea culpa recitiert.

Die Mär vom liberalen Papp ist vorgefesselt von Pius X. in einer Ansprache an das Konfistorium gründlich zerstört worden: Unter Bezugnahme auf allerlei in der Presse umlaufende Gerüchte erklärte er, es sei durchaus notwendig, daß der Papp in der Regierung der Kirche frei und keiner Macht unterworfen sei. Demgemäß bedauere er, indem er sich seiner Pflicht und der Heiligkeit seines Eides wohl bewußt sei, die sehr schwere Beleidigung, die der Kirche in dieser Beziehung widerfahren sei. Er sei überrascht über die Reugier, die man hinsichtlich des Programms seines Pontifikats gezeigt, da er doch keinen andern Weg gehen könne, als der, den sein Vorgänger gegangen. Zurückweisen müsse er die Meinung, daß der Papp sich nicht mit Politik beschäftigen dürfe; denn es sei unmöglich, die Politik von dem Amte des Oberhirten über den Glauben und die Sitten zu trennen, namentlich wenn der Papp Beziehungen zu den Fürsten und Regierungen aufrechterhalten solle, um die Sicherheit und Freiheit der Katholiken zu fördern.

Zum Selbstmord Rosas. Ministerpräsident Giolitti erhielt, wie die „Agenzia Stefani“ mitteilt, in der vergangenen Nacht zwei Briefe des verstorbenen Finanzministers Rosano. In dem einen derselben bittet dieser Giolitti, dem Könige sein Entlassungsgesuch als Finanzminister zu unterbreiten; in dem zweiten teilt er mit, daß er unzufrieden aus dem Leben scheide, und erklärt, alle gegen ihn erhobenen Anschuldigungen für falsch. Er sterbe mit Grüßen an seine Ministerkollegen und den besten Wünschen für Giolitti und dessen Familie.

England.

Englische Kämpfe im Sontalende. Aus Aden wird vom „Reuterischen Bureau“ gemeldet: Im Hinterlande hat zwischen englischen Truppen und dem Autebi-Stamme ein heftiges Gefecht stattgefunden; der Autebi-Stamm hatte schwere Verluste, darunter der Sohn des obersten Scheichs und ein Dorfscheik. Auf britischer Seite wurden neun Mann verwundet.

Partei-Nachrichten.

Eine Parteikonferenz für den ober-schlesischen Industriebezirk

fund am letzten Sonntag, den 8. November, statt. Da im Bezirk selbst bis jetzt ein Versammlungslokal für unsere Partei nicht zu haben ist, so mußten unsere ober-schlesischen Genossen wieder einmal die Gastfreundschaft der österreichischen Nachbarn in Anspruch nehmen. Die Konferenz tagte in der Stadt Oßwiecim und war von etwa 40 Vertretern aus 14 Orten des Industriebezirks besucht. Außerdem nahmen an den Verhandlungen teil ein Mitglied des Parteivorstandes, Genosse Wengels, die Redakteurin des von der Partei herausgegebenen polnischen Parteiblatts „Gazeta Ludowa“, Genossin Dr. Luxemburg, als Vertreter der schlesischen Agitationskommission Genosse Schulz-Breslau und der gegenwärtige Bezirks-Vertrauensmann für Oberschlesien, Genosse Bruns.

Auf der Tagesordnung der Konferenz stand als erster Punkt eine Besprechung über die Einigungsverhandlungen mit der polnisch-socialistischen Partei, sodann Fragen der Agitation und Organisation. Die Erledigung des ersten Punktes nahm einen erheblichen Teil der Zeit der Konferenz in Anspruch. An das von Genossin Luxemburg erstattete Referat knüpfte sich eine mehrstündige lebhafteste Debatte. Von mehreren Rednern wurde beobachtet, daß durch den Schluß der Debatte auf dem Dresdener Parteitag die Frage der Einigung mit der P. P. S. keine Erledigung gefunden hat. Die Treibereien einiger Personen nicht nur auf polnisch-socialistischer Seite, sondern auch auf der andern, hätten die Einigung verhindert. Auch der Parteivorstand sei nicht immer richtig informiert gewesen über ober-schlesische Verhältnisse. Der Einmischung von außerhalb Oberschlesiens stehenden Leuten in die Parteiverhältnisse des Industriebezirks müsse entgegen getreten werden. Von anderer Seite wurde diesen Ansichten lebhaft widersprochen und die Schuld an dem Scheitern jeder Einigung lediglich dem Verhalten einiger Leute in der P. P. S. zugewiesen, die ihre Aufgabe im wesentlichen in der persönlichen Verunglimpfung deutscher Genossen sähen. Einig waren alle Redner in der Ueberzeugung, daß im Interesse einer guten Entwicklung der ober-schlesischen Arbeiterbewegung die gemeinsame Thätigkeit der deutsch sprechenden wie der polnisch sprechenden Genossen gewünscht werden müsse, doch wurde betont, daß diese Thätigkeit in der großen Gesamtpartei und nicht in kraftlosender Sonderbündelei ihre Grundlage finden müsse. Und völlige Einmütigkeit ergab die Debatte auch darin, daß in der Agitation für die socialdemokratische Partei nicht das die Arbeiter Fremde, das Nationale, sondern das Vereinigende, die Klassenlage aller Arbeiter, betont werden müsse. Von verschiedenen Rednern wurde eindringlich gefordert, nimmehre die vergangenen Dinge ruhen zu lassen und endlich auch in Oberschlesien die ganze Kraft auf die weitere Ausbreitung und Stärkung der Partei zu verwenden. Gegen eine erhebliche Minderheit wurde dann eine Resolution abgelehnt, die mehreren Genossen scharfen Tadel wegen ihres Verhaltens in den Einigungsverhandlungen ausdrückte, und mit großer Mehrheit beschlossen, daß die Konferenz deutscher und polnischer Genossen der Gesamtpartei

erklärt, den alten Streit untereinander fallen zu lassen und in Zukunft nur für die Interessen der Socialdemokratie einzutreten.
Zu einer fast dreistündigen, sehr gründlichen und streng sachlich geführten Erörterung kam es dann bei den folgenden „Organisation, Agitation und Presse“ betreffenden Punkten der Tagesordnung. Zur „Organisation“ wurde beschlossen, den Genossen im Industriebezirk auch die politische Organisation dringend zu empfehlen. Die Art der Organisation — ob politischer Verein oder Vertrauensmannsystem — soll den Genossen in den einzelnen Orten im Einverständnis mit dem Bezirks-Vertrauensmann überlassen bleiben. Die an den einzelnen Orten eingehenden Gelder sollen an den Bezirks-Vertrauensmann und von diesem an den Parteivorstand abgeführt werden. Die Schaffung einer Agitationskommission für den Industriebezirk wurde bekämpft und ein dahingehender Antrag zurückgezogen, es wurde vielmehr beschlossen, daß die Vertrauensmänner der einzelnen Orte zusammen mit dem Bezirks-Vertrauensmann Genossen Brühns die allgemeinen Angelegenheiten des Industriebezirks zu erledigen haben.

Auch der Punkt „Agitation“, der mit dem weiteren „Presse“, zusammengefaßt wurde, führte nach einem Referat des Genossen Brühns zu einer eingehenden Erörterung der gewaltigen Schwierigkeiten, im Industriebezirk für die socialdemokratische Partei zu wirken. Besonders schwer ist auch die Beschaffung geeigneter Kolporteurs für unsere Parteipresse, da die infolge der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Arbeiter sehr niedrige Zahl der Abonnenten der Kolporteurs eine ausreichende Entschädigung für ihre mühsame Arbeit nicht bietet. Die von einer Seite vorgeschlagene grundsätzliche Empfehlung der Konferenz, an den Parteivorstand und die „Volkswacht“, den Kolporteurs besondere Zuschüsse zu zahlen, wurde als nicht zum Ziele führend bekämpft und abgelehnt. Nur in ganz besonderen Fällen soll der Bezirks-Vertrauensmann noch die Zahlung eines Zuschusses herbeiführen, im übrigen soll aber durch die organisierte Tätigkeit der Genossen des Bezirkes eine allmähliche Hebung des Abonnentenstandes der in Betracht kommenden deutschen und polnischen Parteipresse herbeigeführt werden. Dieser Punkt wird erledigt mit der einstimmigen Annahme dieser Resolution:

Die Konferenz ist der Ueberzeugung, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen des Industriebezirks, insbesondere infolge des Mangels an Versammlungsorten, die ständige öffentliche Agitation fast nur durch die Parteipresse betrieben werden kann. Sie beschließt daher, die Parteigenossen aller Orte des Bezirkes zu verpflichten, eine fortwährende und organisierte Agitation für die Verbreitung der Parteipresse durchzuführen. Mit dieser Arbeit sind die Vertrauensmänner unter Leitung des Bezirks-Vertrauensmanns zu beauftragen, selbstverständlich unter regelter Mithilfe aller Genossen. Zweck der Gewinnung einer größeren Leserschaft der Parteipresse hält es die Konferenz für wünschenswert, daß die für das Industriegebiet in Betracht kommende Parteipresse durch bessere Vertriebs-erstattung den oberflächlichen Verhältnissen mehr wie bisher Rechnung trage.

Auch die Begründung eines selbständigen deutschen Organs für Oberschlesien, zunächst durch Herausgabe eines Kopfblasses der „Volkswacht“, wurde erörtert, doch soll diesem Plane erst dann näher getreten werden, wenn die Abonnentenzahl erheblich gewachsen sein wird.

In einem Schlusswort gab der Bezirks-Vertrauensmann Genosse Brühns die Hoffnung Ausdruck, daß die gründliche Aussprache über die verschiedenen Differenzpunkte nimmermehr den Hindernis für weiteren Streit beseitigt und die Bahn freigemacht habe zu gemeinsamer eifriger Arbeit für die hohen Aufgaben und Ziele unserer Partei. Mit einem begeisterten Hoch auf die Socialdemokratie trennten sich die Genossen.

Beweiderhebung abgelehnt.

Vor dem Schöffengericht in Bismar wurde am Dienstag gegen den Genossen Holz wegen Verleumdung des Polizeibeamten Schütte verhandelt. Holz hatte den Schütte des Meineids bezichtigt, um durch den damit provozierten Verleumdungsprozess die Grundlage für die Wiederaufnahme seines eigenen Meineidsprozesses zu gewinnen. Im Vorverfahren dieses Verleumdungsprozesses hat der Hauptzeuge, Tischler Wollenberg, in Gegenwart des Staatsanwalts unter Eid eine Aussage gemacht, die, wenn sie nicht durch ganz gewichtige Gegenbeweise als falsch erwiesen würde, unbedingt nicht nur zur Wiederaufnahme des Meineidsverfahrens gegen Holz, sondern auch zu seiner Freisprechung führen müßte.

Das Schöffengericht in Bismar jedoch verurteilte Holz unter Ablehnung der Beweiderhebung zu einem Monat Gefängnis wegen Verleumdung Schüttes.

Damit ist die Angelegenheit noch nicht beendet.

Aus der italienischen Partei.

Rom, 7. November. (Fig. Ver.)

Am 2., 5. und 6. November ist nach mehrmonatlicher Pause der italienische Parteivorstand zusammengetreten, um wichtige Fragen über die inneren Verhältnisse der Partei zu erledigen. Sämtliche Mitglieder des Vorstandes waren anwesend: Turati, Ferri, Vertesi, Costa, Chiesa, Vocconi, Longobardi, Veziani, Pagnagnoli, Soldi und Vissolati, dessen Teilnahme an den Verhandlungen einigermaßen beschränkt, da er nicht ein gewähltes Mitglied des Vorstandes ist, sondern ihm nur als Geschichtsdarsteller „Avanti“ angehört. Diese Stellung hat er seit dem Mai niedergelegt, so daß nicht einzusehen ist, wie er zu einem Sitz im Parteivorstand kommt.

In erster Stelle wurde über den Zeitpunkt des nächsten Kongresses beraten. Costa und mit ihm die intransigente Minderheit treten für die Einberufung im nächsten März ein und motivierten diesen Vorschlag mit den tiefen Störungen im inneren Parteileben, wie sie z. B. in der Mailänder Spaltung zu Tage treten, mit dem Befehl in der Redaktion des „Avanti“ usw. Turati brachte eine lange Tagesordnung ein, in der alle die inneren Zwischigkeiten, die tiefe Depression des Parteilebens anerkannt werden und ihre Bekämpfung als Hauptaufgabe des nächsten Parteitages erachtet wird, zu dem „alle Gruppen, die das Parteiprogramm annehmen, Zutritt haben“ sollen. Dieser Parteitag sollte im September zusammenzutreten. Der Vorstand billigte den allgemeinen Teil dieser Tagesordnung, über den Zeitpunkt des Kongresses wurde aber getrennt abgestimmt und es kam zur Stimmengleichheit (der Abg. Chiesa war abwesend; für März stimmten: Ferri, Soldi, Costa, Pagnagnoli und Longobardi). Man blieb daher bei dem regelmäßigen Zeitpunkt, September 1903.

Am nächsten Tag verhandelte man über die Frage der Vertretung beim nächsten Parteitag. Nach dem Organisationsstatut vom Jahre 1900 hat jede Parteisektion einen Delegierten für je 100 eingetragene Mitglieder, wobei auch ein Bruchteil von 100 Recht auf einen weiteren Delegierten giebt. So kam es zu dem Monstre-Parteitag von Imola mit 1000 Delegierten, den man wohl nicht noch einmal heraufziehen sehen möchte. In Imola selbst war die Aenderung des Organisationsstatuts auf der Tagesordnung, wegen Zeitmangels überging man aber die Ausarbeitung eines neuen Statuts dem Parteivorstand, der seinen Entwurf durch Referendum bewilligen lassen sollte. Bis jetzt hatte er nichts zu der Sache gethan. Der Parteivorstand beschloß nun nach längerer Diskussion, Vissolati, Vertesi und Soldi mit der Ausarbeitung eines Entwurfs zu beauftragen, über den dann durch Referendum entschieden werden wird, und zwar in der Weise, daß nicht nach Abteilungen, sondern nach abgegebenen Stimmen gezählt wird.

Entscheid durch Referendum forderte Soldi auch über die Frage der Teilnahme am nächsten Kongress, die ein Satz der Tagesordnung Turati bereits in dem Sinne entschieden hatte, daß „alle Gruppen, die das Parteiprogramm annehmen“, daran teilnehmen können. Soldi wies darauf hin, daß dieser Satz dem Organisationsstatut widerspreche. Er soll es den Mailänder Seceffionisten ermöglichen, auf den Parteitag zu kommen; solche Beschlüsse kann aber der Parteivorstand nicht fassen. Turati bekämpfte lebhaft den Vorschlag des Referendums und da seine Richtung die Mehrheit im Parteivorstand

bildet (7 gegen 4) wurde der Vorschlag zurückgewiesen. Richtigerweise wird die Frage durch Referendum entschieden werden müssen, da diese Art der Abstimmung statutengemäß stattfinden muß, sobald 30 Sektionen sie fordern; eine solche Forderung, unterzeichnet von einigen 50 Sektionen, wird dem Parteivorstand demnächst zugehen.

Vom Parteivorstand wurde ferner der Kassibericht des Sekretariats vorgelegt. Vom 1. August 1902 bis 31. Oktober 1903 betragen die Einnahmen (nur Mitgliedsbeiträge) 28 500 Lire, die Ausgaben 23 689 Lire. Da die Einnahmen beständig steigen, nimmt man für das folgende Jahr eine Einnahme von 29 000 Lire an.

Es bestehen heute in Italien 221 Sektionen, von denen 78 wegen Rückständigkeit in der Beitragszahlung mit Ausschluß bedroht sind. Die übrigen 143 zählen 89 893 Mitglieder.

Der Parteivorstand beschloß schließlich, die Partei-Druckhandlung aufzulösen, weil sie sich nicht rentiert und verlagte sich dann auf den 30. November.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Wegen Verleumdung von Polizeibeamten, deren er sich in einer gelegentlich des Bauhandwerkerstreiks in Bromberg abgehaltenen Versammlung schuldig gemacht haben soll, ist der Genosse Schulz aus Posen von der Strafkammer des Landgerichts in Bromberg am 5. d. M. zu vier Wochen Gefängnis verurteilt worden. Die Verurteilung ist erfolgt auf Grund der von den Polizeibeamten nach der Rede gemachten Notizen. Gegen das Urteil hat Schulz die Revision angemeldet.

Aus Industrie und Handel.

Der geplante Stahlwerks-Verband dürfte nach neueren Mitteilungen aus industriellen Kreisen schwerlich zu Stande kommen. Die lästige Jurisdiktion verschiedener großer Werke, besonders aber die deutliche Abjage des Generaldirektors Jungmann auf der am 31. Oktober in Berlin abgehaltenen Generalversammlung der Vereinigten Königs- und Laurahütte haben die hinter dem Projekt stehenden Werksbesitzer arg verärgert. Man rechnet bereits mit der Wahrscheinlichkeit des Scheiterns der Verhandlungen und begnügt sich auf letzteres einzurichten, wenigstens soll nach Mitteilung der „Allgemeinen Volkszeitung“ am 11. November in Köln eine Versammlung des Träger-Verbandes stattfinden, in welcher Beschlüsse gefaßt werden sollen für den Fall, daß die auf den 23. November anberaumte Versammlung, die der Gründung des Stahlwerks-Verbandes gewidmet sein soll, noch nicht zu einem Ergebnis führt.

Allgemeine Electricitäts-Gesellschaft und Union Electricitäts-Gesellschaft in Berlin. In der heutigen Aufsichtsrats-Sitzung wurde seitens des Vorstandes über das Ergebnis des Geschäftsjahres vom 1. Juli 1902 bis zum 30. Juni 1903 Bericht erstattet und mitgeteilt, daß der auf den 12. Dezember einzuberufende ordentliche Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 8 Proz. wie im Vorjahre vorgeschlagen werden soll, da nach Abzug von Handlungsumfassen, Steuern, Obligationenzinsen und Abschreibungen im Betrage von 2 812 644 M. ein Reingewinn von 5 624 385 M. (im Vorjahre 5 634 042 M.) zur Verfügung steht.

In das laufende Geschäftsjahr konnte, wie mitgeteilt wurde, an Aufträgen mit einer höheren Ziffer als pro 1901/1902 eingetreten werden, die seitdem noch erheblich gestiegen ist.

Der Abschluß der Union Electricitäts-Gesellschaft umfaßt mit Rücksicht auf den Vertrag mit der Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft nur die 6 Monate vom 1. Januar bis 30. Juni dieses Jahres. Auch bei unverändertem Geschäftsbetriebe würde nach Angabe der Verwaltung dieses erste Halbjahr bei der Eigenart des Bahn-Geschäftes nicht das normale Resultat ergeben haben, da die früheren Bauausführungen und Lieferungen in das Frühjahr und den Sommer, die damit verbundenen Abrechnungen und Gewinnergebnisse aber in den Herbst und Winter fallen. Außerdem entstanden besondere erhebliche Ankosten durch die Ueberführung einzelner Fabrikations- und Verkaufszweige auf die Electricitäts-Gesellschaft. Unter diesen Umständen war ein beschämiger Verlust unvermeidlich. Er beträgt gemäß der Bilanz per 30. Juni d. J. 2 549 933 M., die aus dem außerordentlichen und ordentlichen Reservefonds Deckung finden sollen.

Postpaketdienst nach Spanien. Nach Spanien und den Balearen ist neben der bereits bestehenden Beförderung über Hamburg, Belgien und England oder Ost-Lothringen und Frankreich ein neuer Dienst für Postfrachtkübel über die Schweiz eingerichtet worden. Die Sendungen werden bis zu einem Gewicht von 10 Kilogramm zugelassen. Nachnahme bis 800 M. sowie Wertangabe ist gestattet.

Garnpreis-Erhöhung. Nach einer Meldung der „Allgemeinen Volkszeitung“ aus Völsfeld beschloß die Versammlung deutscher Flachspinner eine weitere Erhöhung der Leinengarnpreise um 50 Pf. bis 1 M. pro Pfd.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Gewerkschaftsmitglieder!

Zu Ausführung des einstimmigen Beschlusses der Gewerkschaftsvorstände Berlins ist allen Gewerkschaftsmitgliedern zu empfehlen, am 12. November ihr Wahlrecht auszuüben. Der Wahlakt beginnt nachmittags 2 Uhr. Sorge ein jeder dafür, daß ihm die dazu nötige freie Zeit gewährt wird.

Anschließend hieran machen wir bekannt, daß am selben Tage das Bureau der Berliner Gewerkschaftskommission von mittags 12 Uhr an geschlossen ist.

Der Ausschluß der Berliner Gewerkschaftskommission.

Achtung, Ailesenlezer Berlins und Umgegend! Die Hiesigenlezer Berlins beschloßen in ihrer letzten Mitgliederversammlung, daß sämtliche Mitglieder am Tage der Landtagswahl, Donnerstag, den 12. d. M., mittags die Arbeit für diesen Tag einzustellen und pünktlich 2 Uhr sich in ihren Wolllokalen zu melden haben, um für die Socialdemokratie ihre Stimme abzugeben.

Wilh. Schulz, zur Zeit Vorsitzender.

Die Lohnbewegung der Rohrer ist jetzt, soweit die Firmen, die den Tarif anerkannt haben, in Betracht kommen, beendet, nachdem ein beide Parteien bindender Vertrag vor dem Gewerbegericht festgelegt worden ist. In einer gut besuchten öffentlichen Rohrer-Versammlung, die am Montag in Englischen Garten tagte, berichteten die Vertreter der Lohnkommission über die Verhandlungen, die am selben Tage stattgefunden hatten. Folgende acht Firmen waren vor dem Gewerbegericht vertreten: Schmidt u. Braun, Reuländer u. Co., Krumrey (Vrendt), Schreyer u. Co., Juliusberg, Jaffe, Lebbin, in Vertretung Hartmann, und Pösch. Sie beschäftigten die Mehrheit der Rohrer Berlins und Umgegend. Der Tarif wurde mit einigen unbedeutenden Abänderungen dem Vorschlage der Arbeiter entsprechend anerkannt und soll bis zum 1. Oktober 1905 gelten. Wird er von keiner Seite drei Monate vor Ablauf dieses Termins geändert, so bleibt er auch weiterhin in Geltung; wird er aber geändert, so hat sofort die aus zwei Arbeitgebern, zwei Arbeitnehmer und einem unparteiischen Vorsitzenden bestehende Tarifüberwachungs-Kommission über einen neuen Tarifvertrag zu beraten, und falls keine Einigung erzielt wird, das Gewerbegericht einen Schiedsspruch zu fällen. Es ist also durch diese Abmachungen dafür gesorgt, daß für die Berliner Rohrer keine tariflose Zeit mehr eintreten kann. — Nach kurzer Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Versammlung der Rohrer Berlins und Umgegend erklärt sich mit den Abmachungen der Lohnkommission vor dem Gewerbegericht einverstanden. Die Versammelten verpflichten sich, bei den Vertragsfirmen den Abmachungen gemäß ihre volle Pflicht

und Schuldigkeit zu thun. Die Versammelten verpflichten sich aber auch andererseits, mit allen ihnen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln dahin zu wirken, daß die vertragsfeindlichen Firmen zur Anerkennung des Tarifs vor dem Gewerbegericht gezwungen werden.“

Die Firmen: A. Krause, Simeonstr. 4, A. Schröder, Große Hamburgerstr., E. Schröder, Charlottenburg, G. Voermann, Leberstr. 3, Voermann, Südb. 6, E. Weise, Wilmersdorf, W. Stahl, Wollanstr. 4, und Jungold, Prinz Eugenstr. haben der Einladung zur Verhandlung vor dem Gewerbegericht nicht Folge geleistet, sind also als vertragsfeindliche Firmen zu betrachten. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß der Arbeitsnachweis der Rohrer-Organisation, Dragonerstr. 15, Arbeit zu tarifmäßigen Bedingungen vermittelt. Firmen, die dem Tarifvertrage beitreten wollen, haben sich an das Gewerbegericht zu wenden.

Es wurde noch erwähnt, daß auf einem Bau Streikbrecher mit der Art auf Kollegen losgegangen sind, die sie in durchaus sachlicher Weise über die Verhältnisse aufklären wollten. Der Vorsitzende forderte die Anwesenden auf, in allen derartigen Fällen die größte Ruhe zu bewahren und nicht etwa Gleiches mit Gleichem zu vergelten, da die Streikbrecher bekanntlich den besonderen Schutz der Polizei und der Gerichte genießen, und Streikende, wenn sie auch noch so guten Grund hätten, sich gegen rohe Angriffe zu verteidigen, sich leicht schwere Strafen zuziehen können.

Der Streik der Leinwandverarbeiter bei der Firma Leo Berg u. Co. ist beendet und haben sämtliche dort beschäftigt gewesenen Kollegen am Montag, den 9. November, die Arbeit wieder aufgenommen. Die Firmeninhaber erklärten dem Vorstand der Organisation gegenüber: 1. Die alte Arbeitszeit von 7½—5 Uhr beizubehalten. 2. Keine Ueberstunden machen zu lassen. 3. Auf die betreffenden Sorten, für die Preisausschlag gefordert wurde, wird durchschnittlich 20 Proz. Aufschlag bewilligt. 4. Verpflichten sich die Arbeitgeber in einigen Tagen zur Aushängung eines Preiscontants. 5. Wo keine Kosten unter 100 Fuß vorgegeben werden, wird ein Aufschlag von 25 Proz. auf die schon gezahlten Tarifpreise gezahlt. Maßregelungen finden nicht statt und werden sämtliche beschäftigt gewesenen Kollegen eingestellt.

Die Ueberwälzung der Filiale Berlin.

Kölnung, Graveure! Die Berliner Relief- und Buchdruck- und Golddruck-Graveure stellen demnächst Forderungen. Es ist demnach jeglicher Zugang von Graveuren genannter Branchen nach Berlin strengstens zu vermeiden.

Deutsches Reich.

Der Streik bei Rickmers in Bremen scheint nun weitere Kreise zu ziehen. 34 Arbeiter der Firma Gebrüder Riessen in Bremen, welche für Rickmers Reis löschten, haben sich dessen geweiht und ebenfalls die Arbeit niedergelegt. — Die Hamburger Polizei befreit in einer Zuschrift an das „Echo“, die Obdachlosen durch Drohungen verleiht zu haben, sich zu Streikbrecherdiensten herzugeben; sie will dieselben nur fürsorglich auf einige Arbeitsnachweise aufmerksam gemacht haben. Demgegenüber befinden dem „Echo“ mehrere Obdachlose: Am Morgen des 6. November mußten die 70 Obdachlosen, die sich auf der Raboisenwache in Schutzhaft begeben hatten, nachdem sie ihren Stoffe erhalten, draußen angetreten. Ein Beamter sagte ihnen, wer nach Bremen wolle, wo Arbeit in Masse vorhanden sei, der solle vortreten. Es meldeten sich 43 Mann, die mit dem Frühzug 6,5 Uhr nach Bremen befördert wurden. Dem Rest wurde erklärt, sie sollten sich jetzt, wo sie das Angebot von Arbeit abgelehnt, nach anderer Beschäftigung umsehen, widrigenfalls sie den Gerichten als Arbeitslose überliefert würden! — Das sieht nicht aus wie eine Verweisung auf harmlose und nützliche Arbeitsnachweise!

Ausland.

Der fünfte belgische Gewerkschafts-Kongress wird am 26. und 27. Dezember in Maison du Peuple in Brüssel abgehalten. Die provisorische Tagesordnung ist wie folgt festgesetzt: Das Korrespondenzblatt; der internationale Kongress von Amsterdam; das Minimum; die Rechte und Pflichten der Genossenschafts-Angestellten; die Arbeitslosigkeit und die kommunale Unterstützung; die Ausdehnung der Gewerbeverträge auf alle Lohnarbeiter und alle Angestellte.

Aus der Frauenbewegung.

Genossinnen!

Alle Frauen und Mädchen, denen es ihre Zeit erlaubt, am Tage der Wahl sich frei zu machen, fordern wir auf, sich an den Vertrauensmann ihres Kreises zur Arbeit zu melden, aber nicht um 2 Uhr nachmittags, sondern von 12 bis 1 Uhr. Die Adressen der einzelnen Vertrauenspersonen sind im „Vorwärts“ vom Donnerstag, den 5. November, bekannt gegeben. Die Vertrauensperson.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zum Aufstand in Deutsch-Südwestafrika.

Berlin, 10. November. (W. Z. V.) Der kaiserliche Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika meldet unter dem heutigen Datum aus Windhuk: Vom Kriegsschauplatz liegen noch immer keine wichtigen Nachrichten vor. Es ist dort jetzt Bezirksamtmann v. Burgsdorf mit 150 Reitern eingeschifft, während Hauptmann v. Fiedler mit 180 Reitern und 4 Geschützen im Anmarsch ist. Die Veteranen sind treu. Ueber die Haltung der Feldschützenträger ist hier nichts bekannt.

Verurteilung einer Gefangenen-Auffeherin.

Frankfurt a. M., 10. November. (W. Z. V.) Unter Ausschluß der Öffentlichkeit (auch die Vertreter der Presse waren ausgeschlossen) wurde heute vor der hiesigen Strafkammer gegen die in der Strafanstalt Weingehausen angestellte Gefangenen-Auffeherin Anna Heise verhandelt, die beschuldigt war, sich an vier weiblichen Gefangenen vergangen zu haben. Zur Verhandlung waren 20 Zeugen geladen. Das Urteil lautete wegen fortgesetzten Verbrechen gegen die Sittlichkeit im Amte auf zwei Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust. Der Staatsanwalt hatte drei Jahre Zuchthaus beantragt.

Frankfurter Senat.

Paris, 10. November. (W. Z. V.) Unterrichtsminister Chaumié erklärte im Senat anlässlich einer Bemerkung, welche Senator Bonnier in einer Rede über die Reform des Mittelschul-Unterrichts gemacht hatte, daß die Regierung über den zur Beratung stehenden Gesetzentwurf vollständig einig sei und daß die dem Marineminister von Blättern zugeschriebenen Äußerungen unrichtig seien.

Im weiteren Verlauf der Debatte tritt Ricard für einen Gesetzentwurf ein, in welchem Freiheit des Unterrichts, ausgenommen für Mitglieder von Kongregationen und für Priester, festgesetzt wird. Die Generaldiskussion wird darauf geschlossen.

Mannheim, 10. November. (W. Z. V.) Im zweiten Rheinapropos verurteilte der Gerichtshof heute noch etwa dreistündiger Beratung folgendes Urteil: Der Angeklagte Böhm wird wegen mehrfachen Betruges unter Fiktivrechnung der bereits verhängten Strafen zu einer Gesamtstrafe von drei Jahren und drei Monaten Gefängnis verurteilt. Die übrigen Bestimmungen des früheren Urteils bleiben bestehen. Der Angeklagte Henninger wird von den erhobenen Anklagen freigesprochen.

Frankfurt a. M., 10. November. (W. Z. V.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Dresden: Der bekannte Frauenarzt Dr. Planer wurde wegen Meineids verhaftet. Er bestritt eiblich, unwillkürlich Verleumdung mit einer verheirateten Patientin gehabt zu haben.

Aufruf an die deutsche Arbeiterschaft!

Ein heißer Kampf zwischen Arbeit und Kapital tobt innerhalb der Mauern der Stadt Crimmitschau. 8000 Textilarbeiter ringen verzweifelt gegen eine Handvoll reicher Kapitalisten um den Neunhunderttag. Elf lange Wochen standen diese Textilarbeiter mit fargen Unterstühtungen von 4, 6 und 8 M. pro Woche, stets trotzend den Lockungen der Unternehmer, Schulter an Schulter gegen ein brutal kämpfendes Unternehmertum. Mit allen Mitteln arbeitet der Feind. Alle Mächte haben sich vereinigt gegen die um Verbesserung ihrer Lebenslage kämpfenden Textilarbeiter. Vom ersten Tage des Kampfes an wurden die Arbeiter chikaniert.

Ihre Versammlungen wurden aufgelöst! Ihre Streikposten ins Gefängnis geschleppt! Die Arbeiter aber standen fest!

Durch nichts ließen sie sich provozieren. Sie blieben ruhig und kämpften. Das Unternehmertum machte Geldangebote. Jedem Arbeitswilligen wurden 60 bis 100 M. Gratifikation geboten, nur wenn er anfangs zu arbeiten. Agenten der Unternehmer mußten jeden einzelnen Arbeiter auffuchen.

Nichts wollte fruchten!

Die Arbeiter blieben tren dem Kampfe um den Neunhunderttag.

Es gab keine Arbeitswilligen!

Die Crimmitschauer Arbeiterschaft ist im Kampfe gefählt, sie hat unzählige wirtschaftliche Kämpfe hinter sich, Crimmitschau ist die historische Stätte der Lohnkämpfe innerhalb der Textilindustrie Deutschlands überhaupt. Diese Kampfes- und opferfreudige Arbeiterschaft darf nicht unterliegen wegen Mangel an Mitteln! Deshalb: Arbeiter Deutschlands, unterstützt finanziell die Crimmitschauer Preisfechter um den Neunhunderttag. Vergeßt nicht, was Crimmitschau seither geopfert hat für die Arbeiterbewegung Deutschlands. Wo immer Proletariat im Kampfe gestanden, da hat Crimmitschau reichlich gespendet. Mögen Deutschlands organisierte Arbeiter dessen eingedenk sein und beweisen, daß das Wort Solidarität kein leeres ist.

Werbet, agitiert, spendet für die kämpfenden Arbeiter Crimmitschau's!

Gelder sind zu senden an: **Georg Treue, Berlin O., Kronprinzenstr. 7.**

Das Gewerkschaftskartell zu Crimmitschau.

Karl Köhler, Vorsitzender.

Die Lohnkommission der kämpfenden Textilarbeiter.

Max Schiller, Vorsitzender.

Die Väter des Dreiklassen-Wahlrechts.

Das Proletariat zieht in den preussischen Wahlkampf unter dem Schlächtraf: Wieder mit dem Dreiklassen-Wahlrecht, hoch das allgemeine, gleiche Wahlrecht! Leute, die in diesen Ruf nicht von ganzem Herzen einstimmen, wird um so weniger die sozialistische Arbeiterschaft ihre Stimmen verwenden, als sie nicht allein auf die Ergründung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen, sondern außerdem auf seine Verteidigung im Reich zu denken hat. Um so mehr haben wir Anlaß, mit Argusaugen darüber zu wachen, daß nicht etwa gar reaktionäre Wölfe in liberalen Schafspelzen auf sozialdemokratischen Ämtern in preussische Abgeordnetenhäuser gelangen. Der Versuch dazu wird gegenwärtig unentgeltlich gemacht. In einer großen Anzahl von Wahlkreisen zieht der „entschiedene“ Liberalismus Arm in Arm mit dem „gemäßigten“ unter dem Aushängeschild der „gemeinsamen liberalen Weltanschauung“, und dem Proletariat wird im Namen der freiheitlichen Ideale angeflöhnen, die freisinnig-national-liberalen Kompromißlisten zu unterstützen. Es wird sich dabei um die Nationalliberalen auf den Schild zu erheben; denn von diesen Wiederwählern ist weder im allgemeinen, noch, was insbesondere die Wahlrechtsfrage angeht, etwas Gutes zu erwarten. Die einzige Forderung, die sie bisher in bezug auf die Frage der preussischen Wahlreform erhoben haben, besteht darin, daß sie die Bezirksdreiklassenwahlrecht abgelehnt wissen wollen; dann aber würde das Dreiklassen-Wahlrecht noch mehr im Sinne einer feigenblättrigen Geldsack-Herrschaft wirken als gegenwärtig. Wenn aber auch die nationalliberalen Männer jetzt in ihren Wahlreden Stein und Bein schwören würden, daß sie fürs allgemeine Wahlrecht seien, so wäre es trübseliger Selbstbetrug, ihnen Glauben zu schenken. Jetzt, da der Nationalliberalismus unter der Last seiner reaktionären Sünden allerschwerer geworden ist, Begeisterung für gleiche politische Rechte von ihm erwarten, das wäre in der That der Gipfel der Vertrauensseligkeit, nachdem er bereits zur Zeit seiner Jugendkraft, vor einem halben Jahrhundert, definitiv bewiesen hat, daß er ein Feind des allgemeinen Wahlrechts ist. Sind die Herren des preussischen Nationalliberalismus doch geradezu die Väter des Dreiklassen-Wahlrechts.

Diese Auffassung widerspricht ja nun der hergebrachten Auffassung, wonach das Dreiklassen-Wahlrecht die liebliche Morgengabe ist, mit der die Junkerkamrarilla durch das Kabinett Manteuffel das preussische Volk beglücken ließ. Wichtig ist allerdings, daß die königliche Marionette, die von der reaktionären Junkerclique am Draht gezogen wurde, das Dreiklassen-Wahlrecht vom 30. Mai 1849 abzweigt hat. Unrichtig wäre es dagegen, die feudale Sippe für freudige Väter eines Kindes zu halten, das nach ihren Wünschen angefallen wäre. Die Herzenswünsche der Junker waren damals ganz anderer Art. Sie wollten überhaupt keine Volksvertretung, sondern eine feudale Ständeversammlung. Die Junker verlangten im Frühling 1849, nachdem die bisher letzte auf dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht beruhende Volksvertretung Preußens am 27. April 1849 aufgelöst worden war, mit Macht gänzliche Befestigung alles konstitutionellen Numbungs und Rückkehr zum unverfälschten Ständestaat. Und noch im Februar 1852 haben

Gesamt-Parteitag der socialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

Wien, 9. November 1903.

Erster Verhandlungstag.

Heute morgen trat der Gesamt-Parteitag der österreichischen Socialdemokratie im Saale des Arbeiterchirms in Favoriten zusammen. Es ist ein stolzes, modernes Gebäude, ein Werk des Architekten Hubert Seher, das die socialdemokratische Organisation des X. Bezirks sich geschaffen und vor 1 1/2 Jahren in Besitz genommen hat. Von schlichter Schönheit ist der große, 2000 Sitzplätze haltende Saal. Ueberall liegt das Eisengerippe des Hauses frei zu Tage. Originell wirken die mächtigen hülsenförmigen Eisenträger, auf denen die breiten Galerien mit ihren reizenden Eisenstützen ruhen. Links und rechts von der rot drapierten Bühne erheben sich die Nischenbüsten von Marx und Engels. Nach oben schließt die Bühne ein breites Band mit der Aufschrift in deutscher und tschechischer Sprache ab: Proletariat aller Länder vereinigt Euch! Dieser Spruch lehrt auf kleinen an der Galerie befestigten Wandbildern in allen Sprachen wieder, die in Oesterreich gesprochen werden. Zammengutlanden und lebende Pflanzen schmücken Saal und Bühne. Bald nach 9 Uhr beginnen die Verhandlungen.

Bretschneider-Wien begrüßt den Parteitag im Namen der Wiener Genossen und wünscht seinen Beratungen den besten Erfolg. (Bravo!)

Bölgler-Wien heißt die Delegierten im Auftrage der Genossen des X. Bezirks willkommen, die sich freuen, den Parteitag im eignen Heim aufnehmen zu können. (Bravo!)

Tomšič-Wien eröffnet dann im Namen der Gesamt-partei-Vertretung den Parteitag und gedenkt der Toten, besonders des unergelichen Genossen Julius Popp, dem die Arbeiterbewegung alles war und der sein Herzblut für die Organisation hingegossen hat. In Ehren der Verstorbenen erheben sich die Delegierten von den Plätzen.

Nach Verlesung der Begrüßungsschreiben — darunter eines von Friedrich Lehner in London — wird zur Konstituierung des Parteitagestages geschritten.

Zu Präsidenten werden gewählt: Tomšič-Wien und Remec-Prag. Als Vizepräsident fungieren: Mišiol-Prag für die Polen, Jaroscevicz-Wien für die Ruthenen, Dr. Viscel-Trütz für die Italiener, Cobal-Laubach für die Südslaven. Schriftführer sind: Schrammel-Kuffig, Wienardli-Wien, Dasa (Geze) und Paed (Gele).

Erschienen sind 183 Delegierte und zwar 86 Tschechen, 18 Polen, 2 Italiener, 3 Slowenen, 3 Ruthenen und 71 Deutsche.

Als Gäste sind gekommen: aus Deutschland Genosse Wengels vom Parteivorstand, Reichstagsabg. Sindermann-Dresden und Genossin Vaader-Berlin; aus Ungarn Dr. Grohmann und Genossin Szarany aus Budapest; aus Kroatien Bugseg-Agram.

Als Arbeitszeit des Kongresses werden die Stunden von 9-12 und von 2-6 Uhr festgesetzt.

Die Tagesordnung ist die folgende:

1. Bericht der Gesamt-Parteivertretung. Berichtserstatter: Ferdinand Slaret. Kassenbericht Karl Korinel.
2. Bericht über die parlamentarische Tätigkeit. Berichtserstatter: Joseph Hannich.
3. Der Dualismus und die Socialdemokratie in Oesterreich. Berichtserstatter: Fritz Kusterlik.
4. Die Wahlrechts-Bewegung. Berichtserstatter: Karl Banek.
5. Die Socialpolitik in Oesterreich. Berichtserstatter: Mathias Eidersch aus Brünn.
6. Der internationale Kongreß. Berichtserstatter: Dr. Adler.
7. Die Konjunktionsverhältnisse. Berichtserstatter: Emmerling-Wien und Roscha.
8. Die Arbeiterklasse und die Alkoholfrage. Berichtserstatter: Dr. Richard Fröhlich.
9. Anträge und Anfragen.

Vor Eintritt in die eigentliche Tagesordnung erfolgen Begrüßungsansprachen.

Wengels-Berlin überbringt die Grüße der deutschen Bruderpartei. Er erinnert an die Verhandlungen in Dresden und bittet,

sich kein falsches Urteil über die Auseinandersetzungen in der deutschen Partei zu bilden. In Dresden mußte ein bisheriger Zustand geredet werden. (Beifall.) Die Arbeitermassen können es nicht verstehen, daß einzelne Parteigenossen beständig von dem Genialisten Marx etwas abzuspülern suchen. Daher rührt die Empörung. Aber die deutsche Socialdemokratie wird deshalb nicht aus den Fugen gehen. Sie ist wie die österreichische auf dem Wege zum Siege. (Lebhafte Beifall.)

Sindermann-Dresden feiert die Waffengemeinschaft der deutschen und der österreichischen Socialdemokratie. Sie kämpfen gegen Militarismus und die erbärmliche Luerelei, wie gegen das Centrum und das Junkertum. Es ist der Kampf um eine neue Weltanschauung, die uns verbindet. Wir müssen die Arbeitermassen unter unserer Fahne sammeln und uns stets bewußt bleiben, daß wir eine proletarische Partei sind. (Bravo!) Unsern Sieg vom 16. Juni verdanken wir nicht nur unserer Fleißarbeit, sondern auch den bekannten Reden von Dresden und Offen. Sie gaben uns die günstigste Wahlparole. Unser gewaltiger Sieg wird auch von vorteilhafter Einwirkung auf Ihre Partei sein. (Lebhafte Zustimmung.) Glück auf! zu Ihren Verhandlungen. (Bravo!)

Dr. Grohmann-Budapest begrüßt den Parteitag im Namen der ungarländischen, Bugseg-Agram im Namen der kroatischen Socialdemokratie. Beide Redner schildern die Schwierigkeiten, mit denen die Partei in Ungarn und Kroatien zu kämpfen hat. Trotz schwerer Opfer sind wir vorwärts geschritten. Eine ununterbrochene Kette spannt sich von den nordischen Meeren bis zur Spitze des Balkans. (Lebhafte Beifall.)

Es wird in die Tagesordnung eingetreten.

1. Bericht der Gesamtpartei-Vertretung.

Ferdinand Slaret-Wien:

In den letzten zwei Jahren haben wir ganz erhebliche Fortschritte gemacht. Das zeigen am untrüglichen die verschiedenen Wahlen in den Kronländern. Ueberall der ganz erhebliche Stimmenzuwachs. Auch die Gewerkschaftsbewegung ist in erfreulichem Aufschwung begriffen. Bei den Landtagswahlen, bei den Gemeindevahlen haben wir unsere Stimmen beträchtlich vermehrt. Der Rückgang der tschechischen und der deutsch-nationalen Arbeiterbewegung und ihrer Presse in Böhmen bedeutet einen Erfolg für uns. Den Militarismus in den Kronländern drängen wir zurück. Jedermann giebt eine eingehende Schilderung der verschiedenen Parteifaktionen in der Berichtsperiode, die im Kampf gegen die erblichsten neuen Militarlasten, gegen die Wucherzölle und gegen den Ausgleich bestanden. Vorstöße für das allgemeine und gleiche Wahlrecht sind immer wieder wiederholt worden, wenn auch hier und da die Genossen der irrigen Ansicht sind, daß die Massen augenblicklich dieser Frage geringeres Interesse entgegenbrächten. Um die Alters- und Invalidenversicherung ist ein Petitionssturm entzündet worden. Noch aber liegt das längst verprochene Gesetz nicht vor. Die Koerberische Socialpolitik findet ihre Beleuchtung in der Verhandlung des Standrechts über Krieg, wo ein Generalstreik im März 1902 ausgebrochen war, 12 Arbeiter wurden getötet. (Bravo!) Im Sommer 1902 fand in Lemberg eine Polizei-Attade gegen streikende Mauerer statt. Nicht weniger als 15 Salben wurden auf die Arbeiter abgedrückt. Sechs Tote blieben auf dem Plage; 50 wurden schwer verwundet (Bravo!). Die Gewerkschaftsbewegung hat besonders unter Verfolgungen zu leiden. So suchte Koerber ihren Ausbau durch Verbot ihres Unterstühtungswesens zu verhindern. Im Parlament erklärt Koerber, daß nicht die Gewerkschaften, sondern nur Versicherungsvereine durch den Erlaß getroffen werden sollten. Tatsächlich aber waren Chikanen gegen Gewerkschaftsorganisationen vorgekommen. Sie hörten erst auf, als auf Betreiben unfer Genossen die Erklärung Koerbers im Amtsblatt veröffentlicht wurde. Der Versuch der Wiener Staatsanwaltschaft, den Essener-Paragrafen gegen Gewerkschaftler anzuwenden, scheiterte glücklicherweise an der Bemühung der Richter. Es ist vorgekommen, daß Streikende wie Verbrecher für das Verbrecheralbum fotografiert und gemessen wurden. (Bravo!) Wieder nicht in der Bulowina oder in Galizien, sondern in Wien. (Bravo!) Die politischen Verfolgungen, deren sich unsere Partei bei den Behörden und ihren Organen erfreut, haben uns wieder ein ganz nettes Sämannchen an Strafen eingetragen. Berichte hierüber lagen nur von den deutschen Genossen vor. Die Freiheitsstrafen, zu denen unsere Genossen deutscher Sprache im abgelaufenen Jahre verurteilt wurden, betragen 4 Jahre 7 Monate 19 Tage schweren Kerkers und 1 Jahr sieben Monate einfachen sowie verschärften Arrests. Die Geldstrafen

und Hansemann, die Dreistigkeit besaßen, als leitende Minister nach den Märztagen die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts vorzuschlagen, obwohl sie keine geschworenen Feinde waren. Es sollte dem Volk, das eben die Reaktion geschlagen hatte und zunächst kein andres Wahlrecht geduldet haben würde, auf diese Weise Sand in die Augen gestreut werden, damit es vertrauensföhl die liberalen Gelden als vermeinte Vollstümmer schalten und nichts Ernstliches thun ließ, bis die Mächte der Reaktion soweit wieder zu Kräften gekommen wären, daß die Wahlentziehung der Massen vor sich gehen könnte. Als es soweit war, da waren die Herren Camphausen und Hansemann die ersten, die ihre eigne Schöpfung verleugneten und an die Stelle des allgemeinen, gleichen das heute geltende Geldsack-Wahlrecht zu setzen rieten. So viel Verfidie mag selbst heute nicht jeder für möglich halten. Aber die Sache kann für beide Wiederwähler Punkt für Punkt allernmäßig nachgewiesen werden.

Herrn Hansemann, nach seinem Lebensbeschreiber in der „Allgemeinen Deutschen Biographie“ (Felix Vandenberg), „der Typus des vornehmen deutschen Bürgers“, also dieser gemäßigliberale Bourgeois par excellence konnte freilich bloß bei der kindlichen Nattheit, die der deutsche Michel zu seinem Schanden im tollen Jahre bewiesen hat, irgend jemand darüber täuschen, was für eine Sorte Politiker er sei. Er hatte seinen wahren Charakter schon an den Tag gelegt, als er zum erstenmal an die große Öffentlichkeit trat. Das that er 1830 nach der Julirevolution, indem er die Resolutionsfurcht der Regierungen für die besitzenden Klassen, speziell für die rheinische Bourgeoisie auszusprechen versuchte. Im Dezember 1830 richtete der hachener Fabrikant an den damaligen Kronprinzen, späteren König Friedrich Wilhelm IV. eine Denkschrift, die als Unterstühtungsmittel gegen die „socialen Gefahr“ die Jnitronisierung des Kapitals verlangte. Was er über die sociale Frage ausapart, ist höchst charakteristisch dafür, wie die gemäßigliberale Weisheit schon in ihrer rauhbeinigen Jugendzeit auslief: „Der Geist des Aufstufes in den unteren Klassen hat seinen Ursprung teils in dem Gang zu einer besseren, nicht mit dem Verdienst im Verhältnis stehenden Lebensweise, teils darin, daß durch die Fortschritte der Industrie die Teilung der Arbeit zunimmt und eben hierdurch die Industrie immer mehr Ausbeutung erhält. Uebertriebene Philanthropie ist gerade zu verderblich, da die Armen dadurch in eine verhältnismäßig bessere Lage geraten als die handarbeitenden Klassen. Man muß dahin streben, ihr Ergeßniß zu erhalten und zu erhöhen, um ihr Emporkommen durch Fleiß und Sparsamkeit zu erleichtern.“ In dem Sparebangelium erschöpft sich die sociale Weisheit des Hansemann von Anno 30. Die Beschönigung des revolutionären Schredgespenstes dient ihm nun zur Empfehlung seiner Panacee auch gegen die politische Gefahr, die für Preußen nicht ausgeschlossen“ sei. „Das Regierungssystem des unbeschränkten Despotismus und des Ständestaates hindert das Aufblühen jeglicher Industrie und bringt die Staaten in den Abgrund. Das beste System ist, sich auf die Majorität zu stützen, unter Majorität ist aber niemals gerade diejenige nach der Kopfzahl zu verstehen, sondern die eigentliche Kraft der Nation, welche zu finden eben Aufgabe der Regierung ist.“ Er schlägt also ganz gemächlich dem zukünftigen?

Beliesen sich auf 1558 Kronen. — Das Verhältnis zwischen den Vertretern der verschiedenen Nationalitäten in der Gesamtheit war durchaus gut. Wenn es unten in den Reihen der Genossen manchmal anders ist, so liegt es an einer bedauerlichen Empfindlichkeit, die im Interesse der Partei überwinden werden muß. (Lebhafte Zustimmung.) Während die Frauenbewegung im allgemeinen — von der Gewerkschaftsbewegung abgesehen — keine besonderen Fortschritte gemacht hat, ist die Bewegung der jugendlichen Arbeiter in erfreulichem Aufschwung begriffen. — Redner verweist auf die Schwierigkeiten, die der Agitation gerade in Oesterreich gegenüberstehen. In Anbetracht dieser Schwierigkeiten haben wir erreicht, was sich erreichen ließ. Vor unsren Augen vollzieht sich der Zusammenbruch des österreichischen Parlamentarismus. Nicht nur das Centralparlament trachtet in allen Fugen, auch die Einzelanträge der Parteien, Angehts dieses Bankrotts des Privilegien-systems müssen wir alles thun, um seinen Sturz zu beschleunigen. Und hierzu gilt es die Massen zu werben und sie im Sinne der Socialdemokratie aufzuklären und zu erziehen. (Lebhafte Beifall.)

Den Kassenerichter erstattet Körmel Wien. Für die Zeit vom 1. Juli 1901 bis zum 30. Juni 1903 betragen die Einnahmen 3771 Kronen 5 Heller, die Ausgaben 3593 Kronen 87 Heller.

Im Namen der Kontrollkommission beantragt Reumann-Wien die Entlastung. Er bedauert, daß die Parteibeiträge so spärlich einfließen, daß der Exaltative die Mittel zu kräftigem Eingreifen fehlen.

In der Debatte tadelt

Seliger-Teplitz das verspätete Erscheinen des gedruckten Parteivorstands-Berichts. Die Schuld liegt an dem späten Eintreffen der Einzelberichte. Redner berichtet eingehend über die Erfolge der Partei bei den böhmischen Landtagswahlen.

Torbic-Spalato berichtet in kroatischer Sprache von der Gründung einer socialdemokratischen Partei in Dalmatien. Zahlreiche Versammlungen wurden abgehalten, ein Blatt geschaffen und Vereine in Zara, Ragusa und Spalato gegründet. Brutal waren die Verfolgungen in dem rücksichtslosen Lande. Redner beantragt eine Resolution, in der gegen die unerhörten Uebergriffe der Behörden in Dalmatien protestiert und die Fraktion aufgefordert wird, für Besserung der Zustände in Dalmatien zu sorgen. (Lebhafte Beifall.)

Kemer-Prag: Die „nationale“ Arbeiterbewegung in Böhmen hat abgemittelt; sie wird in kurzem das Schicksal des Raumanischen Nationalsozialismus teilen.

Schlafmichel-Sternberg wünscht, daß die Berichte der einzelnen Wahlkreise dem Bericht des Reichssekretärs angehängt werden und stellt einen entsprechenden Antrag.

Damit schließt die Diskussion.

Der Parteivertrag und dem Kassierer wird einstimmig Entlastung erteilt und die Resolution Torbic und der Antrag Schlafmichel angenommen.

Es folgt Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht über die parlamentarische Thätigkeit.

Der Berichterstatter, Reichsrats-Abgeordneter

Joseph Hannich,

gibt eine Uebersicht über die Thätigkeit der socialdemokratischen Fraktion, die er mit den Worten einleitet: Die österreichische Socialdemokratie hat vom Privilegienparlament nichts zu erwarten. Aber das wenige, das diesem versteinerten Boden abzuräumen war, haben wir ihm abgeräumt. Beim Vergarbeiterstreik gelang der socialdemokratischen Fraktion, den Reunfundentag im Bergbau auf die Tagesordnung zu bringen und die Regierung zur Einbringung eines Gesetzesvorschlages zu zwingen. Besonders wichtig war das Zugeländnis der Regierung, daß die Reunfundensicht von der Anfahrt des ersten Mannes bis zur Ausfahrt des letzten berechnet werde. Damit war faktisch der Achtstundentag eingeführt. Die Fraktion hat in unterschiedener Weise den Militarismus bekämpft, zum Teil mit Erfolg. Die Kriegsverwaltung hat immerhin die Saiten milder gespannt, so erst jüngst die barbarische Strafe des Anbindens abgeschafft. Bei Beratung der Rekrutenkontingente stand die socialdemokratische Opposition allein. Die nationalen kleinbürgerlichen Radikalen übten Verrat, ebenso stimmten die Christlichsocialen für die Erhöhung des Kontingents. Dieser Ueberreifer wurde in gerechter Weise durch die blamable Niederlage Oesterreichs und den Rückzug der gemeinsamen Kriegsverwaltung vor der Konstitutionen bestraft. Die Haltung der Fraktion, die zuerst den Uebergang zur Tagesordnung beantragte, dann aber als Konzession für die Erhöhung der Rekrutenkontingente die zweijährige Dienstzeit verlangte, ist vielfach kritisiert worden. Aber gerade durch diese Taktik ist es gelungen, die bürgerlichen Parteien zu demaskieren. Im September, während der außerordentlichen Tagung, die einberufen wurde, um die Dreijährigen von der drohenden Zurück-

haltung zu befreien, hat der Vorstand diese Taktik beibehalten. Wir glauben unsere Schuldigkeit im vollen Umfange gethan zu haben. (Lebhafte Beifall.)

Auf Antrag Seliger wird die Beschränkung der Redezeit für diesen Punkt der Tagesordnung aufgehoben.

Winarsh-Wien: Die Sitten, die im österreichischen Abgeordneten-hause üblich sind, scheinen zum Teil auch auf unsere Fraktion übergegangen zu sein. So war niemand von ihr da, als ein Antrag auf Einführung eines Erntefesttages an Stelle der Sonntagsruhe für Vädergellen zur Verhandlung kam. Selbst der Beobachtungsposten fehlte. Auch noch in einem andern Falle beim Freigeleg mußte das Fehlen vorgemerkter Redner unserer Partei konstatiert werden. Das wirkt nicht ermutigend. Auch die Taktik in der Rekrutenvorlage hat Mißstimmung erregt. Weshalb haben unsere Genossen nicht zum Mittel der Obstruktion gegriffen? Unsere Genossen haben einen Antrag auf Einführung der zweijährigen Dienstzeit gestellt und haben sich bereit erklärt, für den Fall der Bewilligung dieses Antrages für das erhöhte Rekrutenkontingent zu stimmen. (Hört! hört!) Diese Taktik ist damals nicht klar zur Erscheinung gekommen, sonst wäre die Mißstimmung der Genossen noch allgemeiner gewesen. In der außerordentlichen Session brachte der Vorstand einen Dringlichkeitsantrag ein, der die Bewilligung des alten Rekrutenkontingents zum Inhalt hatte. Die Demaskierung der Bürgerlichen war schon im Februar gelungen, warum also die Wiederholung dieser Taktik? Es ist noch die Frage, ob die zweijährige Dienstzeit eine Etappe auf dem Wege zur Volkswehr ist. Sicher ist, daß die zweijährige Dienstzeit nur gegen Konzessionen zu erhalten ist, gegen neue Belastungen des Volkes. Ist es Sache der Socialdemokratie, diesen Preis für dieses zweifelhafte Gut zu zahlen? Man hat sich auf Engels berufen, aber auf eine ältere Schrift aus dem Jahre 1865, in der Engels dem radikalen Bürgertum riet, für die Verhinderung der Dienstzeit zu sorgen. Jede Konzession an den Militarismus ist eine Gefahr für unsere Partei. Wer mit dem Militarismus paktiert, holt sich einen verdorbenen Rogen. Keine Worte sollen sein Mißtrauen gegen die Fraktion ausdrücken, aber ich meine, sie hat einen Fehler begangen, und die offene Aussprache wird dazu dienen, daß solche Fehler künftig nicht begangen werden. Es sind doch keine Päpste. (Weiterkeit.) Unsere Genossen sollen sich nicht zu Hause fühlen im Hause des Privilegienparlaments, sie sind die Vorposten des kämpfenden Proletariats und sollen eine zerstörende Thätigkeit dort entfalten. (Beifall.)

Schuhmeier-Wien: Wir haben in allen Fragen im Parlament dem streng socialdemokratischen Standpunkt Ausdruck gegeben. Und an Erfolgen hat es nicht gefehlt, auch wenn sie bescheiden sind. Winarsh will und sein Vertrauen bewahren. Das freut uns und wir glauben ihm, denn es fehlt ihm doch nicht die Courage, auch das Gegenteil anzubringen. (Weiterkeit.) Gute Maßschläge nehmen wir von jedem an, aber sein Rat in der Rekrutenfrage taugt nichts. Wann und wo haben wir uns bereit erklärt, für das Rekrutenkontingent zu stimmen? (Winarsh: Euer Antrag!) Es ist noch ein Unterschied zwischen einem Antrag stellen und dafür stimmen. Unser Antrag sollte die bürgerlichen Parteien im Hause schuldig werden lassen, damit wir außerhalb des Parlaments mit einem wirksamen Agitationsstoff auftreten konnten. Unsere ganzen Reden waren bestimmt, das Bewußtsein der bürgerlichen Parteien wach zu rufen, ihnen einen Weg zur Erleichterung der Militärlasten zu zeigen und sie auf die schwierige Situation hinzuweisen, in die sie gerieten, wenn sie Blindlings für die Rekrutenvorlage stimmten würden. Die Abstimmung ist erfolgt und die bürgerlichen Parteien sind eine nach der andern schuldig geworden. Es hat den Deutsch-Böhmischen und den Christlich-socialen schwer geschadet, daß sie bedingungslos für das erhöhte Rekrutenkontingent gestimmt haben. Bis in die jüngsten Tage hinein zeigt sich die Wirkung unserer Taktik. Wir begannen unseren Kampf gegen die Rekrutenvorlage damit, daß wir Uebergang zur Tagesordnung über sie beantragten. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Nun wäre es freilich viel leichter gewesen, nichts zu thun und die Abstimmungen abzuwarten. Wir haben das nicht gethan, sondern die bürgerlichen Parteien vor die Frage der zweijährigen Dienstzeit geführt. Wir hätten Obstruktion machen sollen, meint Winarsh. Ich bin ja sehr für Obstruktion, aber können wir zehn Mann in diesem Parlament erfolgreich Obstruktion machen, wenn keine andre Partei mit uns geht? Wir zehn sind ja nicht einmal im Stande, Interpellationen einzubringen, und nur mit Dringlichkeitsanträgen ist etwas zu machen. Wären wir uns mit den Czechisch-Radikalen einlassen sollen? Aber auf sie ist kein Verlaß; bei der geringsten Konzession wären sie umgefallen. (Sehr richtig!) Es lam die ungarische Obstruktion gegen die Wehrvorlage, die die bürgerlichen Parteien befehlen konnte, daß von der Regierung Konzessionen zu erlangen sind, wenn man nur Rücksicht hat. Wieder handelte es sich für

Ein noch lieblicheres Bild bietet der Zweite im Bunde, Hansemanns Provinziallandmann, Freund und Ministerkollege, Rudolf Camphausen, Bankier in Köln a. Rh. Bei ihm erscheint die Heuchelei noch viel widerwärtiger, als bei Hansmann; denn er hatte sich bis dahin immer so würdevoll und tugendhaft in die Toga eines liberalen Idealisten drapiert, so daß er noch bei seinem Rücktritt im Sommer 1848 der Rationalversammlung, ohne stürmischen Gelächter zu erregen, sagen konnte: „Es ist an der Zeit, uns vor Kengstigung durch mißtrauensvolle Schreiebilder zu hüten. Die vergangenen Monate haben mir unter den verschiedenartigsten Erfahrungen auch die gebracht, daß ebenso wie der Bürger auch der Staatsmann der Wahrheit und der Treue unversehrlich anhängen kann.“ Die Zuhörer hatten keinen Grund, in diese Worte Zweifel zu setzen; denn vom Vereinigten Landtag her und noch länger stand Camphausen in dem Ruf, ein hervorragender volkreundlicher Mann zu sein, ja, geradezu ein Socialist, d. h. was man damals in Deutschland so nannte. Schon 1845 hatte er in einer Schrift über Differentialzölle sich dahin ausgesprochen: „Die übermäßige Vereinerung einzelner (eine notwendige Folge großer Fabriken) ist kein Glück, sondern ein Unglück. Eine Abnung der Verpflichtung der Besitzenden gegen die Besitzlosen hat die Welt berührt; sie sei davon erbebt. Neben dem lauten Ruf nach Wehrung der Arbeit hat die Zeit den ersten Blick auf die Natur der Arbeit gerichtet. Wäge er nicht erblinden! Da sei Gott für, daß sich der Mann verbreite, die Schuld gegen die leidende Menschheit könne durch Schutzzölle abgetragen werden.“ Im Vereinigten Landtag von 1847 hatte der zukünftige Minister in einer Rede für die Einkommensteuer noch schärfere Sätze gesprochen: „Die Dunkel und verwirrt auch die Begriffe seien, welche sich an die Schlagworte unserer Zeit anknüpfen, an die Worte Pauperismus, Proletariat, Kommunismus, Socialismus, Organisation der Arbeit: das wird niemand leugnen, daß auf dem tiefsten Grunde dieser wogenden Oberfläche eine Wahrheit liege, die Wahrheit nämlich, daß der Mensch der lebt, auch das Recht habe zu leben, und daß dieses Recht von der Gesellschaft in einem erweiterten Umfange anzuerkennen sei.“ Er erörterte weiter die Ursachen, welche auf Verbesserung der großen Gegensätze zwischen den Armen und den Reichen hingewirkt haben, und erklärte: „Es ist der Beruf der Gesetzgebung unserer Zeit, die Härten des Lebens anzuerkennen und zu mildern.“

Danach konnte man im Sommer 1848 ihm füglich die blöde Angst des Philisters vor dem politischen Auftreten des Proletariats und die edle Absicht, das Proletariat durch Wahlentziehung schlemmigt wieder außer Befehl zu setzen, nicht zuschreiben. Man konnte es unwidriger, als er selber das allgemeine, gleiche Wahlrecht für Preußen inaugurirt hatte. Aber derselbe Mann hat schon im Herbst 1848 von Frankfurt aus gegen das allgemeine Wahlrecht konspiriert. Und als die erste auf Grund des Dreifachen-Wahlrechts zusammengebrachte zweite Kammer über das elendeste aller Wahlsysteme zu beschließen hatte, da sprach Camphausen sich dafür aus. „Die allgemeine und gleiche Wahlfähigkeit“, sprach er im September 1849, „ist aus politischen Gründen mit der Monarchie, namentlich mit einer Industrie- und vollreichen Monarchie nicht vereinbar... Das Bestreben zur Gleichheit der politischen Rechte hebt das allgemeine Wahlrecht auf. Eine völlige Gleichheit der politischen Berechtigung würde nur dann bestehen, wenn die Leistungen jedes einzelnen Staatsbürgers im Staate zu seinen Rechten im Staate in genauem Verhältnis ständen. Dies ist allerdings nicht zu ver-

und darum, die bürgerlichen Parteien schuldig werden zu lassen. Wenn wir da schlechte Politik gemacht haben, dann mache man bessere Vorschläge. Wir haben erreicht, daß durch den Antrag Staine der Regierung 12000 Mann vom Rekrutenkontingent genommen wurden. Dann haben wir unsern Antrag zurückgezogen. Wenn sein erster Teil, die dreijährige Dienstzeit, angenommen worden wäre, hätten wir gegen seinen zweiten Teil, die Bewilligung des alten Rekrutenkontingents, in aller Seelenruhe gestimmt. Dieser und keiner andern Regierung bewilligen wir weder einen Mann noch einen Heller. (Bravo!) Erreicht haben wir mit unsrer Taktik doch gewisse Verbesserungen, die Einschränkung der grausamen Strafen, die Fürsorge für die Reservistenfrauen und Kinder. Winarsh freilich wird sagen: Ihr seid gegen den Militarismus; was wollt Ihr da für die Reservistenfrauen sorgen. (Weiterkeit.) Ich brauche nicht auf mildernde Umstände zu plädieren, ich hoffe, daß Sie sich ganz auf unsern Standpunkt stellen werden. Es ist falsch, daß wir uns bereit erklärt haben, das Rekrutenkontingent zu bewilligen, wenn man uns die zweijährige Dienstzeit giebt. Wir glauben im Parlament unsre Schuldigkeit gethan zu haben. Wir haben uns trotz unsrer numerischen Schwäche eine Position dort erobert. (Lebhafte Beifall.)

Tausch-Brinn: Wenn die Genossen von der Fraktion radikales Vorgehen verlangen, sollen sie nicht Vittgänge zu den Ministern von ihnen fordern. Unsere Abgeordneten konnten in der damaligen Situation wohl nicht anders handeln, wie sie gehandelt haben. Aber die Frage ist doch: Sind unsre Abgeordneten dazu da, den bürgerlichen Parteien und der Regierung den Weg zu zeigen? Ich sage: Nein! Sie haben agitatorische Aufgaben zu erfüllen. (Bravo!)

Lieutenant Bilse vor dem Kriegsgericht.

(Erster Tag der Verhandlung.)

S. u. H. Mey, 9. Nov.

Im Sitzungssaal des Kriegsgerichts der 33. Division, der sich im zweiten Stockwerk des Garnison-Arresthauses Nr. 1 befindet, nahmen heute vormittag die Verhandlungen des oben bezeichneten Prozesses gegen den Lieutenant a. D. Oswald Bilse ihren Anfang. Die Absperungsmassregeln an dem von der Arrestwache besetzten Eingangsthor des Gebäudes werden sehr streng gehandhabt, da der Eintritt in den Sitzungssaal nur gegen Karten gestattet ist. Dieser ist nur ein kleiner Raum, der kaum 20 Personen Platz bietet. Außer den etwa zehn deutschen und französischen Berichterstattern sind nur 10 höhere Offiziere, darunter der Festungs-Kommandant von Metz, Generalmajor von Dreßch, und zwei Civilisten im Zuschauerraum anwesend. Verhandlungsführer ist Kriegsgerichtsrat Silberstein, Vorsitzender Oberlieutenant Geisel, beim Stabe des Regt. Infanterie-Regiments Nr. 98. Die Anklage vertritt Kriegsratstrat Palmer, als Verteidiger ist Rechtsanwalt Donnervert aus Metz erschienen. Kurz vor Beginn der Sitzung wird der Angeklagte vorgeführt. Er erscheint in der Uniform des Lothringischen Trainbataillons Nr. 16 ohne Degen. Sein Aeußeres ist recht sympathisch. Er ist ein hübscher, schlanker, blonder, junger Mann mit feinem gekräuseltem Schnurrbartchen und trägt einen Schweizer. Als Zeugen werden aufgerufen: der Bataillons-Kommandeur Fuchs, die Rittmeister Es, Haegeler und Wandel, die Oberlieutenants Koch, Gabenicht, Witte und die Lieutenants von Flemming, Bloch, Schmidt, Lindner, sämtlich vom Trainbataillon Nr. 16 in Forbach und der früherer Bezirks-Kommandeur von der Leien, die Unteroffiziere Lehmann, Appel und Kraus, Gefreiter Müller, der Wafcer Lange, Apotheker Dreßler, ein Dienstmädchen Kaufeld und andre Civilpersonen aus Forbach, Saarbrücken und Umgegend. Nachdem sich das Gericht konstituiert hatte und die Beifiser vereidigt worden waren, begann

die Vernehmung des Angeklagten.

Er heißt mit Vornamen Oswald Frey, ist evangelisch und am 31. März 1878 in Airn a. d. Nahe geboren. Seine Eltern wohnen jetzt in Schneppenthal in Thüringen, wo sein Vater als wissenschaftlicher Lehrer eine höhere Lehranstalt leitet. Diese hat der Angeklagte bis zu seiner Konfirmation besucht. Später besuchte er das Gymnasium in Eisenach bis zur Oberprima. Im Herbst 1896 trat er als Fahnenjunker in das Trainbataillon Nr. 11 in Kassel ein. Ende Mai 1897 wurde er Fähnrich und wenig später Lieutenant. Der Verhandlungsführer stellt fest, daß der Angeklagte einige Zeit aus-geschieden war. Dieser giebt an, es hätten dabei nur Familienverhältnisse eine Rolle gespielt. Am 26. Februar 1901 wurde er wieder aktiv. Verhandlungsführer: Sie sind mehrfach bestraft, einmal wegen Aufenthalts in Auslande mit drei Tagen Stubenarrest. — Angekl.: Ja, ich hatte während eines drei-

wirklichen, allein man kann sich ihr mehr oder weniger nähern. Die Auffassung, die zu einem Kampf gegen die unverschämte Hervortretung der Geburt und des Grundeigentums geführt hat, findet nur eine neue Anwendung, wenn sie sich richtet gegen die unverschämte politische Bevorrechtung einer besonderen Schicht der Gesellschaft. Eine Bevorrechtung, deren materialistische Grundlage das arithmetische Exempel ist, daß von einem Duzend Individuen einer den zwölften Teil ausmacht, die dagegen Bildung, Wissen, Unabhängigkeit als non valours (Nichtwerte) von der Rechnung ausschließt.“ Der langer Rede kurzer Sinn ist, wie man sieht: Hoch der allemitsigmachende Geldsack! Zur Ehre der menschlichen Natur möchte man gern annehmen, daß Camphausen erst unter dem Einbrüche der Ereignisse des tollen Jahres, der Junischlacht und anderer Gründe bürgerlicher Heulmeierei, aus dem Vater zu einem Gegner des allgemeinen Wahlrechts geworden war. Leider in dies nicht mehr möglich. Das im vorigen Jahre veröffentlichte Buch von Anna Caspary Rudolf: „Camphausens Leben“ hat eine Menge unrichtigen Materials publik gemacht, das zu wenig beachtet worden ist. Vielleicht das merkwürdigste Dokument darin ist ein Brief, den Camphausen Anfang Mai 1849 an König Friedrich Wilhelm IV. gerichtet hat. Darin heißt es zur Wahlrechtsfrage: „Erlauben Eure Majestät mir ein Beispiel. Ich glaube und glaube, daß die Monarchie und das allgemeine Wahlrecht sich nicht dauernd vertragen, und als im letzten Drittel des März vorigen Jahres das allgemeine Wahlrecht eine unausweichliche Notwendigkeit geworden war, antwortete ich denen, die mich am Staatsbruder befehrten, daß die Leitung denjenigen zufomme, die Träger jener Zeitideen seien. Der Tag kam, wo Ein. Majestät mich riefen; die Forderung des Augenblicks war, gegen bessere Ueberzeugung das allgemeine Wahlrecht zu befürworten, damit die damalige Popularität meiner Persönlichkeit die heulenden Wölfe bis dahin, wo sie aufgezehrt sein würde, von Schlammern abhalte. Ich gab nach und habe das Mißliche eines solchen Experiments schwer empfunden; darf man mich um deswillen der Untreue an meinen Grundsätzen zeihen, so bekenne ich mich schuldig, damals wie jetzt.“ Dilemme Beständnis des Mannes, der im Sommer des Vorjahres die Stim befehen hatte, der Rationalversammlung gegenüber die Eigenschaften der Wahrfähigkeit und Treue für sich in Anspruch zu nehmen, diesem Beständnis ist nichts hinzuzufügen. Es kennzeichnet Camphausen als einen stuppelosen Heugler, der von vornherein bewußter Schrittmacher der Reaktion und Vorbereiter der Wahlentziehung war.

Die Wahlentziehung hat ja nun erheblich anders gewirkt, als ihre gemäßigt-liberalen Väter zweifellos gehofft haben. Anstatt still-liberale Mehrheiten ergab das Dreifachen-System eine Majorität von Junkern. Die hereingefallenen Liberalen brachten natürlich für den reaktionären Spott nicht zu sorgen. Ein Berliner Witzblatt brachte damals die Annonce: „Gene Partis Schutz, Küll in in Klump jessall'ner Mißliberalismus soll abgefahren werden, die Jahre acht froßen. Rährs Weipzigerstraße u'n Hof, zweite Kammer links.“ Es ist seit dem nichts geschehen, was dem socialdemokratischen Proletariat Veranlassung geben könnte, der Abfuhr des nationalmiserablen Raddelmuddels Einhalt zu thun. —

bater ein System der „richtigen Mitte“, des Schauleins zwischen Großgrundbesitz und Großindustrie vor in Gestalt von Reichsständen mit zwei Kammern, deren eine Majoritätskammer und königliche Vertrauensleute, deren andre die höchstbesteuerten Bourgeois umfassen sollte. Das nämliche Ideal gemäßigt-liberalen Strebens verkündete ein Schriftchen, das Hansmann etliche Jahre später veröffentlichte. Als leitenden Grundfay erleuchteter Politik, nein, geradezu als Hauptzweck des Staates predigte es — Schonung des Kapitals. Im vereinigten Landtag von 1847 hat er den nämlichen Standpunkt durch das bekante Schlagwort: „In Geldsachen hört die Gemüthslosigkeit auf“ zum Ausdruck gebracht und praktisch bekräftigt dadurch, daß er sich zwar öffentlich für die Einkommensteuer erklärte, die zum Ertrag der verfaßten und drückenden Wahl- und Schatzsteuer dienen sollte, insgeheim aber dagegen wählte; und zwar mit Erfolg.

Nach alledem ist es heute schier unbegreiflich, wie man sich Anno 1848 Illusionen hat machen können über den Charakter des Mannes, der nun am 29. März im liberalen Ministerium Camphausen die Finanzen und am 2. April die Mitverantwortlichkeit für das an diesem Tage von dem neuen Kabinett dem vereinigten Landtag für die Wahlen zur Rationalversammlung vorgeschlagene allgemeine und gleiche, wenn auch indirekte Stimmrecht übernahm. „In der Ueberzeugung“, so rechtfertigt der Hansmann-Gymnasist der „Allgemeinen Deutschen Biographie“ den infamen Rachebewußtismus des gerissenen Kapitalisten, „dem Staate während dieser Krisis seine Dienste nicht verjagen zu dürfen, mußte er einweisen seine Ansichten über das allgemeine Stimmrecht offen.“ Das Einweisen währte noch bis zum Staatsstreich im November. Vor diesem Zeitpunkt hatte er noch monatelang als leitender Geist des nach ihm benannten Kabinetts, das nach Camphausens Demission die erhebende Aufgabe weiter betrieb, unter dem Dämantel des Liberalismus der Reaktion Zeit zur Kräfteammlung zu gewähren, der Rationalverfassung gegenüber den Verfassungsentwurf mit dem Kernpunkt des allgemeinen Stimmrechts vertreten. Im November warf er die heuchlerische Hülle ab und entpuppte sich als der heimtückische Velleitend, der er im Herzen immer schon gewesen war. Es konnte ihm gar nicht rasch genug gehen mit der Entziehung des Volkes. Als das Staatsstreich-Kabinett der Junker am 5. Dezember 1848 die Verfassung oktroyierte, da tadelt Hansmann dieses Maßwerk als „ultrademokratisch“. Vor allem das „staatsgefährliche“ Wahlgesez vom 6. Dezember erregte seinen Zorn: es war das nämliche, das er selber im April vorgeschlagen hatte. Der Rest ist bald gesagt. „In die Erste Kammer gewählt“, so erzählt sein Biograph das Weitere, „beeinflusste er im Frühjahr 1849 eine Abänderung dieses Gesetzes im konservativen Sinne und trug so zum Wahlgesez vom 30. Mai bei“. Ebenso offenkundig wie demgemäß die liberalen, sind die nationalen Verdienste des national-liberalen Gelden. Er hat nämlich im selben Frühjahr 1849 aus Leibeskräften gegen die Annahme der Reichsverfassung gearbeitet. Warum? Wiederrum hauptsächlich wegen des allgemeinen Stimmrechts, das in ihr enthalten war. „Ich behaupte“, so schreibt er am 22. Mai an General v.adowitz, „daß mit dem allgemeinen Stimmrecht und einem zahlreichen Volkshaufe, dem verfassungsmäßig die wichtigsten Befugnisse beigelegt sind, ein Staat nicht bestehen kann“. Der liberale Junkeradowitz war wahrhaftig freigeistlicher gestimmt, als der liberale Bourgeois Hansmann.

A. JANDORF & Co.

Spittelmarkt 16/17 Belle Alliance-Strasse 1/2 Grosse Frankfurter Strasse 113
Ecke Leipziger Strasse Am Blücher-Platz Ecke Andreas-Strasse

November-Angebot von Lebensmitteln

Von Mittwoch den 11. November bis Sonnabend den 14. November soweit der Vorrat reicht.

Kennen Sie
unser Rabatt-System?

No. 346291
Gesetzlich geschützt.
RABATT-KARTE
Waarenhaus
A. Jandorf & Co.
Berlin
Belle-Allianzstr. 1-2
Spittelmarkt 16-17 Gr. Frankfurterstr. 113

ANWEISUNG. Wir verfolgen auf Wunsch bei Barreinkäufen für je 10 Pf. des bezahlten Betrages eine Rabatt-Karte. Diese Karte klebt man in die auf der Innenseite der Rabatt-Karte vorgedruckten Felder. Sobald die Felder besetzt sind, wird die Rabatt-Karte von uns mit 1 Mark in baar eingelöst.

Von d. Rabatt-Vergünstigungen sind wenige Artikel ausgenommen.

Wer bei Jandorf kauft spart Geld!

Deutscher Cognac Flasche 1²⁵ M.

Conserven

	1/2 Dose	1/3 Dose
Stangenspargel extra Prima	1 ⁶⁵ M.	88 Pf.
Stangenspargel	1 ⁵⁵ M.	83 Pf.
Stangenspargel	1 ⁴⁰ M.	75 Pf.
Stangenspargel	1 ⁰⁵ M.	58 Pf.
Bruchspargel extra Prima	1 ¹⁵ M.	63 Pf.
Bruchspargel mit Köpfen	85 Pf.	48 Pf.
Bruchspargel ohne Köpfe	60 Pf.	35 Pf.
Schoten, feinste junge	80 Pf.	45 Pf.
Schoten, feine	53 Pf.	32 Pf.
Gemischtes Gemüse	58 Pf.	34 Pf.
Kohlrabi	26 Pf.	
Pfefferlinge	45 Pf.	28 Pf.
Steinpilze	85 Pf.	48 Pf.
Morcheln	1 ¹⁵ M.	63 Pf.
Spinat	50 Pf.	30 Pf.
Wachsbohnen	38 Pf.	

Schnitt und Brechbohnen 1/2 Dose 28 Pf.

Hülsenfrüchte

	1 Pfd.	5 Pfd.
Erbsen klein mit Hülse	13 Pf.	60 Pf.
Erbsen gross mit Hülse	14 Pf.	65 Pf.
Erbsen grün	14 Pf.	65 Pf.
Erbsen geschält, gross	17 Pf.	80 Pf.
Linsen gross	16 Pf.	75 Pf.
Bohnen mittel	15 Pf.	70 Pf.
Graupen mittel, fein, grob	15 Pf.	70 Pf.
Hafergrütze	18 Pf.	85 Pf.
Reis I	23 Pf.	1 ⁰⁵ M.
Reis II	18 Pf.	85 Pf.
Gries I	18 Pf.	85 Pf.
Haferflocken	20 Pf.	90 Pf.
Kartoffelmehl	14 Pf.	65 Pf.
Maccaroni in 1/2 Pfund u. 1 Pfd.-Packeten, leicht gefärbt	32 Pf.	1 ⁵⁵ M.
Maccaroni leicht gefärbt (Rivoire-Carrot)	43 Pf.	2 ¹⁰ M.
Bandnudeln schmal oder breit, leicht gefärbt	35 Pf.	1 ⁶⁵ M.

Liqueure

Halb und Halb	Flasche	85 Pf.
Cherry-Brandy	1/2 Flasche 2 M.	1 ¹⁰ M.
Boonekamp (Underberg-Albrecht)	1/2 Flasche 2 ²⁰ M.	1 ²⁰ M.
Rum (Verschnitt)	1/2 Flasche 90 Pf.	1 ⁴⁵ M.
Nordhäuser	1/2 Flasche	70 Pf., 95 Pf.
Cacao-Cognac	Flasche	1 ¹⁰ M.
Diverse sort. Liqueure	ca. 1/2 Liter	63 Pf.

Thee

in Packeten à 1/4 und 1/2 Pfund

I	II	III	IV	V
Pfund 1 ⁴⁰ M.	1 ⁸⁰ M.	2 ¹⁰ M.	2 ⁶⁰ M.	3 ⁴⁰ M.

Gänse-Pökelfleisch

Keulenstücke Pfund	70 Pf.
Gänse Pfund	57 Pf.
Gäneschmalz Pfund	95 Pf.

Cacao deutscher	Pfund	1 ¹⁰ M., 1 ⁴⁰ M.
Cacao holländer	1 Pfund	1 ⁷⁵ M., 5 Pfund 8 ⁵⁰ M.
	1 Pfund	2 ¹⁰ M., 5 Pfund 10 M.

Amerikanische Äpfel 16 Pf.

5 Pfund 75 Pf., Pfund 16 Pf.

Trauben-Rosinen Pfund 70 Pf.

Schaalmandeln Pfund 90 Pf.

Feigen in Kistchen ca. 1 Pfund 40 Pf.

Kranzfeigen Pfund 22 Pf.

Fisch-Conserven

Bismarkheringe Dose	45 Pf.
Bratheringe Dose	45 Pf.
Hering in Aspice Dose	38 Pf.
Neunaugen Dose	85 Pf.
Aal in Gelée Dose	80 Pf.
Krabben 1/4 Dose	32 Pf., 1/2 Dose 56 Pf.
Appetit Sild Dose	31 45 Pf.
Anchovi-Paste Dose	35 Pf.
Sardellen Glas	70 Pf.
Piccaililly	1/2 Glas 60 Pf.
Mixed Pickles	

Gemischte Marmeladen

in Einern ca. 10 Pfund 2⁰⁰ M.

Pflaumenmus	Pfund	20 Pf.
Zucker-Honig ausgewogen	Pfund	35 Pf.
Zucker-Honig in Einern ca. 8 Pfund		1 ⁷⁵ M.
Zucker-Honig in Einern ca. 10 Pfund		3 ⁴⁰ M.

Getrocknetes

Gemüse Obst

Julienne	Pfund	68 Pf.
Karotten	Pfund	58 Pf.
Wirsingkohl	Pfund	95 Pf.
Schneidebohnen	Pfund	1 ⁵⁰ M.
Gemüse-Melange	Pfund	1 ¹⁰ M.
Pflaumen	Pfund	28, 33, 40, 48 Pf.
Backobst-Mischung	Pfund	38 Pf.
Aprikosen	Pfund	53, 63 Pf.
Birnen	Pfund	45, 68 Pf.

Früchte

	1/2 Dose	1/3 Dose
Pflaumen blau 1/2 Frucht	45 Pf.	
Kirschen ohne Steine	1 M.	55 Pf.
Kirschen mit Steine	75 Pf.	43 Pf.
Birnen	75 Pf.	43 Pf.
Erdbeeren	1 ¹⁵ M.	63 Pf.
Apricosen	1 ²⁵ M.	68 Pf.
Preisselbeeren	65 Pf.	
Stachelbeeren		
Kirschen mit Steine ohne Zucker	55 Pfennig	
Johannisbeeren		
Heidelbeeren, Birnen		

Hohenlohe'sche Nahrungsmittelfabrikate

Suppen-Tabletten für 4-6 Portionen Tafel	14 Pf.
Bohnen, Erbsen gelb und grün, Gerste, Gries, Hafergrütze, Grünkern, Kartoffel, Körbel, Linsen, Reis, Sago, Tapioca Julienne, Familien-Suppe.	
Hafer- oder Reismehl Pf.	37 Pf.
Erbsen, Bohnen, Linsen Pf.	34 Pf.
Gerstenmehl	Pfund 38 Pf.
Grünkern-Extrakt	Pfund 48 Pf.

Kaiser-Auszug-Mehl

ca. 2 Pfd. 32 Pf., ca. 5 Pfd. 75 Pf., ca. 10 Pfd. 1⁴⁵ M.

Weizenmehl 00

ca. 2 Pfd. 26 Pf., ca. 5 Pfd. 63 Pf., ca. 10 Pfd. 1²⁰ M.

Gebrannter Kaffee

Mischung II III IV V VI VII
in Packeten ca. 1/2 Pfund 38, 43, 53, 63, 73, 83 Pf.

Nestle's Kindermehl Dose 1⁴⁰ M.

Zur Beachtung!

Inserate für die Freitag-Nummer müssen spätestens am Donnerstag früh 8 Uhr bei der Post aufgegeben oder durch besonderen Boten an unsere Expedition eingesandt werden...

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Heute abend 8 1/2 Uhr findet in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20, eine öffentliche Wählerversammlung statt.

Dritter Landtags-Wahlkreis. Heute abend 8 Uhr findet in der Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49, eine Wollversammlung statt...

Lokales.

Am Donnerstag fällt der Landtagswahl wegen die juristische Sprechstunde aus.

Eine „Stellungnahme des Kaufmanns zu den Landtagswahlen“

war für die Versammlung der Kaufleute und kaufmännischen Angestellten Berlins angekündigt worden, die der sogenannte „Bund der Kaufleute“, eine seit Anfang dieses Jahres bestehende Vereinsgründung des Unternehmertums, am Montag nach der Tonhalle zusammenberufen hatte.

Das einleitende Referat wurde erstattet vom Direktor Dr. von Bohberg-Medow, der in einständigem Vortrage auseinandersetzt, welche Forderungen der Kaufmann an den Landtag zu stellen habe.

Die Zuhörer hatten indes doch etwas anderes erwartet, da ja die Versammlungsankündigung von einer „Stellungnahme“ zu den Landtagswahlen gesprochen hatte.

Herr v. Bohberg-Medow hielt bis zuletzt daran fest, daß hier die politischen Parteien ganz außer Betracht bleiben müßten.

Der Berliner Magistrat hat folgende Ordnungsvorschriften für die Urwahlen am 12. November d. J. erlassen: 1. Die im eigentlichen Wahlbureau nicht unterkommenden Wähler bleiben ohne nachzubringen im Vorraum.

Bergoldern Berlins durch den Streik bei der Firma Groß in Leipzig in frischer Erinnerung. Johannes, der zum größten Teil laum der Schule erwachsene Kinder beschäftigte, lernte damals für die genannte Firma Streikarbeit.

Die Orisgruppe Berlin der deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hielt am Montag im Bürgeraal des Rathhauses eine Sitzung ab, in der die Naturheilkundigen sehr zahlreich erschienen waren.

In der Diskussion gingen die Naturheilkundigen mit Eifer gegen die Referenten vor; namentlich Herr Canig sparte nicht mit Angriffen. Eine Frau Elise Schaaf antwortete, daß die Kurfürscher Volksverdummung anstrebten, wogegen die Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten für Aufklärung Sorge.

Unter dem Verdacht, den Arbeiter Bujak aus Groß-Lichterfelde getötet zu haben, ist ein obdachloser Arbeiter Heinrich Schulz mit seiner Geliebten verhaftet worden.

Der Eisenbahnanschluf der Central-Markthallen ist seiner Erweiterung mehr fähig, weil es dazu an Raum fehlt, aber die Steigerung der Warenzufuhr mittels dieses Eisenbahnanschlusses hat im letzten Jahre noch immer fortgebauert.

Großfeuer kam gestern früh um 9 Uhr in dem großen Wohnhaus Willowsstr. 24/25, an der Potsdamerstraße, gegenüber dem Bahnhof der Hochbahn, zum Ausbruch.

Ein leichtes Raubspiel zum Kardenzötter-Prozess ist in Moabit zu Ende gegangen. Ein in jenem Sensationsprozess vielgenannter Hypothekar war wegen mannigfacher Übertretungen der Apotheker-Vereinsordnung im mittelbaren Anklage auf den Prozess angeklagt worden.

Auf dem Wege von der Krausenstraße bis zum Halleischen Thor ist Sonntag ein Organisationsstempel des Verbandes der Steinarbeiter verloren gegangen...

Zu dem polizeilichen Vorgehen im Restaurant des Herrn Grabhandt, Bellermannstr. 70, worüber wir in Nr. 245 berichteten, wird uns von dem Restaurant mitgeteilt, daß von den in seinem Lokal festhalten Personen nur ein einziger in Haft behalten worden sei.

Zu dem Todesfalle der Arbeiterfrau Lußt aus der Marienburgerstraße (nicht Mariendorferstraße) haben die weiteren Ermittlungen der Kriminalpolizei und die Leichenschau außer Zweifel gestellt, daß die Frau an Gift gestorben ist.

Dem Berliner Zoologischen Garten hat Herr Heinrich W. B. B. einen prächtigen Damhirsch geschenkt, der durch sein ausfallend weit ausgelegtes, sehr starkes Schaufelgeweih allgemeine Bewunderung erregt.

Mehrere im Berliner Aquarium aus den nördlichen und südlichen Meeren eingeflossene Sendungen von Fischen und wirbellosen Seetieren brachten dem Aquarium für die Abteilungen der marinen Tierwelt eine ganze Reihe erwünschter Ergänzungen.

Aus den Nachbarorten.

Die Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung hatte am Montag auf der Tagesordnung u. a. den Antrag auf Schaffung einer Aufseherstelle für die städtischen Baracken und das Armenhaus.

Der vom Magistrat gestellte Antrag um Aufhebung der Krankenhäuser-Deputation und dementsprechende Verstärkung der Hochbau-Deputation um sechs Mitglieder (drei Stadtverordnete und drei Bürgerdeputierte) rief eine lebhafte Debatte hervor.

Steglit. Die Vorarbeiten zur Landtagswahl sind von den Parteigenossen namentlich beendet, nachdem man Sonntagmorgen noch die aufgestellten Kandidaten durch Flugblatt bekanntgegeben hatte.

Aus den Feuerwerkstätten. Man schreibt uns: Aus dem Feuerwerks-Laboratorium zu Spandau sind in voriger Woche wieder eine Anzahl Arbeiter entlassen worden.

Müller von der Leib-Compagnie des Leib-Garde-Regiments. Er wurde nach Beendigung der Reifkünde, an welcher er noch teilgenommen hatte, auf dem Futterboden über dem Stall an einer Wachtmeister-Kangschur hängend aufgefunden. Da die Leiche noch warm war, machte man zunächst Wiederbelebungsversuche, welche aber vergeblich waren. Das Motiv zu der That dürfte in dem Umstand zu suchen sein, daß Müller sich einen Topf mit Schmalz, den ein Neekut von Hause erhalten hatte, angeeignet hatte und nun Verhaftung fürchtete. Der Topf mit Schmalz wurde unter dem Bett Müllers gefunden.

Die Gemeinde Lichtenberg und die Hausbesitzer. Die Durchlegung der Echarnweberstraße in Lichtenberg konnte bisher nicht erfolgen, weil die Anlieger gar zu arg den Gemeindefiskus schürften wollten. In der letzten Sitzung hat die Gemeindevertretung trotz des Protestes unserer Parteigenossen beschlossen, daß den Anliegern zum Teil Gemeindegeld geschenkt, zum Teil solches, das 400 M. die Rute wert ist, für 200 M. überlassen und so die Straße durchgeführt werden soll. Ein weiterer Versuch der Rinnerräten, auch einen öffentlichen Platz zu lassen, konnte zum Scheitern gebracht werden. Die Besitzer des auf 5 Millionen Mark bewerteten Terrains der Dörflichen Erben verlangten eine Verringerung des Bebauungsplanes. Zwar hatten die Herren erklärt, daß ohne Geld keine Rute Land von ihnen abgegeben werde, aber dennoch nahm die Gemeindevertretung einen von unsren Parteigenossen gestellten Antrag an, wonach in die Abänderung des Planes nur dann gewilligt werden soll, wenn die Besitzer zwei Markgen der Gemeinde für öffentliche Zwecke unentgeltlich zur Verfügung stellen.

Neu-Weissensee. Ganz unnötig hat der Gemeindevorstand den socialdemokratischen Gemeindevertretern noch schriftlich mitgeteilt, daß nur er das Recht besitzt, die Zeit der Wahlhandlung zu den Wahlmännertwahlen anzusetzen. Der Gemeindevorstand ist an unserm Ort der Vorsteher selber, da es hier ein Kollegium nicht gibt. Verwunderlich ist nur, daß man erst den Antrag unserer Genossen, die Wahlzeit zu ändern, auf die Tagesordnung gesetzt hat. Sollte ein Bitt vom Landratsamt erfolgt sein? Unser Parteigenossen werden hoffentlich trotz der auf 12 Uhr mittags also so unglücklich wie nur möglich angelegten Wahlzeit ihre Pflicht zu erfüllen suchen.

Gerichts-Zeitung.

Einen schweren Vorwurf hatte der Präser Kühnel gegen den im Betriebe der Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft angestellten Meister Thomas erhoben. Kühnel, der in der Abteilung des Meisters Thomas arbeitete, hat, nachdem er durch denselben entlassen war, an die Direktion der Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft einen Brief geschrieben, worin er behauptet, Thomas lasse sich von den unter seiner Leitung beschäftigten oder von ihm eingestellten Arbeitern Geldgeschenke zuwenden, er selbst (Kühnel) sei unter dieser Voraussetzung von Thomas in Arbeit genommen worden. Um sich von diesem Vorwurf zu reinigen und sich der Direktion gegenüber zu rechtfertigen, strengte Thomas gegen Kühnel die Klage an, daß er, deren Ausgang man in den Kreisen der Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft mit Spannung entgegensteht. Am Montag kam die Klage vor dem Schöffengericht zur Verhandlung. Kühnel behauptete, er habe, als ihn Thomas einstellte, aus deutlichen Anspielungen desselben entnommen, daß Thomas für die Einstellung und die Zuwendung lohnender Arbeit ein Geldgeschenk von ihm (Kühnel) erwarte. Kühnel habe auch durch seinen Bruder, einen mit Thomas befreundeten Schankwirt, dem Meister Thomas 10 Mark zuwenden lassen, das sei aber nicht genug gewesen. Thomas, der 50 Mark erwartet hätte, habe Kühnel mit schlechter Arbeit beschäftigt und ihn schließlich entlassen. Thomas bestritt sämtliche Angaben Kühnels und erklärte die Zuwendung von 10 Mark durch den Schankwirt folgendermaßen: Bei seiner Anwesenheit im Lokal des Schankwirts Kühnel habe dieser ihm Geld im Auftrage des Bruders angeboten, er habe die Annahme jedoch abgelehnt. Zu Hause habe er dann in seiner Paletotttasche ein Fünfmärkstück gefunden, welches der Schankwirt, ohne daß er (Thomas) es gemerkt, ihm in die Tasche gesteckt habe. Einige Tage später hat Thomas, wie festgestellt wurde, das Geld seinem Sohne gegeben mit dem Auftrage, es dem Schankwirt Kühnel zurückzugeben, was auch nach vier Wochen geschehen ist. Erst später will Thomas erfahren haben, daß das Fünfmärkstück, welches ohne sein Wissen den Weg in die Paletotttasche gefunden habe, in einen Fünfmärkstücken eingewickelt gewesen sein soll. Er selbst habe von diesem Fünfmärkstücken nichts bemerkt, vermutlich habe er ihn, ohne es zu wissen, aus der Tasche gerissen. Er habe aber auch die zweiten fünf Mark an den Schankwirt zurückgezahlt. Der als Zeuge vernommene Schankwirt Kühnel behauptete mit voller Bestimmtheit, er habe unter der ausdrücklichen Bemerkung, daß es im Auftrage seines Bruders geschehe, dem Meister Thomas zehn Mark angeboten, dieser habe das Geschenk zwar zunächst abgelehnt, habe es sich dann aber gefallen lassen, daß ihm das Geld in die Tasche gesteckt wurde, ja, Thomas habe sogar mit der Hand in die Tasche gefaßt und das Geld befaßt. Nach vier Wochen habe der Zeuge allerdings das Geld zurück erhalten. — Die Gerichtsverhandlung wurde vertagt. Auf Antrag des Beklagten sollen noch einige Zeugen geladen werden, um zu beweisen, daß Thomas auch von andern Arbeitern Geld genommen, und unter der Voraussetzung, daß er Geldgeschenke erhalte, Arbeiter eingestellt habe.

Vom Polizeikampf gegen die Arbeiterschaft. Die Arbeiterin Wikram sollte anlässlich des Streiks bei Mehlich Arbeitswillige befristet haben. Sie wurde sistiert, erhielt ihr Strafmandat und wurde freigesprochen, weil die polizeilichen Belastungen in keiner Weise ausreichend waren, eine Bestrafung zu rechtfertigen. — Dasselbe war der Fall mit dem former Bauer, der anlässlich des Streiks bei Hartung polizeilich sistiert worden war. Der als Zeuge vernommene Wachtmeister behandelte hier: Verlehrs und Ordnung seien von den Streikenden nicht gestört worden. Die Begewehrung der Streikposten sei aber erfolgt, weil auf dem Gebiet die Meldung eingegangen war, daß der zweite Bevollmächtigte des Metallarbeiter-Verbandes, Wiesenthal, arbeitswilligen Nachweisheime vom Arbeitsnachweis aus der Gartenstraße fortgenommen habe. Der Verteidiger wies auf die dieserhalb erfolgte Freybrechung Wiesenthals hin, auch Bauer wurde nach kurzer Beratung freigesprochen. Es sei zwar anerkannt, daß der Beamte lorenz gehandelt habe, doch sei die ihm gemachte Meldung über Wiesenthal falsch gewesen. — Der Vorsitzende der Berliner Metallarbeiter Cohen und der Metallschleifer Wälke hatten gesehen, wie beim Streik bei Mehlich ein Streikposten von einem Kriminalbeamten ihrer Meinung nach zu Unrecht sistiert worden sei. Sie gingen deshalb mit nach der Wache. Im Hausflur forderte sie der Beamte auf, sich zu entfernen. Auf ihre Einwendungen hin wurden sie sistiert und bekamen das übliche Strafmandat. Das Gericht entschied ebenfalls auf Freybrechung, weil die Angeklagten keinerlei Veranlassung zu einer Bestrafung gegeben hätten. In Uebereinstimmung mit den Ausführungen des Verteidigers sprach das Gericht auch aus, daß ein Kriminalbeamter zu der Begewehrung gar nicht befugt sei, dies Recht vielmehr nur den uniformierten Beamten zustehe. Uebrigens käme die Strafenordnung schon um deswillen nicht in Betracht, weil die Angeklagten sich bei der Aufforderung des Beamten gar nicht auf der Straße, sondern im Hausflur befunden haben.

Verfassungen.

Wählerverfassungen.

Wie überall in Berlin, so wird auch in dem ersten Landtagswahlkreise eine energische, unermüdete Agitation zu den bevorstehenden Landtagswahlen betrieben. Die Aufstellung der Wahl-

männer ist in allen Bezirken prompt erfolgt, und für die Aufklärung der Wähler wird in öffentlichen Versammlungen gesorgt. Am Montag sprach Reichstags-Abgeordneter Pfannkuch in Träfelds Saal. In einer geschäftlichen Reminiscenz ging Redner auf die Entstehung des deutschen und besonders des preussischen Konstitutionsismus ein, unter dessen unvollkommener und veralteter Form die Masse des Volkes noch heute zu leiden hat. Dank der Niedrigkeit des Liberalismus, der seine politische Mission unerfüllt gelassen hat, werde nunmehr der Arbeiterklasse die Aufgabe zufallen, ein wirklich parlamentarisches Regiment nicht allein im Reich, sondern auch in allen Partikularstaaten und dort vornehmlich in dem reaktionären Preußen mit aller Energie zu erkämpfen. Im Anschluß an diese Ausführungen kritisierte er sodann das freisinnige Wahlflugblatt, in dem es heißt: „Die Geschichte der Fortschrittspartei, des entschiedenen Liberalismus im Abgeordnetenhaus ist eine Ehren-Chronik von dem Beginn einer preussischen Volksherrschaft, die die rühmreiche Konstitutionszeit hindurch, da die Freisinnigen tapfer den Kampf für das Recht gegen die Macht führten, bis zu diesen Tagen.“ Auf Grund der historischen Thatsachen, wie sie uns aus der erbärmlichen Haltung der Liberalen anlässlich der oktroyierten Verfassung, ihrer hafenherzigen Feigheit bei dem Brangelschen „Schuß“ der preussischen Nationalversammlung nach Beginn der Konterrevolution, der unaußersprechlich jämmerlichen Indemnitätskomodie der Konstitutionsperiode und der Abfägung Johann Jacobys entgegenleuchten, sei es eine Annahme sondergleichen, sich auf eine „ruhmvolle“ Vergangenheit zu berufen. Im Hinblick auf die gänzlich politische Bedeutungslosigkeit des Freisinnus wäre die Bezeichnung „ruhmvoll“ redig jedenfalls besser angebracht. Wenn es in dem Flugblatt weiter heißt: „Eine praktische, den allgemeinen Massen dienliche Wirksamkeit würde sie (die Socialdemokratie) im Abgeordnetenhaus nicht entfalten können“, so beweise dies die totale Verkommenheit des Freisinnus zur Evidenz. „Warum“, fragt Redner, „haben die Freisinnigen, als sie noch eine Zweidrittel-Mehrheit im Abgeordnetenhaus hatten, ihren Einfluß nicht geltend gemacht, um ein vernünftiges Wahlrecht zu schaffen, damit auch die Arbeiterklasse durch eigene Vertreter in der entscheidenden Körperschaft Preußens mitwirken konnte?“ In solchen Flugblättern setze sich der Freisinn also nur ein Denkmal der eignen Schande. Es liege mithin auch nicht die geringste Veranlassung vor, einen solchen Freisinn noch fernerhin selbstlos zu unterstützen; im Gegenteil, er sei es wert, von der Bildfläche weggewegt zu werden. Nach einer Besprechung der verschiedenen Aufgaben, die unser in Bezug auf die preussische Landesgesetzgebung harren, erwähnte Redner die Anwesenden zum Schluß, alles daran zu setzen, um auch den 12. November zu einem Ehrentage der Partei zu machen. (Lebhafte Beifall.) Genosse Doppel erteilte alsdann noch einige Wahlwünsche und ersuchte die Wähler, sich genau nach der amtlichen Wahlkarte zu richten, weil bezüglich der Wahllokale anscheinend mehrere Änderungen vorgenommen worden sind.

Für den zweiten Berliner Landtagswahlkreis fand am Montag eine Versammlung im Vöggenhagenschen Saal statt, der von einer dicht gedrängten Menge bis auf den letzten Platz gefüllt war. Mit lebhaftem Interesse und ungeheiltem Beifall folgten die zahlreichen Zuhörer dem Vortrage des Genossen Wolfgang Heine, der unter eingehender Schilderung der politischen Entwicklung in Preußen und Deutschland die Gründe darlegte, die uns zur Beteiligung an der Landtagswahl veranlassen. Er verwies darauf, daß man nach der Gründung des Reiches den Parlamenten der Einzelstaaten wenig Bedeutung beigemessen und deshalb besonders in unsrer Partei die Kräfte auf die Arbeit im Reichstage konzentriert habe. Die Erwartung, daß der Einheitsgedanke schnelle Fortschritte machen werde und die Tage der einzelstaatlichen Parlamente gezählt seien, habe sich nicht erfüllt. Es sei sogar dahin gekommen, daß man fürchten könne, der Reichstag werde durch die Landtage verdrängt. Besonders der preussische Landtag sei die Citabelle, von der aus das Junktum in rücksichtsloser Wahrnehmung seiner Masseninteressen gegen die Freiheit und die Rechte des Volkes kämpft. Auch die Freisinnigen im Landtage seien keine zuverlässigen Vertreter der Volksworte. Darum muß die Socialdemokratie, koste es was es wolle, ihre Vertreter in den Landtag schicken und sich, ohne ihr großes Ziel aus dem Auge zu verlieren, an den Arbeiten desselben beteiligen, obwohl das für die Genossen, welche gewählt werden, keine angenehme Aufgabe sei. Gleich einer steilen Feldwand türmt sich der preussische Landtag als ein Hindernis auf unserm Wege. Wir müssen das Hindernis überwinden, mag die Arbeit auch Mühe und Schweiß kosten, sie wird von Erfolg gekrönt sein. — Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage sprachen einige Diskussionsredner in zustimmendem Sinne, dann folgte eine kurze Schlussbemerkung Heines, worauf der Vorsitzende hoch nach einem Appell zur regen Thätigkeit die Versammlung mit einem Hoch auf die Socialdemokratie schloß, worin die Anwesenden begeistert einstimmten, und sich dann unter lebhaften Hochrufen auf Heine trennten.

Steglich. In der letzten, stark besuchten Wahlvereins-Versammlung gab der Vorstand zunächst die genaue Wahlbezirks-Einteilung bekannt und zeigte an der Abgrenzung der einzelnen Wahlbezirke, wie ungerecht die politische Macht verteilt ist, und wie widerständig das ganze Landtagswahlsystem ist. Während man z. B. im 1. Wahlbezirk noch mit einem jährlichen Steuersatz von 1050 M. in der 3. Klasse wählt und erst mit 1056—4505 M. in die 2. Klasse aufrückt, die ganze politische Weisheit und damit den großen Einfluß auf die Gesetzgebung jedoch erst mit einem jährlichen Steuersatz von 12 340 M. erlangt, ist der Wähler im 3. Bezirk in der beneidenswerten Lage, schon mit 327 M. den Spieß der Intelligenz erkennen zu haben und mit lumpigen 88 M. sich bereits als Wähler der 2. Klasse zu fühlen. — Nachdem die Wahllokale bekannt gegeben waren, wurde die Aufstellung der Wahlmanns-Kandidaten vorgenommen. Es wurden aufgestellt: Für die 3. Klasse sämtlicher Bezirke je zwei Genossen, für die 2. Klasse der Bezirke 3, 4, 5 und 13 ebenfalls zwei, und für den 2. Bezirk ein Genosse. Außerdem wurde beschloffen, den Genossen Schellhase in sämtlichen Bezirken für die erste Klasse und mit Ausnahme der oben benannten Bezirke auch für die zweite Klasse als Wahlkandidaten aufzustellen. Mit der Aufforderung an die Gewählten, nun ihrerseits eifrig zu agitieren und für zahlreiche Beteiligung an der am kommenden Sonntagmorgen stattfindenden Flugblattverbreitung zu sorgen, fand dieser Punkt seine Erledigung. — Auf Anregung des Genossen Lessing wurde dem Wunsch einstimmig Ausdruck gegeben, daß nun endlich die unfruchtbaren Versuche der Mohrenwäsche im „Vorwärts“ eingestellt und der von den endlosen „Erklärungen“ und „Berichtigungen“ beanspruchte Raum für bessere Zwecke benützt werden möge.

Allgemeine Entrüstung rief die von verschiedenen Seiten bestätigte Mitteilung hervor, daß von Lehrern und Lehrerinnen der Volkshochschule einzelne Kinder über die persönlichen Verhältnisse des Vaters ausgefragt wurden und die Kinder, wenn sie die Fragen nicht beantworten konnten, ausdrücklich beauftragt wurden, sich zu Hause Auskunft darüber zu verschaffen, wo, bei welcher Firma und als was der Vater beschäftigt sei. Daß gelegentlich eines solchen Interrogatoriums ein „Jugenderzieher“, dessen Name vorläufig nicht genannt wurde, das nicht unterrichtete Kind eines Arbeiters mit den höchsten Schimpfnamen „Dummes Schwein“ und „Hieh“ regalierte, sei hiermit gebührend niedriger gefaßt. Man wird sich vergebens fragen, was die Lehrpersonen die internen Verhältnisse der Väter ihrer Zöglinge interessieren können; die Sache wird vielleicht etwas verständlicher, wenn wir hinzufügen, daß die Detektivthätigkeit auf Anordnung „vom Amte“ (soll doch wohl Amtsdirektor bedeuten?) ausgeführt wird. Aber auch dann muß man fragen: Wer gibt „dem Amte“ das Recht, den Privatverhältnissen der Arbeiter nachzuspüren, und zu welchem Zwecke geschieht dies? — U. A. w. g. — In der Debatte kam noch zur Sprache, daß sich auch einzelne Lehrer dafür interessieren, welche Zeitungen die Väter ihrer Schüler lesen, ferner, daß die Geistlichen den Konfirmanden-Unterricht dazu mißbrauchen, die Socialdemokratie zu bekämpfen und deren Anhänger als Trunkselbste usw. zu bezeichnen. Ob diese Kampfmethode „christlich“ ist, das mögen sich die Herren allein beantworten.

Rixdorf. Im Riesenaal der „Neuen Welt“, der bis auf den letzten Platz gefüllt war, sprach am Montag der Abgeordnete des Kreises Genosse Juchel über die bevorstehende Landtagswahl. In fast 2 1/2 Stunden, oft von starkem Beifall unterbrochener Rede, schilderte derselbe das „elendeste aller Wahlsysteme“ und führte dabei aus, daß die erste Beteiligung der Socialdemokratie an den Wahlen hauptsächlich eine Demonstration für die Befreiung dieses Systems und für die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts sein muß. Gegner meldeten sich trotz mehrfacher Aufforderung nicht zum Wort.

Der Wahltermin war für Rixdorf ursprünglich auf 9 Uhr vormittags angesetzt worden. Die Rixdorfer Arbeiterschaft hat dagegen jedoch in drei großen Versammlungen protestiert mit dem Erfolg, daß der Termin auf 1 Uhr mittags verlegt worden ist. — Der Vorsitzende Böcke ermahnte die Anwesenden, sich am Wahltag mit genügender Legitimation zu versehen und pünktlich um 1 Uhr in ihren Wahllokale zu erscheinen. Er schloß dann die imposante Versammlung mit einem Hoch auf die völkerverfreiende Socialdemokratie, das in der Versammlung brausende Zustimmung fand.

Schöneberg. Am Freitag referierte Genosse Hirsch im Obstschicht Saale in einer gut besuchten Versammlung über die bevorstehenden Landtagswahlen. Redner besprach in 1 1/2 stündigem Vortrage die wirklichen Aufgaben einer Landesvertretung, wie sie sein und wie sie nicht sein müßten. — Genosse Küter sprach noch im Sinne des Referenten. — Sodann gelangten die seitens des Wahlmannes gemachten Vorschläge zur Aufstellung der Wahlmanns-Kandidaten ohne Widerspruch zur Annahme. Für die insgesamt 75 Wahlbezirke kommen unterteilt in der 3. und 2. Abteilung gegen etwa 250 Wahlmänner in Betracht.

Wilmersdorf. Am Sonntag tagte in Wittes Volksgarten eine gut besuchte Landtagswähler-Versammlung, in der Gen. Ledebour über die Landtagswahl referierte. Großer Beifall lohnte den Redner für seine zweifelhafte Ausführungen. In der Diskussion sprach Gen. Kiefer. Obwohl von unsren Vertretern beantragt wurde, die Wahl um 5 Uhr beginnen zu lassen, wählte die dritte Abteilung mittags 2 Uhr.

Lichtenberg. Eine Volksversammlung nahm am 2. November einen Vortrag des Genossen Ad. Hoffmann über „die Beteiligung der Socialdemokraten an der preussischen Landtagswahl“ mit lebhaftem Beifall entgegen. Der Vortragende, wie auch die nachfolgenden Redner kritisierten im besondern die für den Beginn der Urwahlen festgesetzte Tageszeit (mittags 12 Uhr), sowie die Art des Zustandekommens dieser Zeitbestimmung. Alle Redner tabelten in heftigen Worten die Bereitwilligkeit der Bürgermeister und Gemeindevorsteher des Kreises, auf einen Bitt vom Landrat, die Wahl zu einer möglichst unglücklichen Zeit anzusetzen. Ein Schreiben des Gemeindevorstehers von Lichtenberg kam zur Verlesung, in dem auch dieser es ablehnt, wie gefordert, die Wahlen um 6 Uhr beginnen zu lassen, da im Interesse einer möglichst ordnungsgemäßen Erledigung der Wahlgeschäfte die Wahlzeit um 12 Uhr beginnen müßte. Die Versammlung, an der etwa 300 Wähler sich beteiligten, nahm einstimmig eine Resolution an und ersuchte noch einmal den Gemeindevorstand um die Festlegung des Beginns der Wahl auf 6 Uhr abends. Der Vertrauensmann brachte dann die Namen von 122 aufgestellten Wahlmanns-Kandidaten zur Kenntnis der Versammlung und wurden diese sämtlich einstimmig als solche erklärt. Nachdem noch darauf hingewiesen war, daß der Freisinn am Orte seine Hoffnung darauf setze, daß die socialdemokratischen Wahlmänner bei der Abgeordnetenwahl wohl ohne jede Bedingung das „keinerlei“ nämlich den freisinnigen Kandidaten die Stimmen geben werden, wurde diese Annahme auf das nachdrücklichste zurückgewiesen und dem Freisinn das bekannte „entweder — oder“ in Aussicht gestellt.

Kummelsburg. Donnerstagsabend fand hier eine zahlreich besuchte Landtagswähler-Versammlung statt, in welcher Genosse Freiwald Pantow in scharfen Worten die Widerfährigkeit des preussischen Landtagswahlrechts und die Zustände in Preußen scharf geißelte. Gen. Gebauer machte die Mitteilung, daß er von kompetenter Seite die Mitteilung erhalten habe, daß vom Ministerium das Wahlreglement dahin abgeändert worden sei, daß bei dem Wahltag eine Verlesung der Wählerliste nicht mehr stattfindet, sondern die zur festgesetzten Zeit erschienenen Wähler ohne weiteres ihre Stimme abzugeben haben und dann, wenn kein Wähler mehr anwesend ist, die Wahl geschlossen wird. Die Genossen John und Berger wandten sich energisch gegen die vom hiesigen Gemeindevorstand auf mittags 12 Uhr festgesetzte Wahlzeit und wurde hierauf eine vom Genossen Berger eingebrachte Protestresolution einstimmig angenommen. Zum Schluß erfolgte die Komitierung der Wahlmänner für beinahe sämtliche Massen der hiesigen 14 Bezirke.

Der socialdemokratische Wahlverein für Zernsdorf und Umgegend hatte zum Sonntag eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen einberufen, die sich mit den Landtagswahlen beschäftigte. Genossin Anna Reich hielt das Referat. Die Diskussion führte zu einem Zwischenfall, der jedoch an sachliche Verhältnisse erinnerte. Der überwachende Beamte rief nämlich einen Redner „zur Sache“. Es entspann sich zwischen diesem und dem Beamten eine lebhaftes Debatte, der der Vorsitzende ein Ende machte, indem er dem Beamten bedeutete, daß er das Recht nicht hätte, einen Versammlungsredner zur Sache zu rufen.

Briefkasten der Redaktion.

H. T. Fragen Sie mit Antwortkarte an bei Stadtrat Dr. J. Baström, Charlottenburg.

H. P. Waidler. Die Wahl der Wahlmänner fand 1898 am 27. Oktober statt. Um 9 Uhr vormittags hat unsres Wissens die Wahl niemals stattgefunden.

71. Ring, Trut oder Kartell: Unternehmervereinigung zur Ausbeutung der Produzenten (der Arbeiter) oder der Konsumenten (des Publikums). Sündhaft ist die gewerkschaftliche Organisation bei den Franzosen. — **Streitende.** Ja, allerdings sehr selten; dafür umso mehr Rechtsanwälte. — **Berappen.** Nach verputzen, bezahlen. Berapp, der erste rauhe Kalkmörtel, beziehungsweise der unangenehme Akt einer defamierenden Begleichung; daher Berappigungs-Akte schmerzlich bewegt, niemals erhebend uhm.

Marxismus. Selbstverständlich ist die Verkennung des „Vorwärts“ an jederman erlaucht; Landrat und Polizei hat sich da gar nicht einzumischen. Die Socialdemokraten-Epikeler in Kriegervereinen ist zwar nicht schön, aber es läßt sich nichts dagegen machen.

M. S. V. Wenden Sie sich mit Ihrer Anfrage an Fräulein Ottilie Baader, Belle-Alliancestr. 95, Hof III.

Juristischer Teil.

Die juristische Zurechnung findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. — **Öffnet: 7 Uhr.**

Ziegfriedstr. 3. 1. Sie können wählen, der Schreibfehler ist unerschicklich. 2. Nein. — **12 G. H.** Daß der Vermieter in die Mietervermittlung gewilligt, so ist er nicht berechtigt, nachträglich die Erlaubnis zurückzunehmen und für den Fall der Nichtanfertigung der Mietschein-Gemith anzugreifen. — **G. Sch.** Nehmen Sie in A. Miensthal. — **A. Z. 69.** Sie sind zur Zahlung verpflichtet. — **H. J. Coy.** Sie können gegen das Juristariat innerhalb einer Woche Berufung einlegen. Ist die Frist bereits verstrichen, so sind weitere Schritte nutzlos. Die Frist läuft vom Tage der Verkündung des Urteils ab. — **Genereberichter.** Das Verfassungskomitee wird erst dem Beklagten zugestellt. Erwähnen Sie sich auf dem Genereberichter und beantragen Sie dort Zwangsvollstreckung oder Erteilung eines vollstreckbaren Urteils, das Sie dann dem Gerichtsvollzieher übergeben. — **U. Bergström.** Sie können Beteiligung der Plage vom Rechte verlangen. Thun Sie das, drohen Sie ihm ferner an, daß Sie die Karte durch einen Kammerjäger auf des Richters Kosten vertreiben lassen würden, falls er nicht innerhalb fünf Tagen die Beteiligung selbst befragt und führen Sie Ihre Drohung aus. — **H. P. 1.** Ist zweifelhaft. 2. Nein. 3. Wenden Sie sich an das Vormundschaftsgericht (Amtsgericht). — **Fris 100.** 1. Ja. 2. Bis zum zurückgelegten 21. Lebensjahre. — **Landtag 100.** Für die einzelnen Bezirke ist die Nähe der Verlesung, in der Regel zur dritten Abteilung. — **C. 100.** Es liegt nach Ihrer Schilderung kein Grund zu der Annahme vor, daß Sie nicht selbstablenendes Mitglied bleiben können. Der von Ihnen geschickte Bericht gehört unsres Ansicht nach zur Bauverfassung, sondern zu der der gewerkschaftlichen Arbeiter. Hierüber entscheidet im Streitfalle die Genereber-Deputation. — **G. 23. 100.** 1. Sie können sofort klagen. 2. Nein. — **A. G. 6.** Sie können auf Aufhebung des Mietvertrages wegen Gesundheitsgefährdung klagen. — **A. P. 2.** Nein.

Inserate

für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden.

Die Expedition.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 11. November.

Anfang 7 Uhr:

Opernhaus. Robert der Teufel.

Anfang 7 1/2 Uhr:

Schauspielhaus. Romeo und Julia.

Deutsches. Kollege Crampton.

Berliner. Gräfin Lea.

Veiling. Zypfenstreich.

Wesken. Par und Zimmermann.

Neues. Salome. Vorher: Der Kammerlänger.

Residenz. Das große Geheimnis.

Central. Bruder Straubinger.

Thalia. Der Hochwürst.

Anfang 8 Uhr:

Neues Opernhaus. Die Dorf-

Schiller O. (Wallner-Theater.)

Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.)

Belle-Alliance. In Vertretung.

Carl Weiss. Die kleine Braune.

Luisen. Die Logenbrüder.

Kriemhild. Elektra.

Trianon. Bischoff.

Metropol. Durchlaucht Radieschen!

Cosimo. Berliner Nachtspiel.

Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n

Apollo. Frühlingsluft. Spezial-

Winter-Garten. Spezialitäten.

Passage-Theater. Spezialitäten.

Reichshallen. Stettiner Säng.

Palast. Das Liebesparadies. Spe-

Irania. Tautenstraße 48/49.

Um 8 Uhr im Theater: In den

Um 4 Uhr: Von der Zugspitze zum

Zentral-Theater.

Heute nachmittags 4 Uhr, halbe

Der gestiefelte Kater.

Abends 7 1/2 Uhr:

Bruder Straubinger.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr.

Die Logenbrüder.

Donnerstag: Der Affendubler.

Freitag zum erstenmal: Der Richter

Sonnabend: Krieg im Frieden.

Sonntag: Das Käufchen

Abends: Der Affendubler.

Montag: Der Affendubler.

Deutsch-Amerikanisches Theater

67/68 Köpenickerstr. 67/68.

Jeden Abend Anfang 8 Uhr:

Heber'n großen Reich

Heitere Bilder mit Gesang und dem

von Adolf Philipp.

Neues Theater.

Schönebergdamm 4a-5.

Salome.

Vorher: Der Kammerlänger.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44.

Elektra.

Anfang 8 Uhr.

Morgen: Nachtschl.

Apollo-Theater.

Zum 36. Male:

Frühlingsluft.

Im 3. Akt:

Glänzende Spezialitäten.

3 Eitners. Gehr. Willé. 4 Madcaps.

The Bucelais. * * Kosmograph.

Anfang 8 Uhr.

Passage-Theater

Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags

5 Uhr. Anfang der Abend-

vorstellung 8 Uhr.

Die erste Eccentric-Tänzerin

der Welt

Pertina

Die Berliner Presse stellt sie ein-

stimmig an die Spitze aller bisher

in Berlin geführten Tänzerinnen.

14 glänzende Nummern.

Urania.

Taubenstraße 48/49.

Um 8 Uhr im Theater:

An den Seen Ober-Italiens.

Um 4 Uhr:

Von der Zugspitze zum Watzmann.

(Kleine Preise.)

Sternwarte

Invalidenstraße 57/62.

CASTANS

PANOPTICUM

Friedrichstr. 165.

Indianer-Riese

Mianko Karoo

Die zusammengewachsenen

Lebend. Schwestern! Lebend.

Bären-Riese

Andries Venter,

ehemal. Leibsoldat des Präsi-

denten Paul Krüger von

Transvaal.

Residenz-Theater

Direktion G. Lautenburg.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Das große Geheimnis.

Lustspiel in 3 Akten v. Pierre Wolff.

Deutsch von Max Schönan.

Morgen und folgende Tage: Die-

selbe Vorstellung.

Sonntag: 3 Uhr: Winterschlaf.

Belle-Alliance-Theater.

In Vertretung.

Ein Soldatenquartier in 3 Akten von

Heinz Gerdien.

Anfang 8 Uhr.

Morgen und folgende Tage: In

Vertretung.

Sonntag: 3 Uhr zu halben

Preisen: Doktor Weisse.

Metropol-Theater.

Durchlaucht Radieschen!

Burleske Ausstattungskomödie mit

Gesang und Tanz in 4 Bildern

von Julius Freund.

Musik von Victor Holländer.

In Szene gesetzt vom Direktor

Richard Schultz.

Im 4. Bilde:

Grosses Ballett

Wie damals im Monat Mai.

Anfang 8 Uhr.

Rauchen überall gestattet.

Casino-Theater.

Lothringenstr. 37. Anf. 8, Sonntag 7 1/2

8 Uhr: **Berl. Nachtschl.**

8 1/2 Uhr: **Verch - Wolf.**

Gastspiel Kapell. Martens.

9 1/2 Uhr: **Hotel Klingebusch.**

Sonntag: 4 Uhr: **Elternlos.**

Trianon-Theater.

Georgenstraße, zwischen Friedrich-

und Kaiserstraße.

Biscotte.

Anfang 8 Uhr.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter Straße 132.

Die kleine Braune.

Operette in 3 Akten von G. Wooddy.

Sergeant Schmitz: Dir. Carl Weiss.

Anfang 8 Uhr.

Morgen: Die kleine Braune.

Freitag: Wohltätigkeits-Vorstellung:

Die Maschinenbauer von Berlin.

W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.

Brunnenstraße 16.

Der Küttenbesitzer.

Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Donnerstag: Extra-Vorstellung:

Einer von unsere Leut'.

Bernhard Rose-Theater

Gefundbrunnen, Badstraße 58.

Mittwoch, den 11. November 1903:

Die Maschinenbauer von Berlin.

Bosse mit Gesang und Tanz in 3 Ab-

teilungen u. 6 Bildern v. H. Weirauch.

Anfang 8 Uhr.

früher

Palast-Theater Feen-Palast.

Burgstr. 22.

Anhaltender Erfolg.

Das Liebesparadies

und das

glänzende Programm.

Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Freitag, den 13. November cr.:

Der Pfarrer von Kirchfeld.

Schauspiel in 4 Akten v. August von

Steine Preise.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)

Mittwochabend 8 Uhr:

Wilhelm Tell.

Schauspiel in 5 Akten v. Fr. Schiller.

Donnerstagabend 8 Uhr:

Wilhelm Tell.

Freitagabend 8 Uhr:

Wilhelm Tell.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.)

Mittwochabend 8 Uhr:

Hedda Gabler.

Schauspiel in 4 Aufzügen von Henrik

Ibsen. Deutsch von M. v. Borch.

Donnerstagabend 8 Uhr:

Hedda Gabler.

Freitagabend 8 Uhr:

Hedda Gabler.

Cirkus Schumann.

Heute, Mittwoch, den 11. November, abends 7 1/2 Uhr:

25 männliche Kaiserlöwen des Herrn Jul Seeth.

Frl. Dora Schumann, Frl. Margot v. Stutterheim a. G.

Die neuen und modernen Pressuren d. Dir. A. Schumann.

Die ersten dressierten Eis- und Kragebüren in Berlin.

Freitag, den 13. November, abends 7 1/2 Uhr:

Wohltätigkeits-Vorstellung.

Der Reinertrag 3. Besten d. Ueberflüssigkeiten i. Schlesien.

Preise der Plätze wie gewöhnlich.

Fröhels Allerlei-Theater

fr. Pahlmanns Vaudeville-Theater,

Schönhauser Allee 148.

Substanz: Wilhelm Fröbel.

Freitag, den 13. November cr.:

Gastspiel des

Berliner Volks-Theater.

Die offizielle Frau.

Aktuelles Schauspiel in 5 Akten.

Nach der Vorstellung: **Tanz.**

Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Sonntag 5 Uhr:

Norddeutsche Säng.

Nach der Vorstellung: Um 10 Uhr:

Grosser Extra-Tanz.

Entree 30 Pf. Sperrtag 50 Pf.

Steidl-Sänger

Chausseestraße 103. Arnold Scholz.

Jeden Mittwoch:

grosse Cohn!

Urkemisch! Der Novität!

Urkemisch! a. d. Inseln Angelenen

von Fritz Steidl.

Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

Entree 30 Pf. (Borch 40 Pf.) Sperrtag

Germania-Prachtsäle

Chausseestr. 103. Arnold Scholz.

Jeden Mittwoch:

grosse Cohn!

Urkemisch! a. d. Inseln Angelenen

von Fritz Steidl.

Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

Entree 30 Pf. (Borch 40 Pf.) Sperrtag

Königstadt-Kasino.

Holzmärkte 72. Ecke Alexanderstr.

Täglich:

Das glänz. November-Programm

mit Franz Sobanski.

Des kolossal. Erfolges wegen

noch einige Tage:

Wo ist die Brille?

Nach der Vorstellung:

Wittd., Sonnab., Sonntag: **Tanz.**

Reichshallen

Stettiner Säng.

Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

Sanssouci.

Kottbuser Thor - Stat. der Hochbahn.

Sonntag, Montag und

Donnerstag:

Hoffmanns

Norddeutsche Säng.

Nach jeder Entree:

Tanzkränzchen.

Jeden Dienstag:

Theater-Abend.

Emkes Heiz-Apparat

mit Chamotte, in 5 Akten.

warmer Stufe, Stück 4,50.

Emkerteile 7,50, größerer

10,00 Mark. Emaillierte

Stahl-Heizkörper für

Stücke 3,50. Sebastian-

straße 1, am Kochplatz.

Freireligiöse Gemeinde, Berlin.

Sonnabend, den 21. November 1903:

Grosses Herbst-Vergnügen

in L. Kellers Festsälen, Köpenickerstr. 29

bestehend in **Konzert, Gesang und Theater.**

Zur Ausführung **Preciosa.** Gr. romant. Märchenoper in 5 Akten

von H. v. Meyer. Musik v. F. Schöberl.

Sämtliche Musiknummern, sowie Begleitung der Chöre und Tänze werden

von der Berliner Sinfonie-Kapelle unter Leitung des Herrn

Barthelme ausgeführt.

Programms a. 20 Pf. sind bei folgenden Komiteemitgliedern zu

haben: D. Kämde, Schöneberg, Gohlstr. 4, 1. IV.; B. Pictus, Köpenickerstr. 6

in den Läden; G. Sobue, Hochmeisterstr. 26, 1. IV.; C. Christens, Köpenickerstr. 49, III;

B. Schröder, Poststr. 3 im Laden; S. Kollow, Hochmeisterstr. 3, Querg. IV;

Frau Kollow, Alexanderstr. 21, v. IV.; P. Kührte, Zimmernstr. 16,

Erster Berliner Wahlkreis.

Mittwoch, den 11. November, abends 8 Uhr, im großen Saale der „Arminhallen“, Kommandantenstraße 20:

Wähler-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Auf zur Landtagswahl! Referent: Genosse Paul Hirsch. 2. Diskussion. Regen Besuch erwarten Die Vertrauensleute.

II. Berl. Landtags-Wahlkreis

Mittwoch, den 11. November, abends 8 Uhr:

Fünf öffentl. Urwähler-Versammlungen

in folgenden Lokalen: Sanssouci, Ressource, Urania, Märkischer Hof, Zur Drachenburg, Admiralstrasse 18c, Vor dem Schlesischen Thor.

1. Der Freisinn im preussischen Landtage. 2. Diskussion. Referenten: Dr. Leo Arons, Albrecht Fülle, Waldeck Manasse, Hermann Silberschmidt, Hermann Schubert.

Kranken- u. Begräbniskasse des Vereins der deutschen Kutscher u. verw. Berufsgenossen zu Berlin. (Eingeführ. Hilfskasse Nr. 83.) Mittwoch, den 9. Dezember, abends 6 Uhr: Außerordentliche General-Versammlung

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 853. Achtung! Donnerstag, den 12. November, ist unser Bureau aus Anlaß der Landtagswahlen nur bis mittags 12 Uhr geöffnet.

Achtung! Dekateure. Achtung! Heute, Mittwoch, den 11., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 7: Außerordentliche General-Versammlung.

Anzüge nach Maß für Herren u. Knaben größte Auswahl in in u. ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Reizekleider etc., werden unter Garantie des guten Sitzes zu überaus billigen Preisen schnellstens angefertigt im Ladengeschäft bei A. Karle, Waldemarstr. 66.

Blusen, Röcke, Damenkleider auch nach Maß am besten und billigsten beim D. Latte, Dresdener-Damen Schneider, nur parterre links.

Orts-Krankenkasse Boxhagen-Rummelsburg. Generalversammlung am Dienstag, den 17. Nov. cr., abends 8 1/2 Uhr, im Lokale der Witwe Weigel hier, Ede Goethe- und Türckstr. 13/14.

Wahlversammlung am Dienstag, den 17. Nov. cr., abends 7 1/2 Uhr, im Lokale der Witwe Weigel hier, Ede Goethe- und Türckstr. 13/14.

Orts-Krankenkasse für das Gewerbe der Tischler und Pianoforte-Arbeiter zu Berlin. Donnerstag, 19. November 1903, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 1: General-Versammlung

Orts-Krankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker. Donnerstag, den 12. d. M., um 12 Uhr mittags geschlossen.

Damen-Mäntel! Gelegenheitskäufe! Nach einzelnen Vorläufen im Engros-Geschäft Alexandrinerstr. 36 II.

Verein socialdemokr. Gast- u. Schankwirte Berlins und Umgegend. Freitag, 20. November, nachm. 5 1/2 Uhr, beim Kollegen Wilke, Brunnenstr. 188: Versammlung.

Dr. Simmel, Prinz-Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Haarleiden. Dr. Schönemann, Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauentleiden, Seydelstr. 9.

Antwort!

Auf die an uns mündlich und schriftlich so zahlreich gerichteten Anfragen, ob wir noch die so beliebten Paletots „Treffer“ und „Komet“ auf Lager haben, erwidern wir hierdurch allen denjenigen, welchen diese vornehmen Kleidungsstücke von Käufern derselben so warm empfohlen wurden, daß die Lidwahl sowohl für normal - wie auch für anormal - gebaute Figuren noch sehr reichhaltig ist. Den Beweis unsrer Leistungsfähigkeit erbringen am besten die unter obigen Marken von uns fabrizierten und zum Verkauf gestellten Paletots

„Treffer“ Winter-Paletots in dunkelgrauer Raurengfarbe oder schwebem, fein gestreift und punktiertem Cheviot, kräftige Ware mit gutem Woll- oder gestepptem Wollfutter, ein- oder zweifach, mit Sammetfransen, die Röhre sämtlich zweimal gefaltet, schräge oder gerade Taschen, in Verarbeitung II Mt. 18.- Dieselben Dessins in hochgediegenem Fabrikat, höchst vornehm gezeichnet, in Verarbeitung I, Maß ersuchen: Mt. 28.-

„Komet“ Winter-Paletots, bestehend aus hocheleganter, kräftiger, Oberstoff (reine Wolle), mit verschiedenen Dessins, fein gestreift, einfarbig, od. gestreift, geblegener, dunkelgrauer Sammetfutter, schräge oder gerade Taschen, echtem Sammetfransen mit Windflügel, sämtliche Röhre zweimal gefaltet, einreihig. Erfass für Maß: Mt. 36.-

Warte „Komet“ und „Treffer“ sind geschickt geschneidert und können nur von uns bezogen werden. Die Preise sind auf jedem Gegenstand in Zahlen und in Lit aufgedruckt und streng fest.

Heitinger & Co., Deutsche Compagnie

BERLIN, Oranienstrasse 40/41. Illustrierter Preis-Courant gratis und franco.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe. Materialgeschäft mit Rolle wegen ander Unternehmen billig zu verkaufen Rixdorf, Ballerstr. 14. 30688

Wardinenband Große Frankfurterstr. 2, parterre. 437

Hochverehrte Herrenanzüge, Winterpaletots, feinsten Stoffen herabreichend, 18.00-38.00, Reizekleider 8-11 Mark. Deutsches Versandhaus, Vögelstr. 63, 1. Trepp. 19388

Herrenanzüge und Paletots, extra gute und alte Roharbeit, Modellsachen sehr preiswert. Julius Rudenbaum, Große Frankfurterstr. 141, Ede Fruchtstr. 19758

Huerricht sind in diesem Jahre die Winteranzüge bei Schlegler, Turmstr. 85. Von 4 bis 18 Mark. Großartige Sachen. 19398

Geliegenheitskäufe, Winterpaletots und Anzüge für Herren, Stück 8 Mark, auch geeignet für Wiederverkäufer, selten günstiges Angebot. August Wilhelm, Große Frankfurterstr. 16. 3314

Winterpaletots, Remonturstrichen, Uhrketten, sportlich Reizekleider, Reanberstr. 6. 3314

Spiegel, Bilder, Möbel, sportlich Reizekleider, Reanberstr. 6. Teilzahlungen gestattet. 3314

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Nadelstr. 4, Bahnhof Bärle. 93/2

Welche Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Gutfabrik, Compitor Kellerstr. 95A, früher Barnimstr. 4 und 5. Sonntags geöffnet.

Vorwärtler! Wo kaufen Sie am billigsten, besten und dauerhaftesten Hüte, Mützen, Pelzwaren, Schirme, Kravatten etc.? Nur bei Zimmermann, Hornborststr. 50.

Gasheiz-, Sparfen, Gasochfen 6.00, Petroleumöfen, Gasbelüftung, Gasbühler, Umlochgastocher 1.00, Amlochgastocher 3.00, Drellochgastocher, Gasdrahtfen, Petroleumlampen - Umänderung billig! Gasocherhaus Koblauer, Ballnertheaterstr. 82. 28568

Pavagien aller Arten billig, auch Tauch, Vogelweid-Restaurant, Kommandantenstr. 52. 27/6

Wingschiffchen, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1.00, gebrauchte 12.00. Röhnertstr. 60/61, Prenzlauerstr. 59/60 und Große Frankfurterstr. 43. 498

Teppiche, Gardinen, Rüscher, Vorhänge, Betten, Steppdecken, Regulatoren, sportlich Reizekleider, Reanberstr. 6. 3314

Geliegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hüte, Betten, Koffer, Ovalegläser, Kessel, Revolver, Leinwand, Goldschmuck, Uhren, Ketten, Ringe, Regulatoren, Reizekleider, Harmoniken, Geigen, Sittchen sportlich Reizekleider, Dranienstr. 131. 31058

Sofa, auch Wollgarnitur, billig bei Schomb, Bergstr. 2. 31108

Krankefabrik für Zimmer und Strasse für alle und teilweise in allen Vertriebslagen. Kopp, Kaffeestr. 95. 8716

Teppiche mit Farbenflecken, niedrige Große Frankfurterstr. 9, parterre. 437

Nähmaschinen sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1.00, gebrauchte 12.00. Frankfurter Allee 10, am Ringbahnhof. SO. Wienerstr. 6. SW. Bellealliancestr. 78. N. Adlerstr. 113. 4199

Nähmaschinen. Jede bis zehn Mark, wer Teilzahlung Nähmaschine kauft oder nachweilt, alle Systeme, Woche 1.00. Postkarte genügt. Borchert, Hornborststr. 50. 80/8

Nähmaschinen, gebrauchte, Wheeler-Wilson von 8 Mark an und Langschiffchen von 10 Mark an. Beckmann, Gollnowstr. 26 nahe der Landbergerstr. 18978

Hocheleganter Herrenhofen aus feinsten Stoffen 9 bis 12 Mark. Verkauf Sonntags und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 19298

Steppdecken billig! Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre. 437

Steppdecken, sportlich, jedes Bettstr. 20. 790

Gänse, frisch geschlachtet, verlaufe jetzt nicht mehr Central-Viehhof, sondern gegenüber, Edmannstr. 14, Laden, Kältestelle der Straßenbahn 68. (Kältestelle untersucht.) Bettfedern. Karl Hoff. 37/9

Metalbetten! Diverse Kastenbetten sportlich! Andre mit weißem Projekt. Rappold, Marktgrabenstr. 18. 31448

Multiverte, selbstspielende, Teilzahlungen, Invalidenstr. 148 (Eingang Bergstr.), Ede Goethestr. 40. * 5911

Fünf Zimmer besserer Möbel müssen sofort verkauft werden, unter anderem befinden sich Salongarnitur 130, eine Paneelegarnitur mit 1 Meter hohem Spiegel 95, Kaminsofa mit Spiegel 50, alles noch neu, auch einzeln. Friedrichstr. 113, II rechts. 5913

Nur an Private verkaufte ich Taschensofa oder Garnitur. Invalidenstr. 126, Hof I. 31478

Kinderbettchen billig zu verkaufen. Simon, Hagenstr. 26. 4101

Tüpfelsteine empfiehlt Caffé, Alsterstr. 12. 31499

Empfehle mein Milchgeschäft. Franzstr. 46. 401

Grüntruggeschäft, gute Rundschiff, schnell verkaufen, Krankheit der Frau. Kraußstr. 48, Restaurant. 401

Hahndoll, nach Meter, viel billiger als Kollekts, verlässlich nachmittags von 3-7 Uhr Mantelstr. 82, Hof parterre. 75

Reisemüter, Brautmodelle: Herrenanzüge, Winterpaletots, höchst seltener Gelegenheitskauf. Schönhauser Allee Nr. 72b, vorn III links. 100/7

Rechtsbureau (Alexander-Platz) 1. Ratgeberische achtung! Sicherste Rechtsfälle! Eingabengefuge! Raterteilung! 5911

Reisehandlung, Reiseanfertigung, Aufnahmen groß. Kohl, Schöneberg, Dorotheenstr. 2. 4116

Kunstschneiderei von Frau Kolosch, Steinmetzstr. 48, Quergebäude hochparterre.

Aufpflanzung, Solas, Wratzen 4.00, Scheit, Petersburgerstr. 18.

Nähmaschinenreparaturen werden schnell und billig unter Garantie in meiner eignen Werkstatt ausgeführt. G. Bellmann, Gollnowstr. 26, nahe der Landbergerstr. 18908

Pfandleiche, Hüter, Josenstr. 25. 87/2

Pfandleiche, geräumt 1880, Niederstr. 7 belebt Sachen jeder Art. 796

Bücher, alt und neu, Lexika, Bild, Karten sowie ganze Bibliotheken laßt Buchhandlung Veger, Oranienstr. 188

Hahndoll, nach Meter, viel billiger als Kollekts, verlässlich nachmittags von 3-7 Uhr Mantelstr. 82, Hof parterre. 75

Reisemüter, Brautmodelle: Herrenanzüge, Winterpaletots, höchst seltener Gelegenheitskauf. Schönhauser Allee Nr. 72b, vorn III links. 100/7

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Tischschneider, sportlich, gutstehend, schnell, geübt, Reparaturen, Reparaturen, Garbenderreinigung, sucht Kundsch. Ebert, Fruchtstr. 48.

Stellenangebote. Ein tüchtiger Träger am Dampf-Balancier findet dauernde Beschäftigung. Schröder, Schleißelstr. 12.

Knabenjaden-Arbeiterin auf Holz, jeden verlangt Dunderstr. 16, vorn I links. 491

Wahlleichen-Beleggerinnen verlangt Hofmann, Schmidstr. 6. 31388

Eine Frau zur Ausschleife, mittags, wird gesucht. Müller, Salzweberstr. 11. 481

Auschnaiden, Hutmach, Hütten, leidet, beschäftigt (Wochenlohn bis 25.00), Frauenwerd, Dorotheenstr. 69. 31408

Kassenschriftlerin, geübt, verlangt Anders Nachfolger, Waldberstr. 7. 31078

Eine circa 2000 Mitglieder zählende Orts-Krankenkasse Thüringens sucht zwei tüchtige Aerzte. Honorar je 3500-4000 M. jährlich. Nebenahme von anderweitiger Rassen- oder Privatpraxis gestattet. Bewerbungen unter N. H. 50 werden umgeben an Haasenstein & Vogler A.-G. Leipzig erbeten. 133/1

Goldleisten. Tüchtiger Maschinengrundriener für amerikanische Maschine sofort für dauernde Beschäftigung bei gutem Lohn für Fabrik im Rheinlande gesucht. Es wird nur auf eine erste selbständige Kraft reflektiert. 132812

Mieten mit Angabe der höchsten Tätigkeit und Wohnansprachen unter N. H. 1. an die Expedition erbeten.

Metallformer für Südbayern bei ständiger Beschäftigung gesucht. Offerten sind einzureichen unter No. 56 Hotel „grüner Baum“, Krausenstr. 54-58.

Ein tüchtiger Vorarbeiter für Metallform-Fabrikation und ein Lackierer 87/8

Arbeitsnachweis der Goldschmiede. Engel-Ufer 15. 16013

für Thoren ein Goldarbeiter, der gravieren kann.

für Berlin ein Goldarbeiter, der gravieren kann.

Ein Goldarbeiter auf Plattgold. Zwei tüchtige Goldarbeiter auf bessere Sachen.

Tüchtige Reparaturen. Wachsen zum Schalenbinden, 14 bis 16 Jahre alt, Lohn 6 M. per Woche.

für Berlin sofort einen tüchtigen Facettenhacker auf Silber.

Frauen zum Steppdeckenbügeln und Waschen suchen bei dauernder Beschäftigung 87/10

D. Majmon & Blochert, Spandauerstr. 38/39.

Achtung, Storkarbeiter! Der Bezug für Storkarbeiter aller Branchen ist streng fern gehalten bei Schmilling & Barta, Thüringenstr. 18. 88/9 Die Ortsverwaltung.

Der Kampf ums Majorat.

Zwölfter Tag.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Landgerichts-Direktor... Die Geschworenen erklären sich bereit, am Samstag bis gegen 2 Uhr und an den anderen Tagen über 8 Uhr hinaus zu sitzen.

Der Gerichtshof beschließt, nur einige der vorgeschlagenen Zeugen zu vernehmen, einzelne der behaupteten Thatsachen aber als wahr zu unterstellen.

Hierauf wird über die weitere Zeitdisposition verhandelt. Der Vorsitzende macht den Vorschlag, wenigstens Sonnabend zu sitzen. Ein Geschworener bittet dringend, den Sonnabend frei zu lassen.

Die Geschworenen erklären sich bereit, am Samstag bis gegen 2 Uhr und an den anderen Tagen über 8 Uhr hinaus zu sitzen.

Polizeirat Swollien aus Krakau

lebt in einem schwer verständlichen Deutsch... Die Zeugin erklärt, dass sie sich in Krakau befindet und dass sie in einem Hotel einquartiert ist.

Darauf wird die gefürchtete Zeugin Madwanska wieder vorgerufen. Es ist die Zeugin, die das Kind auf der Reise nach Berlin als Anne gewartet und es unterwegs auch gefüttert hat.

Hebamme Magdalena Rademacher,

jetzt verehelichte M o I I aus Krakau: Vor einigen Jahren habe sie von ihrer Schwester erfahren, daß zwei Damen den Wunsch ausgesprochen haben, von ihr ein Kind, das für die Tochter der einen Dame bestimmt sein sollte, zu erhalten.

Die Zeugin hat bei der vor einigen Tagen stattgefundenen Entscheidung der Cäcilie Meyer durch Professor Dührsen mitgewirkt. Letzterer hatte dabei ein Experiment gemacht, indem er dem schon abgetheilten Kinde einen kleinen Rest der Nabelschnur anlebte.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung wendet sich der Vorsitzende mit folgenden Bemerkungen an die Geschworenen: Es ist ja begreiflich, daß

die Presse

sich auch mit diesem Prozeß beschäftigt. Ein Teil der Presse hat einen eigentümlichen Weg eingeschlagen, indem die in Betracht kommenden Persönlichkeiten von einem Standpunkt aus heruntergerissen werden, welcher der Presse nicht gebührt.

Erster Staatsanwalt Steindrecht erinnert daran, daß die Zeugin Madanska behauptet habe, ihr Kind sei am 17. April geboren. Wie unzuverlässig solche Zeugen seien, ergebe sich aus der Thatsache, daß das fragliche Kind schon am 14. April geboren und am 27. getauft sei.

Die Zeugin erklärt, daß es ihre feste Ueberzeugung gewesen sei, daß der 17. April der Tag der Geburt gewesen.

Cäcilie Meyer

geb. Parcza, vernommen. Sie ist vom Wochenbett noch etwas angegriffen und macht ihre Aussagen flüchtig, wie folgt: Sie hätte aus ihrem Verhältnis mit dem Hauptmann v. Jiegler schon einen Knaben, welchen sie nach vier Monaten zu fremden Leuten gebracht hatte.

Auf Frage des Staatsanwalts erklärt die Zeugin, daß sie von der Wiltnahme einer Nachgeburt nichts gesehen habe, doch habe sie später davon gehört, daß eine Nachgeburt aus einem Krankenhause mitgenommen worden sei.

Gräfin aus Dömitz

gewesen. Sie habe ihren kleinen Jungen nicht wiedergesehen, eines Tages aber habe ihr Hechelki einige Photographien vorgelegt, und sie haben darunter die Photographie des angebliehen jungen Grafen als die ihres Kindes herausgefunden.

auf Staatskosten einen Mantel

zu liefern. Herr v. Tresslow hat dann den Zeugen Hechelka, erucht, das Kind mit in ein Kaufhaus zu nehmen und ihm außerdem noch einen polnisch sprechenden Beamten mitzugeben.

Zeuge Dr. Filimowski aus Krakau,

Verteidiger in Strafsachen, bestätigt, daß die jetzige Cäcilie Meyer am 9. Februar 1897 zu ihm gekommen sei und ihm Mitteilung von dem Weggehen ihres Kindes gemacht habe.

Zeuge Dr. Filimowski wird von dem Vorsitzenden noch befragt, ob nicht in neuester Zeit von irgend einer Seite Verhandlungen angeknüpft worden seien.

gefragt habe, ob er nicht Notizen über die Geburt des Leo Parcza habe und hat, sie ihm in seine Kanzlei zu senden. Am nächsten Tage, den 17. Februar, habe er einen Brief seines gottseligen Bruders erhalten, der ein sehr angelegener Mannin Krakau gewesen sei, und dieser habe ihm nahegelegt, daß er dem Anwalt die Akten doch geben möge.

Ramen des Herrn

sage, der von ihm die Handakten haben wollte. — Der Zeuge verteidigt dies unter dem Hinweis, daß er dadurch Nachteile haben könne. — Vert.: Haben Sie einmal zu einer andern Person gedehert, daß Sie von dem Honorar, welches Sie vom Grafen Hecker erhielten, ein Haus bauen lassen wollten?

Rechtsanwalt Dr. v. Dziembowski

aus Posen wird darauf vernommen. Er erklärt, daß er seit Jahren mit dem Grafen Hecker bekannt sei, zumal er damals mit ihm in derselben Fraktion im Reichstage gewesen habe. Er kenne den Grafen nur als einen höchst ehrenwerten Mann.

Nachdem dann die Verteidiger ihre Anträge betr. den Zeugen Filimowski fallen gelassen haben, wird die Verhandlung bis Donnerstagvormittag 9 Uhr vertagt.

Witterungsbericht vom 10. November 1903, morgens 8 Uhr.

Table with columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag, u. d. Nacht. Includes stations like Schweinfurt, Bamberg, Berlin, etc.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 11. November 1903. Bismlich warm, zeitweise heiter, aber etwas veränderlich mit Regenfällen und lebhaften westlichen Winden.

Verein der Zimmerer Berlins u. Umgegend. Todes-Anzeige. Otto Schachtlinger. am Sonntag, den 7. November verstorben ist.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Louis Wachter am 8. November verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. November, nachmittags um 4 Uhr, von der Leichenhalle des heiligen Kreuz-Kirchhofes in Prenzlauer Berg statt.

Central-Krankenhalle der Zimmerer. Certif. Verwalter, Schöneberg. Otto Schachtlinger. Die Beerdigung findet Mittwoch, den 11. November, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Schöneberger Kirchhofes, Markstraße, aus statt.

Paul Schlodder. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. d. M., nachmittags 2 1/2 Uhr, aus dem neuen St. Pauli-Kirchhofe in Prenzlauer Berg statt.

Verhand der Wäsche- und Krawatten-Branche Deutsch. Filiale Berlin. Todes-Anzeige. Albert Beyer. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Anwartschafts-Friedhofes, zwischen Weisen-See und Hohen-Schönhausen, statt.

Danksagung. Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unfred guten Vaters Rudolf Ludeke sage ich auf diesem Wege allen Beteiligten meinen herzlichsten Dank.

Konkursmassen-Ausverkauf.

Die zur Konkursmasse der Firma Jarczynski & Co. gehörigen und andere Waren sollen

Belle-Alliance-Strasse 107, Eckhaus Blücherplatz

am Halleschen Thor — Haltestelle der Strassenbahn

ausverkauft werden und zwar:

- Herren-Joppen für 4 M. 10 Pf.
- Herren-Anzüge für 6 M.
- Winter-Paletots für 6 M. 75 Pf.
- Burschen-Anzüge für 4 M.
- Herren-Stoffhosen für 1 M. 95 Pf.
- Hochelegante Herrenstoffe von 1 M. 50 Pf. an.

Die noch vorhandenen hocheleganten Stoffe werden auf Wunsch nach Mass angefertigt.

Belle-Alliance-Strasse 107.

Bitte genau auf 107 zu achten!

Verkauf 9—1 und 1/3—9. — Diesen Sonntag 8—10. 12—2.

Achtung! Bauanschläger! Achtung!

Veranlaßt durch die Resolutionen des Schlichters Schröder gegen den Verein der Bauanschläger Berlin und Umgebung, begünstigend auf die vom Schlichter Schröder in der „Volks-Zeitung“ vom 3. November d. J. eingetragene Annonce, erklären hiermit die am 8. November dieses Jahres im Gewerkschaftshaus versammelten Anschläger, daß diese Annonce nicht den Tatsachen entspricht, indem der seit ca. 20 Jahren bestehende Arbeitsnachweis des Vereins sich nicht mehr dort befindet. Dies der Wahrheit gemäß.
Der Vorstand
des Vereins der Bauanschläger Berlin u. Umgebung.

Ausstellung für naturgemässe Lebens- u. Heilweise,
Gesundheitspflege, Krankenpflege, Sport, Gymnastik etc.
Luisenpark, Dresdenerstrasse 34—35.
Geöffnet von 9 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends.
Entrée 50 Pf.

Max Kliems Fest-Säle

Hasenheide 11—13.

Jeden Mittwoch im neuen Saale: Grosse Militär-Konzert.

Jeden Sonntag in allen Sälen: Grosser Ball Max Kliem.

Die schönsten Herren-Anzüge, Winterpaletots, Joppen etc. sind zu bedeutend herabgesetzten Preisen in grosser Auswahl vorhanden.
Abt. I: Selbstangefertigte Garderobe, keine Fabrikware, durch diesen Vorteil alles viel billiger. Anfertigung nach Mass.
Abt. II: Monats-Abonnements-Garderobe, von Kavaliereu getragene Sachen, sehr preiswert. Für jede Figur passend.
J. Wand, Hauptgeschäft: Prinzenstr. 17, an der Wasserthorstrasse.
Filiale: Gr. Frankfurterstr. 116, an der Androssstrasse.

Keinen Bruch mehr!!

Beispiellos groß ist die Zahl derjenigen, die bei Anwendung meiner Methode von ihrem Bruchleiden geheilt worden sind. Höchste Auszeichnungen, laufende Dankschreiben. Verlangt Gratisprospecture von Dr. Reimann, Falkenberg Nr. 5, Gollanb, da Ausland: Doppelporte.
11335 für Deutschland: Conrad Carduck, Aachen.

Grundstück, Vorort, 10 Minuten vom Bahnhof, guter Koffelboden, ca. 70 Ruffen eingedämmt mit Sommerhäusern, Klotz, zusammen 1500 Rfl. Anzahlung 500, verkauft Bankförmig, Zepernitz, am Bahnhof. 2851b für Bergnigungen zc. frei. 31202*

4. Ziehung 5. Klasse 209. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 10. November 1903, vormittags.
Aus der Gewinne über 240 Mill. sind die betreffenden Nummern in Klammern beigelegt.
(Ohne Gewähr.)

123 47 72 302 970 1083 105 87 241 304 517 84 684
779 823 2008 33 82 279 533 88 728 85 (1000) 808 9
58 89 (1000) 978 3007 187 425 651 (1000) 94 727 857
4259 (1000) 74 132 87 (500) 207 404 512 613 807 19 (500)
72 94 940 5076 84 378 439 88 517 31 47 620 768 78
979 6068 125 27 73 82 275 826 (500) 42 514 (500) 27
63 679 800 10 (500) 33 436 (1000) 95 7048 142 258
378 82 (1000) 453 87 597 639 (1000) 484 674 81 835
851 976 90 10 177 281 323 86 (1000) 484 674 81 835
10 139 239 290 629 11829 628 902 12046 243 38
328 428 732 863 82 13067 354 (1000) 84 548 (500) 96
620 66 84 793 (1000) 822 36 949 14129 37 85 411 90 61
522 632 795 (500) 980 15123 94 (500) 95 277 309 71
(1000) 401 41 61 880 840 42 995 (500) 18119 291 (1000)
533 55 615 47 948 (500) 17071 327 28 550 629 813 901
78 18041 190 254 62 (1000) 434 502 (500) 8 18 620 821
919 59 19186 271 (1000) 449 73 510 (1000) 63 674 702
47 841 894
20076 382 517 651 709 816 21190 218 377 89
416 877 745 842 (1000) 22096 210 341 403 29 625 44
23087 129 54 405 661 833 56 24151 67 351 (500) 352
456 577 702 88 25038 100 (1000) 440 505 15 704 832
693 26010 282 284 417 604 (500) 54 78 84 941 27983
80 117 19 66 220 32 1000 48 339 (500) 416 521 605
775 87 92 (1000) 518 66 940 28001 77 145 201 432 605
742 87 877 90 91 918 29089 229 433 (500) 39 48 548
636 45 (1000) 47 43
50 25 77 329 70 428 98 736 854 920 31000 23
116 76 223 337 453 597 (500) 99 630 40 93 (500) 819
32010 34 86 198 284 383 442 535 813 (500) 982 33150
286 87 351 500 (500) 79 79 93 638 78 86 81 (500) 817
34047 208 403 57 676 688 747 88 (1000) 870 942 35044
314 417 (1000) 896 (500) 921 (1000) 36071 123 234
(500) 475 (1000) 657 713 77 825 83 99 37400 825 849
731 38033 431 161 65 206 308 419 83 561 670 887 (500)
39352 434 45 368 70 75 (1000) 984
40064 298 10 28 40 309 (500) 438 955 41314 400
78 842 (500) 714 (500) 870 957 42010 308 417 85 610
(1000) 89 819 38 903 21 43096 106 252 216 70 (500)
299 711 43 44042 76 230 46 79 308 77 515 612 22 76
706 990 (1000) 45344 61 456 576 606 800 (1000)
46081 43 133 235 561 95 635 50 730 861 920 47151
235 315 445 674 790 830 84 950 48011 32 285 376 888
49072 494 517 85 806
50121 246 91 316 99 110 64 549 (500) 99 (500) 673
839 (15000) 932 51015 131 206 364 74 83 419 45
79 830 800 96 52169 83 204 329 448 (1000) 87 511 897 937
53008 62 137 60 315 71 88 67 85 728 63 71 889 978
54036 108 11 51 (500) 206 443 506 787 984 55069 108
17 299 370 936 733 (500) 822 56233 339 412 57005
16 78 94 221 280 433 95 828 57 924 58 58016 22 44 111
258 374 415 842 60 926 59037 178 235 545 (1000) 911
60034 127 516 873 (1000) 984 61074 188 279 378
421 90 (1000) 676 762 914 62331 488 556 605 772 952
64 78 63096 101 208 (500) 53 97 (500) 326 (1000) 523
676 629 68 64025 294 (1000) 448 60 78 79 579 83
112 371 (500) 44 80 77 73 92 (500) 803 82 65041
290 467 516 (1000) 19 723 33 (1000) 63 (1000) 912 (500)
61 67 682 305 441 545 722 810 949 66019 11 259 312
17 37 682 855 69051 240 48 642 811 25 927 (500) 83 85
70175 214 31 46 63 342 428 526 46 29 88 612 20
(1000) 96 (1000) 836 935 71028 114 78 345 99 434
609 (1000) 716 18 47 (1000) 844 57 72029 125 41 274
(500) 319 419 (500) 71 588 780 985 73008 11 (1000)
184 208 390 73 (1000) 825 646 731 (1000) 92 900 7 86
74206 411 37 621 879 601 31 (500) 70 75183 95 203
58 324 60 84 857 76 773 919 76052 (1000) 238 (900)
301 (500) 14 421 600 33 734 43 77035 (1000) 96 241
61 (500) 70 418 (1000) 777 982 78999 39 (1000) 85 165
642 606 88 79034 106 33 225 541 (500)
80073 144 311 719 48 912 81014 40 57 69 450 83
596 (1000) 656 731 59 815 (1000) 49 58 4300 (900)
82028 183 231 300 612 83013 33 110 35 58 214 90 344
48 59 667 794 804 855 84232 301 33 637 942 85007
110 37 (1000) 86 (500) 515 69 647 819 (500) 88296
285 807 65 834 81 87028 217 (1000) 122 355 430 637
709 (1000) 88144 59 323 403 76 585 87 907 29 31 781
91 947 89096 73 107 80 216 83 68 378 475 634 (1000)
838 92 906 77
90130 (500) 211 361 (1000) 619 984 (1000) 91095
770 412 513 673 (1000) 943 40 92427 503 46 88 692
371 93020 (1000) 228 65 336 429 500 627 713 939
94090 156 234 327 47 543 82 737 (1000) 97 (1000)
250 70 (1000) 95352 (500) 584 746 823 83 929 96339
46 59 67 819 44 52 68 939 71 97137 80 508 8 98114
20 43 536 800 (1000) 832 99 99188 390 543 700 9007
952 (1000)
100021 45 163 201 351 404 528 632 721 61 (1000)
897 973 101007 43 92 347 (1000) 359 450 54 94
504 7 671 798 905 60 102156 230 92 490 505 805 924
90 103018 166 94 306 410 (1000) 16 40 74 614 35
75 904 104014 115 87 98 381 416 516 701 3 867 (1000)
950 105 212 65 450 508 624 780 81 106003 145 210
(1000) 19 394 423 539 618 107002 99 177 288 393 96
488 63 502 24 26 58 700 (1000) 61 839 108207 83 371
(1000) 80 87 (500) 458 515 50 600 81 846 917 109005
(1000) 110 80 371 458 (1000) 82 830 852 76
110021 241 48 55 310 96 87 449 789 810 89 947 67
111067 682 819 68 943 112302 498 (500) 634 49
(1000) 87 821 49 (500) 901 42 (500) 73 113631 33

4. Ziehung 5. Klasse 209. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 10. November 1903, nachmittags.
Aus der Gewinne über 240 Mill. sind die betreffenden Nummern in Klammern beigelegt.
(Ohne Gewähr.)

123 47 72 302 970 1083 105 87 241 304 517 84 684
779 823 2008 33 82 279 533 88 728 85 (1000) 808 9
58 89 (1000) 978 3007 187 425 651 (1000) 94 727 857
4259 (1000) 74 132 87 (500) 207 404 512 613 807 19 (500)
72 94 940 5076 84 378 439 88 517 31 47 620 768 78
979 6068 125 27 73 82 275 826 (500) 42 514 (500) 27
63 679 800 10 (500) 33 436 (1000) 95 7048 142 258
378 82 (1000) 453 87 597 639 (1000) 484 674 81 835
851 976 90 10 177 281 323 86 (1000) 484 674 81 835
10 139 239 290 629 11829 628 902 12046 243 38
328 428 732 863 82 13067 354 (1000) 84 548 (500) 96
620 66 84 793 (1000) 822 36 949 14129 37 85 411 90 61
522 632 795 (500) 980 15123 94 (500) 95 277 309 71
(1000) 401 41 61 880 840 42 995 (500) 18119 291 (1000)
533 55 615 47 948 (500) 17071 327 28 550 629 813 901
78 18041 190 254 62 (1000) 434 502 (500) 8 18 620 821
919 59 19186 271 (1000) 449 73 510 (1000) 63 674 702
47 841 894
20076 382 517 651 709 816 21190 218 377 89
416 877 745 842 (1000) 22096 210 341 403 29 625 44
23087 129 54 405 661 833 56 24151 67 351 (500) 352
456 577 702 88 25038 100 (1000) 440 505 15 704 832
693 26010 282 284 417 604 (500) 54 78 84 941 27983
80 117 19 66 220 32 1000 48 339 (500) 416 521 605
775 87 92 (1000) 518 66 940 28001 77 145 201 432 605
742 87 877 90 91 918 29089 229 433 (500) 39 48 548
636 45 (1000) 47 43
50 25 77 329 70 428 98 736 854 920 31000 23
116 76 223 337 453 597 (500) 99 630 40 93 (500) 819
32010 34 86 198 284 383 442 535 813 (500) 982 33150
286 87 351 500 (500) 79 79 93 638 78 86 81 (500) 817
34047 208 403 57 676 688 747 88 (1000) 870 942 35044
314 417 (1000) 896 (500) 921 (1000) 36071 123 234
(500) 475 (1000) 657 713 77 825 83 99 37400 825 849
731 38033 431 161 65 206 308 419 83 561 670 887 (500)
39352 434 45 368 70 75 (1000) 984
40064 298 10 28 40 309 (500) 438 955 41314 400
78 842 (500) 714 (500) 870 957 42010 308 417 85 610
(1000) 89 819 38 903 21 43096 106 252 216 70 (500)
299 711 43 44042 76 230 46 79 308 77 515 612 22 76
706 990 (1000) 45344 61 456 576 606 800 (1000)
46081 43 133 235 561 95 635 50 730 861 920 47151
235 315 445 674 790 830 84 950 48011 32 285 376 888
49072 494 517 85 806
50121 246 91 316 99 110 64 549 (500) 99 (500) 673
839 (15000) 932 51015 131 206 364 74 83 419 45
79 830 800 96 52169 83 204 329 448 (1000) 87 511 897 937
53008 62 137 60 315 71 88 67 85 728 63 71 889 978
54036 108 11 51 (500) 206 443 506 787 984 55069 108
17 299 370 936 733 (500) 822 56233 339 412 57005
16 78 94 221 280 433 95 828 57 924 58 58016 22 44 111
258 374 415 842 60 926 59037 178 235 545 (1000) 911
60034 127 516 873 (1000) 984 61074 188 279 378
421 90 (1000) 676 762 914 62331 488 556 605 772 952
64 78 63096 101 208 (500) 53 97 (500) 326 (1000) 523
676 629 68 64025 294 (1000) 448 60 78 79 579 83
112 371 (500) 44 80 77 73 92 (500) 803 82 65041
290 467 516 (1000) 19 723 33 (1000) 63 (1000) 912 (500)
61 67 682 305 441 545 722 810 949 66019 11 259 312
17 37 682 855 69051 240 48 642 811 25 927 (500) 83 85
70175 214 31 46 63 342 428 526 46 29 88 612 20
(1000) 96 (1000) 836 935 71028 114 78 345 99 434
609 (1000) 716 18 47 (1000) 844 57 72029 125 41 274
(500) 319 419 (500) 71 588 780 985 73008 11 (1000)
184 208 390 73 (1000) 825 646 731 (1000) 92 900 7 86
74206 411 37 621 879 601 31 (500) 70 75183 95 203
58 324 60 84 857 76 773 919 76052 (1000) 238 (900)
301 (500) 14 421 600 33 734 43 77035 (1000) 96 241
61 (500) 70 418 (1000) 777 982 78999 39 (1000) 85 165
642 606 88 79034 106 33 225 541 (500)
80073 144 311 719 48 912 81014 40 57 69 450 83
596 (1000) 656 731 59 815 (1000) 49 58 4300 (900)
82028 183 231 300 612 83013 33 110 35 58 214 90 344
48 59 667 794 804 855 84232 301 33 637 942 85007
110 37 (1000) 86 (500) 515 69 647 819 (500) 88296
285 807 65 834 81 87028 217 (1000) 122 355 430 637
709 (1000) 88144 59 323 403 76 585 87 907 29 31 781
91 947 89096 73 107 80 216 83 68 378 475 634 (1000)
838 92 906 77
90130 (500) 211 361 (1000) 619 984 (1000) 91095
770 412 513 673 (1000) 943 40 92427 503 46 88 692
371 93020 (1000) 228 65 336 429 500 627 713 939
94090 156 234 327 47 543 82 737 (1000) 97 (1000)
250 70 (1000) 95352 (500) 584 746 823 83 929 96339
46 59 67 819 44 52 68 939 71 97137 80 508 8 98114
20 43 536 800 (1000) 832 99 99188 390 543 700 9007
952 (1000)
100021 45 163 201 351 404 528 632 721 61 (1000)
897 973 101007 43 92 347 (1000) 359 450 54 94
504 7 671 798 905 60 102156 230 92 490 505 805 924
90 103018 166 94 306 410 (1000) 16 40 74 614 35
75 904 104014 115 87 98 381 416 516 701 3 867 (1000)
950 105 212 65 450 508 624 780 81 106003 145 210
(1000) 19 394 423 539 618 107002 99 177 288 393 96
488 63 502 24 26 58 700 (1000) 61 839 108207 83 371
(1000) 80 87 (500) 458 515 50 600 81 846 917 109005
(1000) 110 80 371 458 (1000) 82 830 852 76
110021 241 48 55 310 96 87 449 789 810 89 947 67
111067 682 819 68 943 112302 498 (500) 634 49
(1000) 87 821 49 (500) 901 42 (500) 73 113631 33

4. Ziehung 5. Klasse 209. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 10. November 1903, nachmittags.
Aus der Gewinne über 240 Mill. sind die betreffenden Nummern in Klammern beigelegt.
(Ohne Gewähr.)

123 47 72 302 970 1083 105 87 241 304 517 84 684
779 823 2008 33 82 279 533 88 728 85 (1000) 808 9
58 89 (1000) 978 3007 187 425 651 (1000) 94 727 857
4259 (1000) 74 132 87 (500) 207 404 512 613 807 19 (500)
72 94 940 5076 84 378 439 88 517 31 47 620 768 78
979 6068 125 27 73 82 275 826 (500) 42 514 (500) 27
63 679 800 10 (500) 33 436 (1000) 95 7048 142 258
378 82 (1000) 453 87 597 639 (1000) 484 674 81 835
851 976 90 10 177 281 323 86 (1000) 484 674 81 835
10 139 239 290 629 11829 628